



Bulletin 2020



Das ganze Amerika

Grenzüberschreitende Zugänge zu einem Kontinent

Wie weiter mit den Denkmälern?

Ein Standpunkt mit Blick auf Südafrika

Rezensionen

über das Anthropozän, frühe und späte KZ-Erinnerungen und Omri Boehms Israel-Utopie

Inhalt

Editorial	3
ARTIKEL	
Das ganze Amerika. Eine Einführung ins Bulletin-Thema	5
„Was ist nur aus unserem Gemeinwesen geworden?“ Über „Diese Wahrheiten“ von Jill Lepore <i>Interview mit Elisabeth Bronfen</i>	7
Versklavt und beinahe ausgelöscht. Kaliforniens Indianer im kolonialen Zeitalter <i>Aram Mattioli</i>	12
Ein Vergleich zwischen den hispanischen und den englischen Kolonien in Amerika <i>Norbert Rehrmann</i>	18
„Kaffee, an dem Blut klebt“ – Konsumboykotte gegen lateinamerikanische Diktaturen <i>Christiane Berth</i>	22
Panamerikanismus – das nette Gesicht der US-Dominanz? <i>Corinne A. Pernet</i>	27
UNTERRICHTSIDEEN	
Quellen und Materialien zum Panamerikanismus <i>Corinne A. Pernet</i>	33
Europäer und Native Americans in Französisch-Kanada <i>Meinrad Oberson</i>	40
STANDPUNKTE	
Weisse Männer auf hohen Sockeln. Zum Umgang mit Denkmälern in Südafrika <i>Julia Tischler</i>	49
REZENSIONEN	
Annäherungen an eine Katastrophe: Lektüreeindrücke zum Anthropozän	51
Omri Boehm: Israel – Eine Utopie	57
Frühe und späte Berichte von KZ-Überlebenden	61
VSGS	
EuroClio x VPRO: In Europe Schools	64
La Chaux-de-Fonds. Die Jahresexkursion 2019 des VSGS	66

Impressum:

Verein Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer VSGS

www.histomat.ch

Kontakt: info@histomat.ch

Redaktor dieses Bulletins: Valentin Schönherr, valentin.schoenherr@mng.ch

Titelbild: John Thompson, A new general Atlas, Edinburgh 1813

Editorial

Liebe Mitglieder des VSGS

Der MAR-Revisionsprozess läuft – aber wohin? Seit die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) 2017 die grossangelegte Reform des Maturanerkenntnisreglements ins Rollen brachte, ist einiges geschehen. Positiv ist, dass unser Dachverband, der VSG, von Beginn an aktiv einbezogen wurde und sich Fachvereine wie der VSGS einbringen konnten.

Unter den vier Teilprojekten wird insbesondere die Überarbeitung des Artikels 9 des MAR einen direkten Einfluss auf das Fach Geschichte haben. Denn hierbei sollen alle Fächer und deren Gewichtung neu überdacht werden. Braucht es ein Grundlagenfach Religion? Soll Philosophie als nationales Grundlagenfach im Geistes- und Sozialwissenschaftsbereich (GSW) eingeführt werden? Neue Fächer einführen, alte Fächer neu strukturieren – nicht ausgeschlossen, dass solche Entscheidungen zulasten des Faches Geschichte gehen könnten.

Dieser Reformprozess bietet aber auch Chancen, welche wir konsequent ergreifen wollen. Von Beginn an war klar, dass die Politische Bildung mehr Gewicht erhalten soll. Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt, dass die PB wie auch die fachdidaktische Ausbildung klar den Historiker*innen zugeordnet bleibt, dass aber die PB auch für andere Fächer geöffnet werden soll. Dieser Position hat sich auch der VSG klar angeschlossen.

Wir freuen uns sehr, dass der VSGS-Vorstand in der Arbeitsgruppe zu Politischen Bildung vertreten sein wird. Diese AG wird zuhanden des Revisionsprozesses ein Konzept für die Gestaltung der Politischen Bildung ausarbeiten. Wir sind guten Mutes, dass wir unsere Ideen einbringen können. Der September wird dafür richtungweisend sein, bevor im Oktober die AGs zu den Grundlagenfächern zusammentreten und Entwürfe für die Rahmenlehrpläne ausarbeiten werden.

Gleichzeitig bot der Prozess die Gelegenheit, ältere Anliegen neu einzubringen. Zusammen mit dem Verband Schweizerischer Geographielehrpersonen VSGG und der PH Bern haben wir deshalb den Antrag auf ein Schwerpunktfach GG-G gestellt. Und selbstverständlich setzen wir uns für ein starkes Grundlagenfach Geschichte ein. Wir stehen klar dafür ein, dass es eine fundierte historische Bildung braucht und dass man nicht beliebig kürzen kann.

Auch andere grosse Entscheidungen stehen noch aus. Die Diskussion um Mindestdotationen bei den einzelnen Fächern sowie um die Bandbreiten im MAR ist vorerst nur verschoben worden. Beides wirkt sich direkt darauf aus, wieviel Unterrichtszeit wir in unserem Alltag zur Verfügung haben werden. Auch die Promotionsbestimmungen werden überarbeitet, und auch hier ist der Ausgang noch offen. Wir Historiker*innen haben ein gutes Netzwerk an Unterstützung, dass wir auch dringend brauchen, um aufzuzeigen, wie zentral der Beitrag des Faches Geschichte zur gymnasialen Bildung ist.

Der angelaufene Reformprozess dauert noch mindestens bis 2022, bevor es dann in den Kantonen an die Umsetzung geht.

Wer den Prozess in all seinen Facetten diskutieren will, sei noch einmal auf die GV in Bellinzona hingewiesen. Wir freuen uns, dass dort sicher Vertreter*innen aus den beiden Arbeitsgruppen zur Politischen Bildung wie auch zum Grundlagenfach Geschichte anwesend sind, so dass wir eine gute

Gesprächsgrundlage haben werden. Die Arbeit geht uns also sicher nicht aus, und wir sind froh um Ihre aktive Mitarbeit.

Wie immer sind wir interessiert an Ihren Hinweisen, Ergänzungen, Einwänden und Kritik am Bulletin und danken Ihnen für Mails an die Adresse

vsgs-vorstand@histomat.ch

Aus aktuellem Anlass stellen wir Ihnen das diesjährige Bulletin früher als sonst zur Verfügung. Vielleicht möchten Sie Anregungen daraus im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl in den USA verwenden. Da das Vereinsjahr noch läuft, finden sich die sonst üblichen Vereinsdokumente – der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Einladung zur Generalversammlung – ausnahmsweise nicht in diesem Heft, sondern werden Ihnen rechtzeitig vor der Generalversammlung elektronisch zugestellt.

Eine anregende Bulletin-Lektüre und viel Kraft und Zuversicht in turbulenten Zeiten wünschen Ihnen

Martin Pryde
Präsident VSGS

Valentin Schönherr
Vizepräsident VSGS, Bulletin-Redaktor

Das ganze Amerika

Warum Komplexität zugleich eine Überforderung und unvermeidlich ist. Einige einleitende Bemerkungen zum diesjährigen Bulletin-Thema

Valentin Schönherr

Es fängt schon mit dem Begriff „Amerika“ an. Gebraucht man in den USA das Wort „America“, gilt das gemeinhin als Synonym für das eigene Land – sehr zum Missfallen der südlichen Nachbarn. Aus mexikanischer Sicht ist gerade diese Gleichung „America = USA“ bester Ausdruck der vielbeklagten Arroganz der nördlichen Supermacht. „América“, das ist für die spanischsprachigen Länder von Mexiko bis Chile der gesamte Kontinent. „Nuestra América“ betitelte der kubanische Schriftsteller José Martí im Jahre 1891 sogar eine programmatische Schrift, „Unser Amerika“ – dieses „unser“ meinte ein hispanisches Amerika-Verständnis, das sich von der US-Dominanz abgrenzte. Zwar hat sich „las Américas“ beziehungsweise „the Americas“ als Kompromissformel zur Bezeichnung des gesamten Doppelkontinents eingebürgert. Im Alltagssprachgebrauch bleiben die Konflikte allerdings bestehen.

Im Deutschen haben wir es nicht leichter: Wir reisen nach „Amerika“ und meinen die USA (sonst fahren wir eher nach Latein-, Mittel- oder Südamerika, nach Kanada oder in die Karibik), sprechen aber trotzdem von der „Entdeckung Amerikas“ und meinen damit wiederum selbstverständlich Kolumbus.

Politisch und gesellschaftlich viel relevanter ist die Frage nach den Menschen. An wen denken wir zuerst, wenn wir von „den Amerikanern“ sprechen? Sind es nicht doch, aller Bemühungen zum Trotz, die weissen männlichen US-Bürger? Die Konflikte, die dieser tradierten Wahrnehmung zugrunde liegen und die sich aus ihr ergeben, sind hoch aktuell. Sie betreffen Argumentationsmuster in Wahlkämpfen ebenso wie Mauerbauprojekte, antrainiertes Polizeiverhalten ebenso wie den Zugang zu materiellen wie immateriellen Ressourcen.



Metro-Station Berri-UQAM, Montréal, Kanada.

(Quelle: Wikimedia Commons)

Und sie betreffen nicht allein die USA, sondern das ganze Amerika. Auch in vielen anderen Staaten des Doppelkontinents versichert sich eine – oft weisse – Elite ihrer Macht, indem sie andere Bevölkerungsgruppen ausgrenzt und belastende Kapitel der eigenen Nationalgeschichte ausblendet. Genozidale Verbrechen gab es nicht allein an den Native Americans in den USA, sondern beispielsweise auch an den mexikanischen Yaquis um 1900 oder im argentinischen Feldzug gegen die indigenen Nomaden des Südens, der sogenannten „Wüstenkampagne“ der Jahre 1878-80. Neben der Sklaverei und ihren Folgen in den USA oder auf den karibischen Inseln gerät nur allzu leicht in den Hintergrund, dass auch in vielen lateinamerikanischen Staaten Sklaverei gang und gäbe war. Hierüber wissen wir genauso wenig wie über die enorme Bedeutung von Eingewanderten aus Japan, China oder Indien.

Das „ganze Amerika“ in den Blick zu nehmen zwingt dazu, sich mit komplexen, unübersichtlichen Dingen beschäftigen zu müssen. Die schiere Fülle der geografischen, kulturellen, sprachlichen und historisch-politischen Er-

scheinungen ist gewaltig. Rasch stellt sich ein Gefühl der Überforderung ein – bei uns Lehrpersonen, erst recht aber bei Schülerinnen und Schülern. Dieses demotivierende Gefühl sollte aber nicht das letzte Wort haben. Wir bieten drei Überlegungen an, damit zurechtzukommen.

Erstens: **Inseln schaffen**. Statt sich in Überblicksdarstellungen zu verlieren, in deren stürmischem Meer empirischer Fakten man unterzugehen droht, lohnt es sich, konkrete Zusammenhänge genau kennenzulernen, sich gewissermassen eine Insel zu bauen, auf der man wie auf festem Grund steht. Ob es nun die Haitianische Revolution von 1791/1804 ist, der Kampf der Mütter der Plaza de Mayo gegen das Verschwindenlassen während der argentinischen Militärdiktatur in den 1970er/80er Jahren oder die Auseinandersetzungen um Frauenrechte in den USA im 19. Jahrhundert – von einem sicheren, bekannten Punkt aus lässt sich viel leichter weitersegeln.

Zweitens: **Flösse bauen**. Wer auf einer Insel (fest-)sitzt, hat nur einen begrenzten Horizont, wenn auch einen weiten. Scheuen wir doch das Meer nicht: Gute Überblicksdarstellungen, essayistische Gesamtschauen, grosse zeitgenössische Quellen, aber auch literarische oder künstlerische Werke können Perspektiven anbieten. Deren Deutungen müssen nicht richtig sein, aber ohne die grossen Erzählungen bleiben die Fakten Treibholz. Binden wir uns doch daraus ein Floss, vielleicht hält es bis zur nächsten Insel.

Drittens: **Komplexität hinnehmen**. Die Erfahrung von Überforderung ist nichts, woran nur wir leiden: Sie ist immanenter Teil der Geschichte Amerikas. Immer schon konnten die Menschen in Amerika nicht alles erkennen und verstehen, waren ihre Handlungsspielräume beschränkt und ihre Existenz bedroht, sei es durch Risiken der natürlichen Umgebung, durch unbeherrschbare kulturelle Konflikte oder überwältigende Gewalt. Die Pluralität und Komplexität Amerikas ist auch mit der klügsten Anstrengung nicht zu bewältigen. Aber wenn wir sie als konstitutives Element akzeptieren, ist sie ungeheuer reizvoll und eine nie versiegende Motivationsquelle.

Die Beiträge des diesjährigen VSGS-Bulletins versuchen, diesen Überlegungen Rechnung zu tragen. Die Amerikanistin **Elisabeth Bronfen**

setzt sich im Interview mit dem epochalen Werk der US-amerikanischen Historikerin Jill Lepore, „Diese Wahrheiten“ (2019), auseinander. Was im Titel verspricht, eine sichere Insel zu sein, entpuppt sich als *eine*, aber nicht als einzig mögliche Sichtweise auf die Geschichte der Pluralität der USA.

Der Historiker **Aram Mattioli** geht ins Detail. Im Anschluss an sein jüngstes Werk „Verlorene Welten. Eine Geschichte der Indianer Nordamerikas“ (2017) schildert er die Verdrängung und Vernichtung der indigenen Bevölkerung Kaliforniens im Zusammenhang mit dem Goldrausch Mitte des 19. Jahrhunderts.

Länderübergreifende Aspekte des amerikanischen Doppelkontinents beleuchten wir zwei Mal. Einen bis heute gültigen Vergleich zwischen englisch-nordamerikanischen und spanisch-südamerikanischen Kolonien bot der 2010 verstorbene Lateinamerikahistoriker **Norbert Rehrmann** in seiner Gesamtdarstellung der „Lateinamerikanischen Geschichte“ (2005). Dieser klassische Text scheint uns als übergreifendes Interpretationsmuster für den Einsatz in der Schule nach wie vor ausserordentlich nützlich.

Mit einem spezifischen, wenn auch folgenreichen Konzept gesamtamerikanischer Zusammenarbeit setzt sich **Corinne Pernet** auseinander: dem Panamerikanismus. Ende des 19. Jahrhunderts als Versuch der transnationalen Kooperation angedacht, versuchte er das Verbindende stärker zu gewichten als das Trennende.

Die Historikerin **Christiane Berth** schliesslich zeigt, dass sich länderübergreifende Kooperation auch unter Einbezug europäischer Akteure und Akteurinnen denken liess. Im Kampf gegen unfaire Produktionsverhältnisse und menschenrechtsverachtende Diktaturen kam in den 1970er Jahren eine Kaffeeboykottbewegung in Gang, die als wichtiger Auslöser der heutigen Fair-Trade-Handelspolitik gelten darf.

Wir freuen uns sehr, mit zwei ausführlichen Unterrichtsideen auch in diesem Jahr praktische Vorschläge für den gymnasialen Geschichtsunterricht anbieten zu können. Neben einem reichhaltigen Quellenteil zum Panamerikanismus ist auch der Beitrag von **Meinrad Oberson** zum kanadischen Schauplatz des Siebenjährigen Krieges sehr zu empfehlen.

„Was ist nur aus unserem Gemeinwesen geworden?“

Die Anglistin Elisabeth Bronfen im Gespräch über „Diese Wahrheiten“ von Jill Lepore

Elisabeth Bronfen, Professorin für amerikanische Literatur und Kultur am Englischen Seminar der Universität Zürich, arbeitet intensiv an ästhetischen Refigurationen von Geschichte in populären Medien, so etwa in ihrem Buch „Hollywoods Kriege“ (S. Fischer Verlag) wie auch ihrem Buch zur TV-Serie „Mad Men“ (Diaphanes). Im August 2020 erschien ihr neuestes Buch: „Angesteckt: Zeitgemässes über Coronapandemie und Kultur“ (Echtzeit Verlag).

Sie stellte im Herbst 2019 Jill Lepore und ihr Buch „These Truths“ im Zürcher Literaturhaus vor. Für das VSGS-Bulletin fand sie sich dankenswerterweise zu einem Gespräch über dieses vielbeachtete Werk bereit. Das Interview wurde im Juli 2020 geführt.

Frau Professor Bronfen, wie ist Ihr persönlicher Zugang zur Geschichte der Afroamerikaner in den USA?

Wenn ich als Nicht-Afroamerikanerin über die Geschichte der Afroamerikaner spreche, muss ich betonen, dass ich als weisse Frau spreche. Ich kann noch so viel lesen und versuchen, mich in diesen spezifischen Strang der US-amerikanischen Geschichte hineinzudenken, verschiedenste Positionen anzuschauen – immer tue ich das aus der Position der Betrachterin, es ist nicht mein eigenes kulturhistorisches Erbe. Aber: Mein partikulares kulturhistorisches Erbe lässt sich im Zusammenhang mit dieser anderen traumatischen Geschichte denken. Ich bin die Tochter eines jüdischen Vaters, dessen Eltern Anfang des 20. Jahrhunderts aus Osteuropa in die USA eingewandert sind, und einer nichtjüdischen deutschen Mutter. Ich blicke also einerseits mit meinem persönlichen kulturellen Hintergrund auf historische Fragen, kann aber auch andere historische Ereignisse analytisch reflektieren, auch wenn es nicht die eigenen sind. Das ist für Kulturhistoriker nicht ungewöhnlich: Auch auf die Antike oder die frühe Neuzeit schauen wir, ohne direkt involviert zu sein.

Unterscheidet sich Ihr Zugang sehr von dem Jill Lepores?

Wenn amerikanische Historiker über die amerikanische Geschichte schreiben, dann sind sie grundsätzlich von dem Projekt Amerika überzeugt. Ich war immer wieder erstaunt darüber, dass Amerikanistinnen mit grosser Vehemenz alles an ihrem Land in Frage stellen konnten und schliesslich doch daran festhalten: Amerika, das ist das grosse moderne Experiment. Jill Lepore will die amerikanische Geschichte als amerikanische Bürgerin verstehen, als etwas, das sie erforscht, weil sie für dessen Konsequenzen verantwortlich ist. Das beginnt schon mit dem Titel des Buches: „These Truths“. Damit macht sie deutlich: Es geht ihr um den Gründungstext der amerikanischen Nation, die Declaration of Independence, und im weiteren Sinne um die säkularen Gründungstexte der USA, die Menschenrechtserklärungen, die Federalist Papers, die Verfassung. Im Sinne einer Zivilreligion gelten ihr diese säkularen Dokumente als unhinterfragbar, mit ihren drei



Elisabeth Bronfen: „Man bekommt überhaupt kein *eines* Bild. Das ist Amerika.“

(Foto: Linda Nicholas)

Kernpunkten: Political Equality – also politische Gleichheit, Natural Rights – also naturgegebene Rechte, und Sovereignty of the People, mit dem Volkssouverän als das, was die Demokratie ausmacht. Für sie geht es nun darum: Hat Amerika diese Erwartungen erfüllt oder nicht?

Wie würden Sie denn diese Frage beantworten?

Ich halte es mit Sigmund Freud und seinem umwerfenden Text von 1915, „Zeitgemässes über Krieg und Tod“, wo er sagt: Alle waren von der Humanität und Zivilität der Europäer überzeugt, dann kam der Weltkrieg mit seiner Zerstörung und Barbarei – und dann waren er und seine Mitmenschen enttäuscht. Im Laufe der Argumentation dreht und windet er sich, bis er an den Punkt kommt zu sagen: Eigentlich hätte man nicht enttäuscht sein dürfen, hätte man

mischen Bevölkerung basiert, das einen Grossteil seines Reichtums durch Sklaverei erlangt hat und von zweihundert Jahren intensivster Immigration geprägt ist.

Jill Lepore ist vorgeworfen worden, den American Exceptionalism wieder aufleben zu lassen.

Ja, das ist der Glaube an das amerikanische Experiment. Das ist schon eine sehr überhebliche, fast grössenwahnsinnige Vorstellung: Wir separieren uns von Europa und werfen damit all den Ballast, den wir an Europa nicht mochten, von uns. Die Aristokratie, die Ständeordnung. Ich möchte in dem Zusammenhang auf den Widerspruch hinweisen, dass diese säkularen „Wahrheiten“, die Gründungsdokumente, nicht der einzige mögliche Bezugspunkt für die amerikanische Geschichte sind. Der Begriff „City on the hill“, dem die Puritaner anhängen,



Stammautorin beim „New Yorker“: die Historikerin Jill Lepore

(Foto: TheNewYorkTimesReduxlaif)

nicht so hohe Erwartungen gehabt. Diese Erwartungen waren Täuschungen. Der Krieg hat sie enttäuscht, hat ihnen die Illusionen genommen.

Jill Lepore folgt im Gegensatz dazu der Vorstellung, dass Political Equality, Natural Rights und Sovereignty of the People wirklich absolut durchführbar sind in einem Land, welches auf der Ausbeutung und Vernichtung der einhei-

ist ja zuerst einmal ein religiöser Begriff. In Amerika sollte der Puritanismus noch radikaler durchgesetzt werden, als er in Europa praktiziert wurde. Das vergessen wir oft: Den religiösen Gruppen, die aus England, der Schweiz oder Deutschland ausgewandert sind, war es religiös gesehen in Europa nicht radikal genug. Und der Puritanismus war durch und durch hierarchisiert. Strenge Vorstellungen von Moral

und Sitte erzeugten eine extreme Ein- und Ausschließung. Wer zur Zeit der Hexenprozesse von Salem nicht hundertprozentig hinter der Doktrin von Cotton Mather stand, konnte in Boston nicht leben. Also: ein nicht-illusionierter Blick auf Amerika müsste anerkennen, dass es im Puritanismus von Anfang an Probleme zwischen Klassen, Ethnien, Geschlechtern gab.

Es war viel davon die Rede, dass dieses Buch ausserordentlich innovativ sei, wachrüttelnd geradezu. Wie wurde es denn in den USA wahrgenommen?

Jill Lepore ist als Stammautorin beim „New Yorker“ in den letzten Jahren zu einer Star-Historikerin geworden. Sie will den Amerikanern Geschichte erklären. Natürlich, es hat immer wieder Leute gegeben, die dezidiert gegen den Kanon schreiben, aus einer Position der Arbeiterschicht heraus, oder der Afroamerikaner, der

Frauen oder der Native Americans. Wie viele andere Autoren geht sie zudem davon aus, dass man die amerikanische Geschichte kennt. Wenn man die Fakten und Abläufe nicht kennt, wenn man nicht weiss, warum eigentlich die Frage der Sklaverei so zentral wurde, nämlich dass es dabei nicht nur um einen Zwie-

spalt zwischen dem Süden und dem Norden ging, sondern um die Territories im Mittelwesten, die statehood erlangen wollten, wenn man das alles nicht weiss, ist dieses Buch verwirrend.

Innovativ ist die Art, wie Jill Lepore diese Geschichten miteinander vernetzt, vor allem wie sie die Frage der Afroamerikaner absolut in den Fokus rückt, und zwar gegenüber allen anderen Ethnien. Das ist ihr auch vorgeworfen worden: Wo sind die Native Americans in diesem ganzen Buch? Auch die Frauen werden nur sehr

knapp behandelt. Die ganze Frage der Immigration wird sehr verkürzt. All das passt nicht in das Narrativ, das sie erzählen möchte.

Also eigentlich ein Essay unter einer bestimmten Fragestellung, aber nicht so sehr eine Gesamtdarstellung.

Ganz genau, es ist ein extrem langer Essay, der übrigens auf ihre Essays im New Yorker zurückgeht.

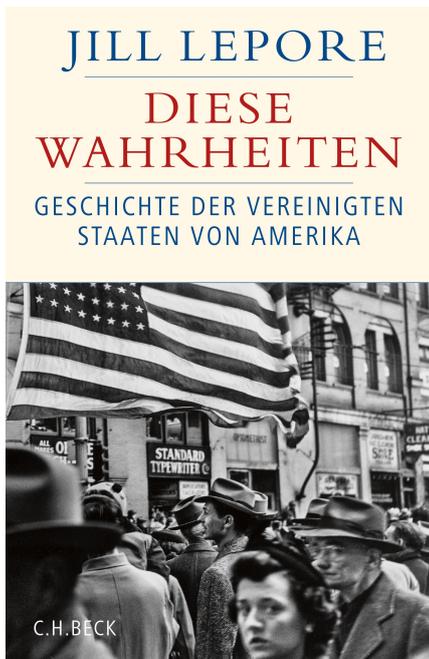
Paul Ingendaay schrieb in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, das Buch sei eine Art „Gemeinschaftskunde“. Das hat ja etwas Pädagogisches.

Ich glaube, ein weiterer Grund, warum Jill Lepore mit diesem sehr, sehr dicken Buch so viel Aufmerksamkeit bekommen hat, ist, weil sie bei den Amerikanern die Wunde einer gegenwärtigen Enttäuschung berührt. Der Glaube an ein grossartiges Land, dieses „United we stand“, das Durchsetzungsvermögen im Zweiten Weltkrieg, die aussenpolitischen Erfolge – aber seit den 1960er Jahren wurde in unterschiedlichen Wellen klar, dass sie diesen Anspruch nicht aufrecht halten können. Was ist nur aus dem Common Ground, aus unserem Gemeinwesen, geworden?

Also kämmt sie noch einmal die amerikanische Geschichte auf bestimmte Fragen durch, verweist auf die Verantwortung gegenüber der historischen Erbschaft, und sie kommt auf Jefferson zurück, auf das gemeinsame Ideal, an dem wir alle bereit sind zu arbeiten. Mit diesem Pathos erreicht sie die Amerikaner.

Gut, die Amerikaner? Nur sehr gebildete Amerikaner, die die Zeit haben, viele hundert Seiten zu lesen und bereit sind, dafür 40 Dollar auszugeben. Und ausserdem, wer liest schon den „New Yorker“? Das ist die intellektuelle Elite im Land und es sind die Leute in New York. Sie will von etwas überzeugen, wovon die Leute schon überzeugt sind und die Trost in dieser Geschichte finden.

Der ideale Leser dieses Buches ist der gebildete, an Geschichte interessierte Mensch, der bereit ist, sich auf eine etwas andere Art einzulassen, Amerika zu erklären. Diejenigen, die die Statuen der Konföderierten stehen lassen wollen, werden kaum dieses Buch lesen, und es würde sie auch nicht davon überzeugen, dass man sie demontieren sollte.



Sie sprechen die Statuen der Südstaatengeneräle an. Die Darstellung des Bürgerkriegs in diesem Buch habe ich mit besonders grossem Gewinn gelesen.

Ja, das finde ich auch das Beste in diesem Buch. Zum Beispiel, wie sie den Bürgerkrieg von einer Figur wie Frederick Douglass aus erzählt.

Auch hier folgt sie klar ihrem Narrativ, einem Narrativ der Nordstaaten. Nun könnte man sich diese Erzählung aber auch von der Perspektive des Südens aus vorstellen, seiner eher aristokratischen, europäischen Art zu leben. Das würde vielleicht erklären – auch wenn ich dafür keine Sympathie aufbringen kann –, warum man so sehr an den Statuen und Kasernennamen konföderierter Generäle hängt.

Jill Lepore will das aus verständlichen Gründen nicht. Das Buch klingt manchmal danach, als wenn sie vor Gericht vortragen würde. Sie sammelt Beweisstücke, um zu sagen, der Norden hatte Recht, und die Toten des Bürgerkrieges sind gerechtfertigt. Daran muss man die Europäer immer wieder erinnern: Im Bürgerkrieg sind über 600'000 Soldaten gestorben. Das sind mindestens so viele Amerikaner wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg zusammen. Um das annehmen zu können, muss man darauf beharren: Das war ein gerechtfertigter Krieg, und er ist einer der grossen Momente der amerikanischen Geschichte, und wenn wir danach hinter die grossen Ideale zurückgefallen sind, nämlich „Gleichheit für alle Afroamerikaner“, ist das noch ein grösserer Betrug an dem, was wir da geleistet und erlitten haben.

Aus europäischer Perspektive sind wir sehr auf ein USA-Bild fixiert als wichtigstem Akteur im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Bürgerkrieg ist dazu nur eine Art Vorgeschichte, in der die Kontrahenten die Sache irgendwie untereinander abmachen, und wie so oft haben beide ein bisschen Recht. Für eine solche europäische Perspektive ist das Buch schon ein Augenöffner.

Für Europäer ist Amerika nur interessant ab dem 20. Jahrhundert. Die sogenannten „Indianer“ kennt man hauptsächlich aus Fantasieerzählungen wie den Romanen von Karl May. Und aus der Literatur kennt man die USA als Ort, in das Leute emigriert sind und dann wohlhabend in ihr Ursprungsdorf zurückkamen. Erst die US-amerikanischen Soldaten im Zweiten

Weltkrieg bringen „Amerika“ nach Europa als einen „way of life“.

Überrascht hat mich, dass Jill Lepore die Zeit seit 1945 als Niedergang darstellt. Roosevelt und der New Deal sind ja die Kulmination in ihrer Darstellung, mit der bitteren Fussnote, dass die Schwarzen in den Programmen nicht mit berücksichtigt wurden. Aber ab dann geht es eigentlich nur noch abwärts. Überzeugt Sie diese Sichtweise?

Nein, gar nicht. Jill Lepore schreibt als jüngere amerikanische Historikerin, wie wenn ihr nicht klar wäre, dass die amerikanische Präsenz mehr im Zweiten Weltkrieg als im Ersten ganz Europa völlig verändert hat. Ich bin mit dem „Eisernen Vorhang“ gross geworden, mit Grenzen, die wir nicht überschreiten konnten, mit den Dissidenten aus Osteuropa. Wir waren in München extrem geprägt vom Kalten Krieg. Für uns ist nichts so bedeutend wie das 20. Jahrhundert, und Amerika spielt darin eine ganz entscheidende Rolle. Wenn man das nicht ins Zentrum rückt, macht es für einen Europäer gar keinen Sinn, eine Schwäche dieses Buches. Aber das spiegelt die Haltung der Amerikaner gegenüber der Aussenpolitik wider, die ja seit jeher unterfinanziert und geringgeschätzt wurde.

Die Zeit seit 1945 - kann man sie denn nicht auch als Erfolgsgeschichte darstellen?

Ja, natürlich! Nehmen Sie die sechziger Jahre, die sogenannte Silent Majority, die weder *silent* noch wirklich eine Mehrheit war, und dagegen diese Millionen von protestierenden jungen – auch gar nicht so jungen – Menschen verschiedener Ethnien. Man kann auf die Egalisierung verweisen. Es sind heute sehr viel mehr People of Color, und zwar of *all* colors, ob Asian Americans, ob Latinix oder Afroamerikaner, an den amerikanischen Schulen und Hochschulen, als es je zuvor der Fall war.

Mein jüdischer Vater konnte nach dem Zweiten Weltkrieg von dem GI Bill of Rights profitieren, was viele afroamerikanische Soldaten nicht konnten, aber in Harvard konnte er nicht Jura studieren, weil er Jude war. Das ist heute undenkbar. Die Tatsache, dass so viele Leute in die urbanen Zentren gezogen sind und nicht mehr auf dem Land unter furchtbar erbärmlichen Umständen leben, ist auch eine Erfolgsgeschichte. Ich bin keine Anhängerin des Inter-

nets, aber jetzt einfach nur zu sagen, Massenkommunikation und globale Vernetzung seien ein einziger Verfall, scheint mir zu kurz gegriffen.

Zugleich sind Jill Lepores Gewichtigungen gelegentlich auch Geniestreiche, etwa wenn sie Kennedys Ermordung, über die nun gewiss genug geschrieben wurde, auf einer einzigen Zeile erledigt. Aber dann gibt es auch grosse Lücken. Die Harlem Renaissance der 1920er Jahre zum Beispiel handelt sie frappierend kurz ab.

Das macht mich bei der ganzen Debatte um afroamerikanische Geschichte nervös: Die Erfolgsmomente werden zu oft unterbelichtet, auch schon jene des 19. Jahrhunderts. Das Harlem jener Zeit ist ja nicht das der siebziger Jahre, nachdem die sogenannte „white flight“ daraus eine Slumgegend werden liess. Es war ein Ort der Mittelschicht, mit Jazz Clubs, in denen sich Menschen unterschiedlicher Ethnien treffen konnten.

Mein Vater spielte Ende der 30er Jahre als einziger weisser Mann in einer Jazz Band; er hat uns später davon mit soviel Freude erzählt, dass ich immer das Zerwürfnis zwischen den Schwarzen und den amerikanischen Juden bedauert habe.

Im Umfeld der Black Lives Matter Demonstrationen diesen Frühling und dem absolut einleuchtenden Beharren darauf, Juneteenth zum offiziellen Feiertag zu deklarieren, wurde an das Massaker in Tulsa, Oklahoma, von 19. Juni 1921 erinnert. Auch dort wurde eine Erfolgsgeschichte zerstört, weil der Hass der Weissen immer dann hochkommt, wenn die Afroamerikaner für sich eine blühende Gemeinde aufgebaut haben, so eben in Tulsa in den 1910er Jahren.

Lassen Sie uns das Gespräch beschliessen mit der Frage: Was wären aus Ihrer Sicht Leitgedanken für eine gültige Geschichte der USA?

Seitdem ich 2012 ein Buch über amerikanisches Kriegskino geschrieben habe, ist mir klar geworden, warum man Sachverhalte historisch perspektivieren muss. Also warum es wichtig ist zu wissen, ob ein Film 1936 gemacht worden ist, 1939 oder 1942. Das sind drei ganz unterschiedliche Momente, wenn man über das Verhältnis von Hollywood und die Kriegs-

anstrengungen nachdenkt. Und wenn das für diese Frage stimmt, dann für vieles andere auch.

Die USA hat eine 400-jährige Geschichte, die permanent weiterwirkt und aus der man nicht einfach eine Epoche herausnehmen kann, ohne ihre Vorgeschichte und ihr Nachwirken einzubeziehen. Man muss mit Jamestown anfangen, aber auch gleich mit der Spannung zwischen Jamestown als Wirtschaftszentrum und Boston als dem puritanischen Zentrum, zwei Anfänge der amerikanischen Geschichte, die permanent im Widerstreit sind. Und man muss im Auge behalten: Die USA ist ein Land, das zutiefst auf Gewalt basiert, und zwar auf einer Gewalt, die mit Kreativität zu tun hat, man denke nur an die Geschichte der Expansion in den Westen.

Dann handelt es sich um eine Nation, die sich selber geschaffen hat mit einer grossen utopischen Phantasie. Das Versprechen lautete: Wir können diese absolut egalitäre Kultur erreichen, aber nur im Sinne des romantischen Philosophen Ralph Waldo Emerson, der behauptet hat: „America achievable but not yet achieved“. Amerika als ein Projekt, aber nicht als ein Endzustand. Daran muss man permanent arbeiten, und damit bin ich nicht ganz weit weg von dem, was Lepore auch interessiert.

Schliesslich: Amerika verbindet als Kultur so viele unterschiedliche Menschengruppen, so viele Ethnien und so viele Klassen, dass man kein *eines* Bild der amerikanischen Geschichte produzieren kann.

Ich denke dabei an „Lone Star“, den Film des sozial engagierten Filmemachers John Sayles von 1996. Er handelt davon, wie man die Geschichte eines Ortes in Texas, nah an der mexikanischen Grenze, völlig unterschiedlich erzählen kann, abhängig davon, wer erzählt. Die Anglos, die Afroamerikaner, die Native Americans, die Hispanics, die Mexicans, alle haben ein anderes Bild vom Kampf um die Alamo; man bekommt überhaupt kein *eines* Bild. Das ist Amerika. Man wird keinen gemeinsamen Nenner finden können und keine gemeinsam greifbare Geschichte, man kann diese Geschichte auf der Leinwand – und auf der Buchseite – nur inszenieren, indem man permanent die Perspektive verschiebt.

Interview: Valentin Schönherr

Versklavt und beinahe ausgelöscht

Kaliforniens Indianer im kolonialen Zeitalter

Aram Mattioli

Im Januar 1848 wurde auf den Ländereien des Schweizer Rancheros Johann August Sutter Gold gefunden. Die durch den Goldrausch ausgelöste Veränderungsdynamik katapultierte Kalifornien in nur 20 Jahren ins Industriezeitalter. Für die Indigenen jedoch, die California Indians, endete die Entwicklung in einer Katastrophe und in einem Genozid, dem eindeutigsten in der amerikanischen Frontiergeschichte überhaupt.

Das Jahr 1848 besitzt auch für Nordamerika eine besondere Bedeutung, allerdings in anderer Weise als für Europa, in dem sich eine Reihe von Revolutionen ereigneten, die an den Grundfesten der ständischen Ordnung rüttelten. Nach ihrem Sieg im Eroberungskrieg gegen Mexiko verleibten sich die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Südwesten eine riesige Gebietsmasse ein. Dadurch schob die landhungrige Siedlerrepublik ihr Territorium endgültig weit in den Westen vor. Durch die Annexion von beinahe der Hälfte des mexikanischen Staatsgebiets wurde jenes vom Atlantik an den Pazifik reichende „American Empire“ Tatsache, von dem bereits Thomas Jefferson – der dritte US-Präsident – geträumt hatte. Fortan gehörte auch das vormalige Alta California zur Union. Bislang hatte das ausgedehnte Land an der Pazifikküste ausserhalb der grossen Verkehrsströme der Welt gelegen und ein Leben in Abgeschlossenheit geführt.

Ein unscheinbares Ereignis bei Coloma am American River, dessen Quellarme in der nördlichen Sierra Nevada entspringen, änderte dies für immer. Als einige Maidu-Indianer einen Kanal für ein geplantes Sägewerk ausschachten mussten, entdeckten sie am 24. Januar 1848 im Flussbett zufällig einige Goldkörner. Um selber den grösstmöglichen Profit aus dem Fund zu ziehen, versuchte der Ranchero Johann August Sutter, die Nachricht zuerst geheim zu halten. Doch schon wenig später kursierten im nahe gelegenen Sacramento die ersten Nuggets als Zahlungsmittel. Von da an verbreitete sich die Sensation wie ein Lauffeuer in der kaliforni-

schen Frontiergesellschaft. Bis sie jedoch auch die Ostküste der USA erreichte, verstrichen etliche Monate. Denn zu dieser Zeit existierte in Nordamerika noch keine transkontinentale Eisenbahnverbindung, so dass die Nachricht nicht schneller reisen konnte als zu Schiff oder auf einem Pferderücken.

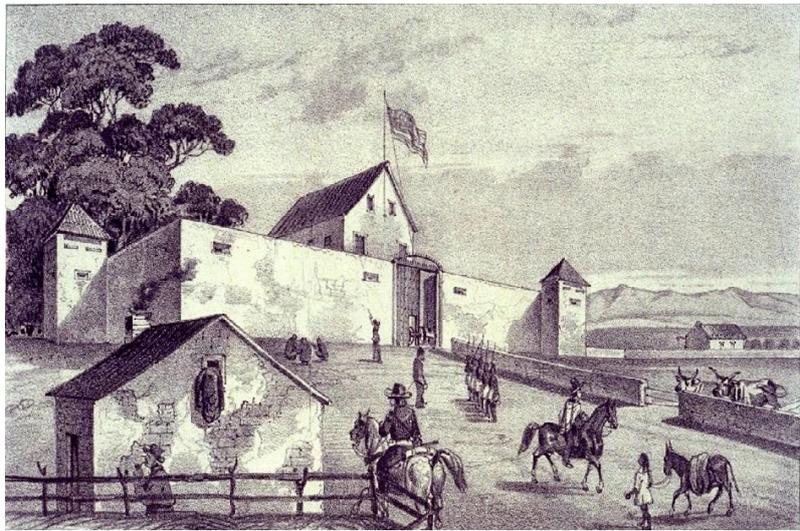
Erst als der „New York Herald“ mehr als ein halbes Jahr später über die Goldfunde im Fernen Westen der USA berichtete, trat er einen bis dahin beispiellosen Goldrausch los. In der Hoffnung, schnell vermögend zu werden, brachen 1849 Zehntausende von Glücksrittern aus aller Herren Länder nach Kalifornien auf. Dadurch entwickelte sich dieser Goldrausch zu einem globalen Ereignis. Viele der schon in der Zeit so genannten „forty-niners“ durchquerten den Kontinent mit dem Planwagen oder zu Fuss, andere gelangten auf dem Seeweg nach San Francisco.

Von der Frontierstadt an der gleichnamigen Bucht brachen ganze Heerscharen von Schürfern den Flüssen entlang in die „Wildnis“ auf und stiessen dort auf Native Americans, deren Kulturen durch die Entwicklungen in der spanischen und mexikanischen Kolonialzeit schon arg zerrüttet waren. Nun setzte ein Verdrängungswettbewerb ein und ein Kampf um die natürlichen Ressourcen. Auf Wild und Fische hatten es auch die Goldsucher abgesehen, die sich in der freien Natur selber versorgen mussten.

Bis Spanien 1769 begann, auch die verschlafene Provinz Alta California seines grossflächigen Vizekönigreichs Neuspanien zu kolonisieren, galt diese als die am dichtesten durch Indianer besiedelte Region ganz Nordamerikas. Begünstigt durch das milde Klima und den Reichtum der Natur lebten hier 310.000 American Indians askömmlich in zahllosen Gemeinschaften, deren Namen (wie Chumash, Hoopa, Yurok, Nomlaki oder Pomo) heute kaum noch jemand kennt. Ihre Dörfer lagen an Flüssen, Buchten oder in den bewaldeten Hochtälern

des Küstengebirges. Wild, Lachse und Eicheln gab es im Überfluss, und nicht weit vor der Küste lagen reiche Fischgründe. Im Süden lebten die Chumash in Siedlungen von bis zu 1.000 Einwohner, fischten und sammelten Wildpflanzen. Sie fuhrten aufs Meer hinaus und betrieben mit ihren Nachbarn regen Handel. 1542 sichteten die Chumash die Konquistadoren auf ihren „schwimmenden Inseln“ zum ersten Mal, als Capitan Juan Rodríguez Cabrillo mit Segelschiffen die Küste erkundete und das angeblich herrenlose Land sogleich für die spanische Krone in Besitz nahm. Allerdings interessierten sich die in Ciudad de México residierenden spanischen Vizekönige noch 220 Jahre lang kaum für die entlegene Provinz, vor der als natürliche Barriere die menschenfeindliche Mojave-Wüste lag.

Die Kolonisierung Kaliforniens war die letzte Landnahme, die Spanien in der „neuen Welt“ unternahm. Sie diente zunächst weniger der Besiedlung als der Mission. Militärisch flankiert durch ein Expeditionskorps, das auf das Kommando von Hauptmann Gaspar de Portolá hörte, gründete der Franziskanermönch Junipero Serra 1769 in San Diego die erste von schliesslich 21 Missionsstationen. Jede von ihnen eignete sich ausgedehnte Ländereien an, ohne die dort lebenden Native Americans freilich um ihre Zustimmung zu fragen. Die Missionen lagen am „El camino real“ – je eine Tagesreise weit auseinander. Mit vagen Heilsversprechen brachten die Franziskaner-Padres immer mehr Indianer dazu, in Missionen zu ziehen. In gefährlicher Nähe zu neu eingeführten Nutztieren und zusammengepfercht in überbelegten Räumen lebten dort jeweils Hunderte von American Indians zusammen – unter Bedingungen, die buchstäblich zum Himmel stanken. Nur unterbrochen von Gottesdiensten hielten die Padres ihre Schützlinge zu schwerer Arbeit auf den Feldern an. Überdies liessen die Missionare riesige Herden von Schweinen, Ziegen und Rindern im Umland weiden, die das heimische Wild verdrängten. Auf diese Weise zerstörten die Missionen die Lebensgrundlagen der noch freien indianischen Küsten-



Johann August Sutters Fort in Sacramento, Kalifornien, um 1849.

(Quelle: Wikimedia Commons)

gemeinschaften, die dort seit Menschenzeiten gelebt hatten, und trieben immer mehr von ihnen in bittere Armut und damit in ihre Obhut.

Wie in anderen Ländern ihres riesigen Kolonialreichs in den Amerikas brachten Spaniens Konquistadoren den lebenden Indigenen nicht nur den „alleinseligmachenden katholischen Glauben“, sondern auch ein System der Zwangsarbeit und tausendfachen Tod durch eingeschleppte Krankheiten wie Pocken, Masern und Grippe. 1821, ganz am Ende der spanischen Kolonialherrschaft, waren lediglich 220.000 Indianer übrig. Innerhalb von 50 Jahren waren Zehntausende von ihnen durch die fatalen Auswirkungen der spanischen Kolonisierung ums Leben gekommen, die allermeisten durch Krankheiten, gegen die sie keinen Immunschutz kannten. Während der mexikanischen Ära, die von 1821 bis 1848 dauerte, hörte das durch schwere Epidemien bedingte Massensterben nicht auf. Allein an der durch Pelzhändler der Hudson's Bay Company aus dem Oregon-Gebiet eingeschleppten Malaria-seuche starben zwischen 1830 und 1834 bis zu 20.000 Miwoks, Yokuts, Wintuns und Maidus. 1834 hielt ein ortskundiger Beobachter fest: „Viele Stämme sind völlig ausgestorben; an gewissen Orten, von denen mir erzählt wurde, dass es 1832 dort eine indianische Bevölkerung von 1000 oder 1500 Seelen gab, fand ich bloss noch 100 vor.“

Unter der neuen Oberhoheit der Republik Mexiko blieb es auch nach der Unabhängigkeit von

Spanien erlaubt, die dortigen Indianer als Leibeigene schufte zu lassen, und zwar auf Ranchos, die von riesigen Latifundien umgeben waren. Zu allem entschlossene Grossgrundbesitzer versuchten mit Unterstützung der mexikanischen Behörden, das Land urbar zu machen und Gewinn aus ihm zu ziehen, viele mit Erfolg. Für dieses zeittypische Geschäftsmodell entschied sich auch der aus der Schweiz stammende Kaufmann Johann August Sutter (1803-1880), als er 1839 vom zuständigen mexikanischen Gouverneur Juan Bautista Alvarado riesige Ländereien im Sacramento-Tal geschenkt bekam, damit dort die Kolonisation im grossen Stil beginnen konnte. Sutter, der in manchen Kreisen der USA bis heute als Vorzeigepionier und Gentleman-Farmer gilt, träumte davon, mit Rinderzucht, Ackerbau, Pelzhandel, eigenen Läden, Getreidemühlen, Schnapsbrennereien und einem mit seinen Produkten bedienten Handelssystem ein Vermögen zu machen.

Auf seinem Gut „Nueva Helvecia“ („Neu-Helvetien“), das zu seiner besten Zeit beinahe 200 Quadratkilometer Land umfasste und auf dem etliche indianische Dörfer lagen, beutete der Grossgrundbesitzer Hunderte von Indigenen systematisch aus. Native Americans waren es, die Sutters Rancho im Schweisse ihres Angesichts erbauten und am Laufen hielten – oft unter prekären und teilweise sogar menschenunwürdigen Bedingungen. So erhielten Sutters indigene Arbeiter ihre Essen in Schweinetrögen verabreicht und wurden nachts, wie der Glarner Bauernsohn Heinrich Lienhard in seiner Autobiographie schreibt, dicht gedrängt wie Sardinen in Räume ohne sanitäre Anlagen eingesperrt.

Erst unlängst hat die Historikerin Rachel Huber in Erinnerung gerufen, dass Sutter auch im Sklavenhandel mit indigenen Kindern engagiert war. Kurz, Sutter herrschte wie ein kleiner Caudillo über „seine Indianer“ und scheute sich nicht, sie schwer zu bestrafen, wenn sie aufsässig wurden. 1848, am Ende der mexikanischen Epoche, lebten noch geschätzte 150.000 Indianer und damit weniger als die Hälfte wie 1769. Doch unter der Herrschaft der USA stand den California Indians das Schlimmste erst bevor. Denn die US-Amerikaner behandelten diese noch unmenschlicher als zuvor die Spanier und Mexikaner.

Während des Goldrauschs strömten bis 1854 Zehntausende von Amerikanern, Europäern und Chinesen ins gelobte Land. In nur wenigen Jahren wuchs San Francisco von einem schmutzigen Hafennest zu einer der grössten Städte der USA heran. Zunächst fielen Heerscharen von Glücksrittern ins Land ein, in ihrem Windschatten tauchten bald die ersten Siedler auf, die begannen, ihre Herden in die fruchtbaren Ebenen des Central Valley zu treiben und später auch in die walddreichen Täler des Küstengebirges. Bereits 1850 wurde Kalifornien als 31. Bundesstaat in die Union aufgenommen – so rasch wie kein anderer zuvor, weil das dafür von der Verfassung vorgesehene Bevölkerungsminimum bald erreicht war. Wie die USA als Ganze trat auch der neue Teilstaat als „white Republic“ ins Leben, als Ethnokratie, die einseitig eine weisse Vorherrschaft fest schrieb und die Ausübung der politischen Rechte an die „richtige“, die weisse Hautfarbe band. Bekanntlich sollte es noch 15 Jahre dauern, bis die Sklaverei in den Südstaaten der USA durch den 13. Verfassungszusatz endlich abgeschafft wurde.

Schon 1850 beschloss das Parlament in Sacramento eine Anzahl von rassistischen Gesetzen, die unter anderem eine Form indianischer Sklaverei legalisierten. Davon betroffen waren „herumstreunende Indianer“ und „indianische Waisen“, die in öffentlichen Auktionen zu Tausenden an die Meistbietenden verkauft wurden. Trotz entsprechenden Garantien im Friedensvertrag von Guadalupe Hidalgo zwischen den USA und Mexiko (1848) enthielt Kalifornien den First Peoples die Staatsbürgerschaft vor, versagte ihnen das Wahlrecht und schloss explizit aus, dass sie vor Gericht gegen Weisse aussagen konnten. Deren rasch voranschreitende Enteignung musste und konnte auf diese Weise nie von der Justiz verhandelt werden.

In den Frontiergebietern häuften sich die Konflikte. Von Beginn an fühlten sich die neuen Herren den Indianern zivilisatorisch überlegen und verhöhnten diese als „diggers“, mit einem üblen Schmähbegriff, der an das berüchtigte N-Wort angelehnt war. Auf der tiefsten Stufe der Menschheitsentwicklung stehen geblieben, seien die „diggers“ ohnehin zum raschen Aussterben verurteilt, glaubten viele der weissen Eindringlinge. Überdies stünden die «roten

Teufel» der offensichtlichen Bestimmung Amerikas, seinem „Manifest destiny“, den ganzen Kontinent in Besitz zu nehmen, und damit dem menschlichen Fortschritt im Weg. Mit diesen rassistischen Ideen im geistigen Gepäck fiel das Töten vielen der weissen Eindringlinge nicht schwer. Im Mai 1849 überfielen sexuell ausgehungerte Goldsucher aus Oregon ein Maidu-Dorf am American River. Dort vergewaltigten sie mehrere Frauen und ermordeten jene Männer, die dem schändlichen Treiben Einhalt zu gebieten versuchten. Damit lösten die weissen Mörder einen Zyklus der Gewalt aus. Aus Rache überfielen Maidu-Krieger wenig später ein nahegelegenes Camp von Goldgräbern und töteten fünf von ihnen. Um dies nicht unbeantwortet zu lassen, überfielen darauf andere Goldsucher ein unbeteiligtes Maidu-Dorf. Dort brachten sie mindestens zwölf Bewohner um und nahmen Geiseln, von denen sie schliesslich weitere acht ermordeten. Damit begann in Kalifornien das grosse Töten.

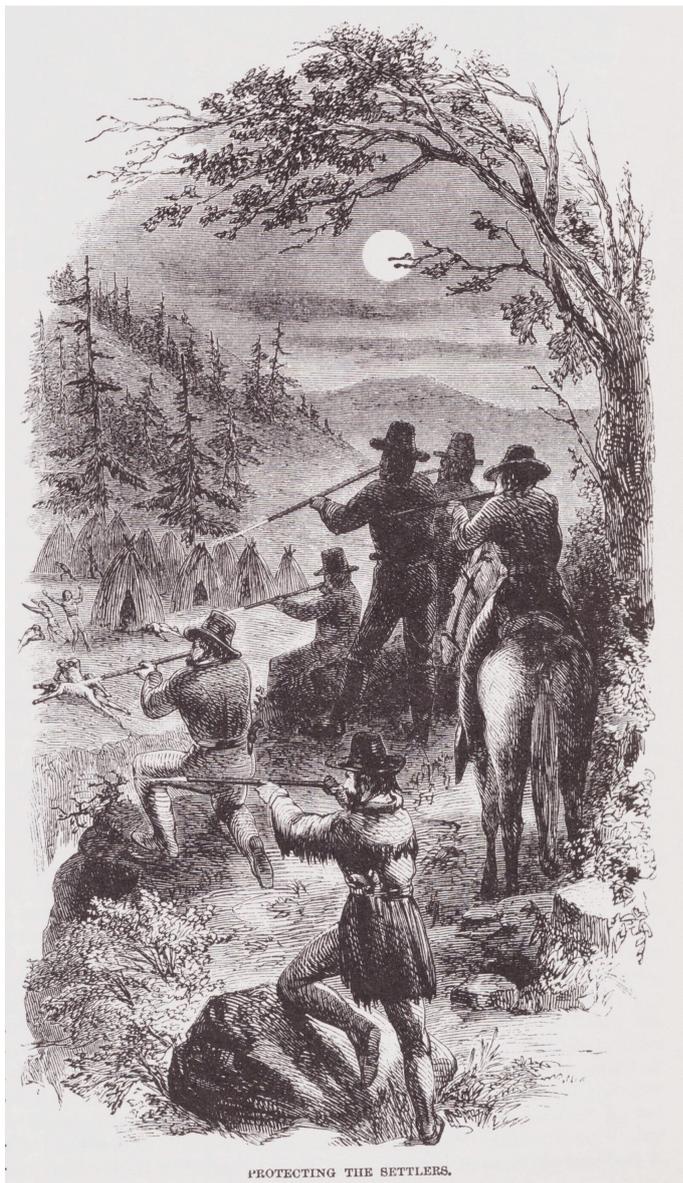
Belegt sind im Kalifornien der Goldrausch-Zeit zahlreiche weitere Massaker. Übel beuteten zum Beispiel die Pioniere Andrew Kelsey und Charles Stone ihre Pomo-Arbeiter aus, die sie als Sklaven behandelten. Auf ihrer Ranch in der Nähe des Clear Lake zwangen sie diese zu schwerster Arbeit und ernährten sie unzureichend, so dass viele ihrer Familien hungerten. Stone erschoss ein indianisches Kind, als es um ein wenig Weizen bettelte. Bei geringsten Verfehlungen wurden die Indianer ausgepeitscht – manche bis zum Tod. Nach Lust und Laune missbrauchten Kelsey und Stone junge Indianerinnen. Als sie auch der Frau eines Pomo-Chiefs Gewalt antaten, töteten die Indianer ihre grausamen Herren und flohen in die Berge. Das Gerücht, dass sich die Pomo auf dem Kriegspfad befänden, verbreitete sich in Windeseile und löste eine Massenhysterie aus.

Im Frühling 1850 wurde ein Dragonerregiment unter Hauptmann Nathaniel Lyon ins nördliche Kalifornien entsandt, um Jagd auf die Pomo zu machen. Schliesslich gelang es der Kolonne, eine grössere Gruppe auf einer Insel im Clear Lake einzukreisen. Kaltblütig liess Hauptmann Lyon die Feldartillerie in Stellung bringen und gab Befehl, mit den Kanonen auf die wehrlosen Männer, Frauen und Kinder zu feuern. Auf der Insel brach Panik aus. Unterschiedslos knallten

Lions Soldaten die fliehenden Indianer mit gezielten Gewehrschüssen nieder, selbst jene, die sich schwimmend zu retten versuchten. Einige Frauen und Kinder machten sie mit Bajonetten nieder. Bis zu 100 Tote forderte das „Bloody Island Massacre“. Am nahe gelegenen Russian River richtete die gleiche Einheit nur wenig später ein weiteres Blutbad unter den Pomo an, in dem noch einmal Dutzende umkamen. Später schrieb Hauptmann Lyon an seine Vorgesetzten, dass die Insel im Clear Lake einen „perfekten Schlachtpferch“ abgegeben habe.

Die junge Republik Kalifornien ergriff einseitig Partei für die Siedler und ihre Interessen. Da sich gewalttätige Zwischenfälle zwischen Indianern und Weissen mehrteten, rief Gouverneur Peter Burnett im Oktober 1850 dazu auf, Bürgermilizen zu bilden. Denn die Armee sei nicht in der Lage, die Frontier wirksam zu schützen. Bald danach brach eine Todesschwadron zu einer weiteren „Strafexpedition“ auf, die unter den Miwoks viele Opfer forderte. Insgesamt schickte der neue Bundesstaat mehr als 20 Bürgermilizen zu Vergeltungsaktionen aus und übernahm auch die Kosten. In seiner Jahresbotschaft an das Parlament bekannte sich Gouverneur Burnett ohne Scheu zu einer Politik der Extermination: „Ein Vernichtungskrieg wird solange geführt werden, bis die indianische Rasse ausgelöscht ist.“ Deutlicher noch wurde die Regionalzeitung „Yreka Herald“, als sie 1853 forderte: „Jetzt wo die allgemeinen Feindseligkeiten gegen die Indianer begonnen haben, hoffen wir, dass die Regierung uns solche Hilfe zu Teil werden lässt, die es den Bürgern des Nordens erlaubt, einen Vernichtungskrieg zu führen, bis die letzte Rothaut dieser Stämme getötet ist. Vernichtung ist nicht mehr eine Frage der Zeit – die Zeit ist gekommen.“

Ganz nach dieser Logik handelten auch die Siedler im Round Valley mit seinen saftigen Wiesen. In der gebirgigen Gegend lebten seit Urgedenken die Yukis, zwischen 6.000 und 20.000 an der Zahl. Die erste Begegnung mit Weissen hatten sie vermutlich 1834, als Pelzhändler der Hudson's Bay Company friedlich durch ihr Gebiet zogen. Erst 1854 wurde das abgelegene Tal von einer kleinen Gruppe weisser Abenteurer aus Missouri erkundet. Als sie auf eine grössere Yuki-Gruppe stiessen, eröffneten die Asbill-Brüder und ihre Kumpane



„Protecting the settlers“. Illustration aus J. R. Browne, „The Indians of California“, 1864.

(Quelle: Wikimedia Commons)

ohne Vorwarnung das Feuer auf die ahnungslosen Yuki. Nach eigenen Angaben töteten sie 32 von ihnen. Im Jahr darauf kehrten die Asbills zurück, um im grossen Stil Hirsche zu jagen. Jetzt freundeten sie sich sogar mit einigen Indianern an. Doch am Ende ihres Aufenthaltes entführten sie eine grössere Anzahl junger Yuki-Frauen, um sie im Tal des Sacramento als Haushaltshilfen und Sexsklavinnen an weisse Pioniere zu verkaufen.

1856 drangen auch Rancher in das Tal vor, zuerst nur wenige, dann immer mehr. Freilich rissen sie sich das beste Land unter den Nagel, auf dem sie immer grössere Viehherden weiden liessen. Die Invasion hatte zur Folge, dass die Yukis aus ihrem angestammten Lebensraum hinausgedrängt wurden. Um ihr Überleben zu

sichern, erlegten die hungrigen Indianer zunehmend auch Rinder und Schweine, die den weissen Ranchern gehörten. Deren Unmut stieg und stieg. Bald begannen diese damit, lokale Selbstschutzmilizen zu bilden, die unzählige Male ausritten, um den „diebischen Indianern“, die sich an ihrem Eigentum vergangen hatten, eine Lektion zu erteilen. Als die Yukis im Spätsommer 1859 im benachbarten Eden Valley drei Pferde auf dem Anwesen des einflussreichen Richters Serranus C. Hastings töteten, lief das Fass über. Aus diesem geringfügigen Anlass entwickelte sich ein einseitiger Ausrottungskrieg, der an organisierte Lynchjustiz erinnerte.

Auf Hastings Vorschlag wählten die aufgebrachten Siedler Walter J. Jarboe zu ihrem Anführer. Mit seinen Eel River Rangers brach dieser berühmte Indianerhasser im Sommer 1859 zu einer mehrere Monate dauernden Mordkampagne auf. Obwohl die Yukis nur wenige Weisse getötet hatten, ermordeten Jarboes Leute systematisch Hunderte von ihnen. Sie taten damit genau das, was sich die Siedler in Round Valley und Umgebung erhofften.

Selbst Gouverneur John B. Weller wurde das unterschiedslose Morden schliesslich zu viel. Am 4. Dezember 1859 hielt er Jarboe dazu an, in Zukunft keine Unschuldigen mehr umzubringen. Das Gemetzel ging jedoch auch danach weiter. Für seine blutigen Raids stellte Jarboe dem Staat hohe Rechnungen, die ihm vom Parlament in Sacramento jedes Mal erstattet wurden. Kaliforniens Abgeordnete bewilligten zwischen 1851 und 1860 immerhin 1,5 Millionen Dollar für Milizaktionen gegen „feindliche Indianer“. Damit finanzierte der Gesetzgeber deren Ausrottung nicht nur mit, sondern sanktionierte sie ein Stück weit auch. Jarboes Eel River Rangers wirkten als Speerspitze einer sich selbst ermächtigenden Frontiengesellschaft, die mit ihren indigenen Gegenspielern nicht viel Federlessens machte – ähnlich wie die britischen Siedler mit den australischen Aborigines, wo sich bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein zahllose Massaker an der indigenen Bevölkerung ereigneten.

Bis vor wenigen Jahrzehnten galt Kalifornien vielen als *die* Verkörperung des amerikanischen Traums, ja als „Golden State“ mit einer bemerkenswert toleranten multikulturellen Gesellschaft. Darüber blenden viele Amerikaner aus, dass der Westküstenstaat auf einer indianischen Schädelstätte errichtet wurde – genauso wie die USA als Ganzes. Jedenfalls lebten 1868 in Kalifornien nur noch 30.000 Native Americans – knapp ein Zehntel der ursprünglichen Bevölkerung. Unter den First Peoples löste die spanische, mexikanische und amerikanische Kolonisierung in nur 100 Jahren eine demographische Katastrophe aus. Neben todbringenden Krankheiten, Mangelernährung und Hunger zeichneten in der kalifornischen Frontiergesellschaft auch Versklavung, systematische Vernachlässigung in den Reservaten und viele Mordaktionen dafür verantwortlich.

Der Anteil intentionaler Gewalt war in dieser Frontierregion besonders hoch. So brachten Einheiten der US-Armee, Milizen, Kopfgeldjäger und Einzeltäter zwischen 1846 und 1873 bis zu 16.100 Indianer um – in mehr als 370 kleineren und grösseren Massakern, während diesen

umgekehrt rund 1.500 Weisse zum Opfer fielen, wie Benjamin Madley unlängst nachweisen konnte.

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist das von Historikern erarbeitete Wissen über die Tragödie, welche die California Indians inmitten der herausziehenden modernen Welt erlitten, ständig gewachsen. Die Nachkommen der Opfer leiden bis heute an den traumatischen Ereignissen. Allerdings sind selbst heute viele US-Bürger noch der Ansicht, dass dieser schreckliche Verlust an Menschenleben die unbeabsichtigte Nebenfolge des „menschlichen Fortschritts“, ja der historisch notwendige Preis für den Vormarsch der „Zivilisation“ gewesen sei. Viele verschliessen sich der bitteren Erkenntnis, dass die Kalifornier von heute die Nutznießer eines empörenden Landraubs und ja, auch eines Genozids sind.

Aram Mattioli ist Professor für Geschichte der Neuesten Zeit an der Universität Luzern. 2017 erschien sein Werk „Verlorene Welten. Eine Geschichte der Indianer Nordamerikas 1700-1910“.

Weiterführende Literatur

- Andrew C. Eisenberg, *Mining California. An Ecological History*, New York 2005
- Rachel Huber, „General Sutter“ – die obskure Seite einer Schweizer Heldenerzählung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 69 (2019), S. 418-433
- Albert L. Hurtado, *John Sutter. A Life on the North American Frontier*, Norman 2006
- Heinrich Lienhard, „Wenn du absolut nach Amerika willst, so gehe in Gottesnamen!“ Erinnerungen an den California Trail, John A. Sutter und den Goldrausch 1846-1849, hg. von Christa Landert, 3. Auflage, Zürich 2011
- Brendan C. Lindsay, *California's Native American Genocide, 1846-1873*, Lincoln, London 2012
- Benjamin Madley, *An American Genocide. The United States and the California Indian Catastrophe*, New Haven, London 2016
- Aram Mattioli, *Verlorene Welten. Eine Geschichte der Indianer Nordamerikas 1700-1910*, Stuttgart 2017, S. 177-220
- James J. Rawls, *Indians of California. The Changing Image*, Norman 1986
- Andrés Reséndez, *The Other Slavery. The Uncovered Story of Indian Enslavement in America*, Boston, New York 2016
- Frauke Steffens, *Gold in Neu-Helvetien*, in: *NZZ Geschichte*, Nr. 27, März 2020, S. 54-64
- Clifford E. Trafzer, Joel R. Hyer (Hg.), *Exterminate them! Written Accounts of the Murder, Rape, and Enslavement of Native Americans during the California Gold Rush*, East Lansing 1999

Amerika, hast du es wirklich besser?

Ein Vergleich zwischen den hispanischen und den englischen Kolonien in Amerika

Norbert Rehrmann

Aus welchen Elementen setzte sich die kulturelle Identität Lateinamerikas zusammen? Welche Charakteristika unterschieden das spanische Unternehmen in Amerika (la empresa americana) von anderen Kolonialismen, vor allem vom englischen „Kolonialstil“ im Norden des Kontinents? Der Lateinamerika-Historiker Norbert Rehrmann (1951-2010) bot in seiner 2005 erschienenen „Lateinamerikanischen Geschichte“ einen kompakten Vergleich zwischen hispanischen und englischen Kolonien, der heute noch Gültigkeit beanspruchen kann, nur allenfalls zu ergänzen wäre um Aspekte der Sklaverei.

Da ist **erstens** das kulturelle Gepäck, das Spanier und Engländer in die Neue Welt mitnahmen: Während die einen den Geist der Gegenreformation repräsentierten, verkörperten die anderen die Avantgarde der europäischen Frühmoderne. Dabei spielte der Zeitfaktor – Kolumbus betrat 1492 den Boden der Karibikinseln, die erste englische Siedlung an der nordamerikanischen Küste wurde Anfang des 17. Jahrhunderts errichtet – eher eine untergeordnete Rolle. Denn auch in den folgenden Jahrhunderten gehörte Spanien noch zu den Schlusslichtern der Moderne. Das unrühmliche Ende der „unbesiegbaren“ Armada, von den Kanonen englischer Schiffe versenkt, war insofern ein frühes Fanal zukünftiger Machtverhältnisse in der Alten *und* der Neuen Welt. Die politisch-kulturellen Folgen für Lateinamerika hat der mexikanische Schriftsteller Octavio Paz, ein im Grunde hispanophiler Autor, prägnant auf den Begriff gebracht: „Wir hatten kein 18. Jahrhundert: beim besten Willen können wir Feijoo oder Jovellanos [die beiden bekanntesten Denker des spanischen ‚Siglo de las Luces‘, N. R.] nicht mit Heine, Locke, Diderot, Rousseau, Kant vergleichen.“ Im Unterschied zu Nordamerika, wo Freiheit und Demokratie bereits lange vor der Unabhängigkeit das Denken und Handeln der politischen und intellektuellen Akteure beeinflussten, kannte man die Aufklärung südlich des Rio Grande, so Octavio Paz, nur in Form des „aufgeklärten Despotismus“ der Bourbonen:

„Unser Unabhängigkeitskrieg war [deshalb] nicht nur Selbstverleugnung, er war Selbstbezug. Der wahre Name unserer Demokratie ist Caudillismus und der unseres Liberalismus Autoritarismus. Unsere Modernität war und ist eine Maskerade.“ Obwohl sich die Gründe für diesen Befund bei weitem nicht in den geistesgeschichtlichen Traditionen erschöpfen – so hatten die neokolonialen Strukturen, die auf die Unabhängigkeit folgten, bekanntlich eine englische, später eine nordamerikanische Färbung –, stimmt die Richtung, in die Paz argumentiert. Sein eigenes Heimatland ist dafür, und das bis in die Gegenwart, ein überzeugender Beweis.

Da ist **zweitens** die Tatsache, dass die spanische Entdeckung, Eroberung und Kolonisierung überwiegend Schlag auf Schlag erfolgten, häufig ohne nennenswerte Übergänge – nahezu zeitgleiche Phasen, die bereits Mitte des 16. Jahrhunderts im Wesentlichen abgeschlossen waren. Dagegen waren die Engländer lange Zeit fast nur Siedler, keine Konquistadoren. Die Territorien hinter den schmalen Küstenstreifen, die sie besiedelten, blieben ihnen unbekannt: eine riesige Terra incognita, die erst allmählich erkundet und ‚pazifiziert‘ wurde. Das unterschiedliche Verhältnis zwischen Kolonisatoren und indigener Bevölkerung steht damit – **drittens** – in direktem Zusammenhang. Während die nordamerikanischen Indianer noch eine Galgenfrist erhielten, gerieten die mittel- und südamerikanischen Indios bereits nach der Ankunft der ersten Karavellen aus Spanien ins Visier der „entdeckenden Eroberer“. Im Unterschied zum angelsächsischen Norden, wo sich die Terra incognita im 18. und 19. Jahrhundert in verbrannte Erde verwandelte und ihre Bewohner fast völlig ausgelöscht wurden, ermöglichte der „mestizaje americano“ im spanischen Süden das partielle Überleben indianischer Kulturen, wenn auch unter dem Regiment einer kolonialen Zwangsherrschaft, die der übergrossen Mehrheit der amerikanischen Urbevölkerung Tod, Knechtschaft und eine extreme kulturelle Entfremdung bescherte.

Die unterschiedlichen Formen von „Kulturkontakt“, „Kulturzusammenstoss“ und „Kulturverflechtung“ (Bitterli) in Nord- und Südamerika verweisen – **viertens** – auf ebenso grosse Unterschiede in Kultur und Ökonomie. Während die Spanier auf reiche Hochkulturen trafen, die ihre sinistren Träume von „Eldorado“ mit einer Dosis Realität versahen, konnten die Engländer nichts Vergleichbares erwarten: weder lukrative Beutezüge, wie sie Cortés und Pizarro unternahmen, noch riesige Gold- und Silberminen, in denen sich die Heere der peruanischen Mita-Sklaven zu Tode schufteten. Der Norden war, was die Bodenschätze betraf, eher arm; das Interesse der ersten Siedler, das weite Hinterland zu kolonisieren, deshalb sehr begrenzt. Ganz anders im Süden: Gerade sein Reichtum, schreibt Eduardo Galeano, sollte ihm zum Verhängnis werden. Hinzu kommt, wie Anthony Pagden in seiner vergleichenden Untersuchung über die spanischen, englischen und französischen „Imperien“ hervorhebt, dass die Engländer vornehmlich an „kommerziellen Banden“ interessiert waren. Sie standen damit, was die antiken Vorläufer betrifft, den kommerziellen Brückenköpfen der Griechen im Mittelmeer wesentlich näher als der „Kolonialwirtschaft“ der Römer. Dementsprechend war das „Empire“ im Norden, wie Pagden pointiert, weniger ein Ort zur Erlangung von Ehre, religiösem Ruhm oder Bodenschätzen, sondern mehr eine Quelle zur Erwirtschaftung von „kommerziellem und landwirtschaftlichem Profit“.

Die Art und Weise, wie Spanier und Engländer die indigene Bevölkerung behandelten, steht damit in engem Zusammenhang. Hinzu kommt allerdings – **fünftens** –, dass die Engländer keine Missionare waren, die Spanier aber auch einen „Kreuzzug“ führten. Während sich der spätere „Kulturkontakt“ der protestantischen Siedler im Wesentlichen darauf konzentrierte, die Kolonisierungsgrenzen nach Westen zu verschieben und damit, was die Indianer betraf, Tabula rasa zu machen, verlief die katholische Kolonisierung im dauerhaften Schulterchluss von Kreuz und Schwert. Schon allein deshalb hat es nie einen englischen Las Casas gegeben, auch keine offiziellen Debattenforen, auf denen, unter dem Auspizium der spanischen Krone, der Umgang mit den Indios zur Staatsangelegenheit erhoben wurde. Aus diesem Grund liegen solche Autoren, etwa der bereits zitierte Schweizer Kulturhistoriker Urs Bitterli,

auch ziemlich falsch, die der kolonialen Obrigkeit in Spanien eine „beispiellose Arroganz“ und „moralische Unbekümmertheit“ attestieren und lediglich die portugiesische Kolonisierung Brasiliens als „Musterbeispiel“ einer gelungenen Kulturverflechtung beschreiben. Im Übrigen, so Anthony Pagden, stand die religiöse Heterogenität der nordamerikanischen Siedler einer geschlossenen Missionsoffensive entgegen. Ebenso das Bedürfnis der meisten Kolonisten, unter sich zu bleiben: „Die puritanischen ‚Cities on the Hill‘“, schreibt Pagden, „sollten *ihre* Städte sein. In ihnen war für *aliens* kein Platz.“

Deutliche Unterschiede kommen auch in der Flut von Gesetzen zum Ausdruck, mit der die spanischen Könige das Leben ihrer indianischen Untertanen zu regeln versuchten. Die schier unüberschaubare Menge an juristischen Dokumenten aller Art, die den Atlantik überquerten, kann – **sechstens** – als weiteres Spezifikum verstanden werden, das der spanischen Kolonisierung seinen Stempel aufdrückte. Das dichte Paragraphennetz, mit dem die katholischen Monarchen Hispanoamerika überzogen, sucht man im Norden – auch in Brasilien – vergeblich. Trotz aller Bande, die das Commonwealth mit dem Mutterland vereinten, war Nordamerika keine „Verlängerung“ der englischen Krone. Anthony Pagden spricht sogar von einer „legislativen Autonomie“ der nordamerikanischen Kolonien, die zeitgenössische Beobachter zu der Annahme (ver-)führte, von einem „eigenen Königreich“ zu sprechen. Demgegenüber waren die Vizekönigreiche Hispanoamerikas, zumindest auf dem Papier, gleichberechtigte „Verlängerungen“ (bis ins 20. Jahrhundert galt die Neue Welt im ideologischen Jargon der *Hispanidad* als „prolongación“ des peninsularen Mutterlandes). Dennoch wäre es vermessen, Spanien nur als Primus inter Pares darzustellen. Die Ansicht von Octavio Paz, Hispanoamerika wäre insofern keine Kolonie gewesen, geht deshalb an der historischen Realität ziemlich weit vorbei. Näher an der historischen Wirklichkeit bewegte sich dagegen der „Amerika-Befreier“ Simón Bolívar, der die enge Paraphrasenkette zwischen Mutterland und Kolonien als schwere Bürde der postkolonialen Epoche interpretierte: „Unser Schicksal bestand darin“, so Bolívar, „dass wir immer völlig passiv waren, unsere politische Existenz war

immer null [...] wir wurden abstrahiert, ausgeschlossen vom Universum.“

Schliesslich – **siebtens** – unterscheidet sich der spanische Kolonialismus von seinem englischen Pendant durch seine rigide Einwanderungskontrolle. Das Tor zur Neuen Welt stand de jure nur „reinrassigen“ Spaniern offen, alle anderen, Juden, Mauren und ‚Neuchristen‘ inklusive, blieben ante portas. Während sich die Engländer im 17. und 18. Jahrhundert kaum darum scherten, wer den Nordatlantik überquerte, traf selbst noch Alexander von Humboldt auf seiner knapp fünfjährigen Südamerikareise nur einen einzigen Deutschen. Viele Bewohner Hispanoamerikas konnten sich deshalb kaum vorstellen, so der deutsche Forscher, dass man in Europa nicht nur Spanisch sprach. Die hier nur in Umrissen skizzierte Bilanz des spanischen und englischen „Kolonialstils“ in Amerika lässt mithin markante Unterschiede erkennen, die die künftige Entwicklung der beiden Subkontinente zu einem Gutteil erklären. Insofern hatte Goethe sicher Recht, als er dichtete: „Amerika [und er meinte Nordamerika, N. R.] du hast es besser / als unser Kontinent, das alte / hast keine verfallenen Schlösser / und keine Basalte.“ Die gab es zwar, genau genommen, auch im Süden nicht. Die Last der

Vergangenheit war dort jedoch, im Guten wie im (dominanten) Schlechten, ungleich drückender.

Besonders drückend – erdrückend – war diese Last für die indigene Bevölkerung der neuen Republiken, die von der Unabhängigkeit, wenn überhaupt, kaum profitiert hatte. Für sie, deren Vorfahren die so genannte Neue Welt von alters her bevölkert und, hier und da, einen kulturellen Zenit erreicht hatten, der Bewunderung verdient – für sie hatten die europäischen Meisterdenker, unter ihnen auch der Weimarer Dichturfürst, nicht viel übrig. Wenn sie sich überhaupt für die indianische(n) Kultur(en) interessierten, was bei Goethe kaum der Fall war, dann war es in der Regel ein ziemlich monotoner Pendelschlag zwischen „Wissenschaftsroutine und Kuriositätenkabinett“ (Gewecke), von dem ihr Interesse in Gang gehalten wurde. Was wäre, wenn sie, und nicht die spanischen Könige, das „amerikanische Unternehmen“ kommandiert hätten?

Auszug mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Norbert Rehrmann, Lateinamerikanische Geschichte. Kultur, Politik, Wirtschaft im Überblick. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2005, S. 110-114.

Zur Abbildung auf der gegenüberliegenden Seite:

Ein Exemplar der sogenannten „Pintura de Castas“, Kasten-Malerei. Aufgeführt sind, tendenziell mit absteigendem sozialem Rang, Varianten der Vermischung zwischen Spaniern, Indigenen und Schwarzen. Anderen Personengruppen, insbesondere Europäern aus anderen Ländern sowie Juden und Muslimen, war der Zugang zu den hispanischen Kolonien strikt verwehrt.

Die Bezeichnungen weisen zum Teil klar rassistischen Charakter auf, z. B. „Mulato“ = abgeleitet von „Mulo“, Maultier; „No te entiendo“ = Ich verstehe dich nicht, „Torna atrás“ = Kehr um.

1. Español con India, Mestizo
2. Mestizo con Española, Castizo
3. Castiza con Español, Española
4. Español con Negra, Mulato
5. Mulato con Española, Morisca
6. Morisco con Española, Chino
7. Chino con India, Salta atrás
8. Salta atrás con Mulata, Lobo
9. Lobo con China, Gíbaro

10. Gíbaro con Mulata, Albarazado
11. Albarazado con Negra, Cambujo
12. Cambujo con India, Sambiaga
13. Sambiago con Loba, Calpamulato
14. Calpamulto con Cambuja, Tente en el aire
15. Tente en el aire con Mulata, No te entiendo
16. No te entiendo con India, Torna atrás



Pintura de Castas, anonymer Künstler, 18. Jahrhundert. Museo Nacional del Virreinato, Tepoztlán, Mexiko.

(Quelle: Wikimedia Commons)

„Kaffee, an dem Blut klebt!“

Konsumboykotte gegen lateinamerikanische Diktaturen in den 1970er und 1980er Jahren

Christiane Berth

Seit den 1970er Jahren setzten sich in Europa, den USA und Kanada immer mehr Menschen mit den lateinamerikanischen Diktaturen auseinander. Im Zuge der 1968er-Bewegung hatte sich ein Interesse an politischen Umbrüchen in Asien, Afrika und Lateinamerika entwickelt. Insbesondere der Kaffee bot sich an, das Konsumverhalten mit politischen Zielen zu verknüpfen.

„Wir schulden den Menschen in El Salvador Solidarität, denn wir konsumieren Kaffee, den wir uns leisten können, weil sie hungern. Es ist an der Zeit, dass wir etwas dagegen tun!“ Mit diesem Aufruf führte das *Schwarzbuch Hamburg – Dritte Welt* 1983 in das Thema Kaffeehandel mit El Salvador ein.

Das Autorenteam argumentierte, reiche Konsumentinnen und Konsumenten profitierten von der Ausbeutung der Plantagenarbeiter und hätten demnach eine gesellschaftliche Verantwortung zum Handeln. In Hamburg setzten Aktivistinnen und Aktivisten diesen Aufruf auf vielfältige Weise in die Tat um. Sie protestierten vor den Zentralen der Kaffeekonzerne in der Speicherstadt, riefen zum Boykott von Kaffee aus den zentralamerikanischen Militärdiktaturen auf und gründeten Organisationen des solidarischen Handels, die bis heute existieren. Durch die Solidaritätsbewegung und Aktivitäten exilierter Studierender gab es immer mehr direkte Kontakte, sowohl innerhalb der Amerikas als auch zwischen Lateinamerika und Europa. Parallel dazu erreichten Bilder von Hunger, Krieg und Revolten über das Fernsehen zahlreiche Menschen.

1973 stürzte das Militär in Chile den Präsidenten Salvador Allende, dessen Reformpolitik in der europäischen Linken grossen Anklang gefunden hatte. Sein Sturz gilt inzwischen als wichtige Zäsur für den globalen Menschenrechtsaktivismus. 1979 brachten die Sandinisten in Nicaragua eine der langjährigsten Diktaturen des Kontinents zu Fall: die Herrschaft des Somoza-Klans, der bereits seit 1937 über das kleine zentralamerikanische Land herrschte. Damit verlagerte sich die Aufmerksamkeit

Ende der 1970er Jahre von Süd- nach Zentralamerika.

Den historischen Hintergrund für die Konsumboykotte bilden drei Prozesse: Erstens interessierten sich seit den späten 1960er Jahren mehr Menschen für Menschenrechtsverletzungen im globalen Süden. Zweitens beunruhigte sie die wachsende Macht globaler Konzerne. Drittens bildete sich seit den 1970er Jahren die Fair-Trade-Bewegung heraus. Sie verschrieb sich in ihrer frühen Phase der Aufklärung über Ungerechtigkeit im Welthandel und etablierte ein neues Konsumverständnis. Mit ihren täglichen Konsumententscheidungen für fair gehandelte Produkte könnten europäische Konsumentinnen und Konsumenten die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Produzenten im globalen Süden verbessern. Kaffee, Kakao und Zucker waren wichtige Produkte, anhand derer die Bewegung ihre Ziele kommunizierte.

Die Kritik an multinationalen Konzernen und die Aktivitäten von Gewerkschaften waren wichtige Faktoren für die Ausweitung der Proteste. Insbesondere die Gewerkschaften prangerten die lateinamerikanischen Diktaturen immer wieder öffentlich an, forderten den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen und kritisierten die Repression gegen lokale Arbeiterorganisationen. In vielen europäischen Ländern spielten Boykotte dabei nur eine begrenzte Rolle, da weder Chile noch Argentinien damals ein geeignetes symbolträchtiges Produkt exportierten. Zwar waren Früchte das zweitwichtigste Exportprodukt Chiles, doch auf Grund der damaligen Kühltechniken gelangten sie vor allem auf nordamerikanische Märkte.

Im Falle Zentralamerikas war dies anders, da Kaffee schon seit dem 19. Jahrhundert nach Europa exportiert wurde. Die internationale Fair-Trade-Bewegung identifizierte Kaffee schon früh als geeignetes Produkt für die Vermittlung ihrer Inhalte. Mit der Revolution in Nicaragua gewann der Kaffeekonsum eine politische Aufladung. Wer die Kaffees aus Nicaragua wie die „Sandino-Dröhnung“ kaufte, unterstützte eine emanzipatorische Bewegung, wer dagegen

Kaffee aus El Salvador oder Guatemala konsumierte, die Militärregierungen.

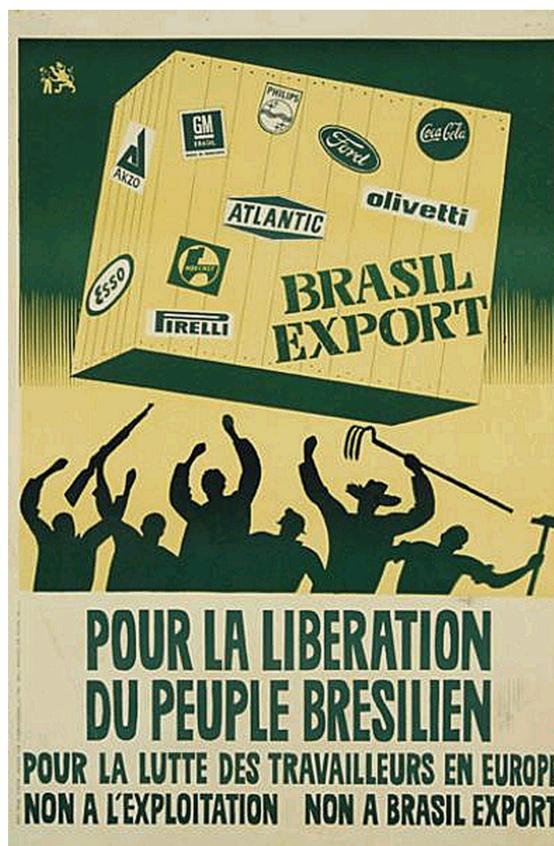
„Nichts für Pinochet, nichts von Pinochet“: Proteste in den 1970er Jahren

Bereits vor dem Sturz Salvador Allendes begannen sich in Europa Proteste gegen die lateinamerikanischen Diktaturen zu regen. Dabei spielten lateinamerikanische Exilanten und Studierende eine wichtige Rolle. Ein bisher wenig bekanntes Beispiel sind die Proteste gegen die brasilianische Militärdiktatur in Belgien. Nachdem das Militär in Brasilien 1964 die Macht übernommen hatte, initiierten brasilianische Exilanten 1970 eine internationale Konferenz in Paris, um Aktivitäten gegen Folter und Repression zu organisieren. Dabei riefen die Teilnehmer erfolgreich zur Gründung von Europa-Lateinamerika-Komitees auf: es entstanden Komitees in der Schweiz, in Frankreich, in Belgien und Grossbritannien.

In Belgien organisierte das Komitee Demonstrationen und Protestaktionen vor der brasilianischen Botschaft. Den Höhepunkt erreichte die Bewegung anlässlich der Mobilisierung gegen die internationale Handelsmesse Brasil Export, die 1973 in Brüssel stattfinden sollte. Mehr als 100 Organisationen, darunter viele Gewerkschaften, unterstützten die Aktionen. Sie attackierten dabei immer wieder multinationale Konzerne, die durch ihre Investitionen die Diktatur stützten und die Repression von Arbeiterprotesten nicht nur begrüßten, sondern teilweise aktiv förderten. Bei diesen frühen Protesten standen also bereits wirtschaftliche Aspekte im Zentrum: Die Proteste sollten den Exporthandel Brasiliens schwächen, über die Wirtschaftspolitik der Militärregierung aufklären und Menschen von der Teilnahme an der Messe abhalten. Die Kampagne war eine wichtige Basis für die folgenden Proteste gegen die Pinochet-Diktatur in Chile.

Nach dem Sturz Salvador Allendes gründeten sich zahlreiche Chile-Komitees in Westeuropa, den USA und Kanada. Sie forderten Asyl für die Flüchtlinge, die Einstellung der Wirtschaftshilfe sowie den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen. Zahlreiche Karikaturen zeigten damals Verbindungen zwischen Politikern, Diktatoren und dem internationalen Kapital, symbolisiert durch Dollarzeichen oder schwarzgekleidete Herren mit Zylinderhüten. In Chile hatte die US-amerikanische Telekommunikationsfirma ITT

(International Telephone & Telegraph Corporation) 1972 Destabilisierungsversuche der CIA gegen Allende unterstützt. Danach wuchs der Argwohn gegenüber global agierenden Firmen. Viele Mitglieder der Solidaritätsgruppen sahen internationale Regulierungsversuche als gescheitert an. Sie hofften stattdessen durch Boykotte, Ansehen und Profite der Firmen zu schädigen. Bereits im Juli 1972 riefen Solidaritätsgruppen in den USA zum Boykott der Brotmarke „Wonder Bread“ auf, die durch eine ITT-Tochterfirma produziert wurde. In den Niederlanden protestierten Aktivisten gegen die Geschäftsverbindungen der grössten holländischen Bank zum Pinochet-Regime und riefen zu Boykotten auf. In den USA organisierten Solidaritätsgruppen unter dem Motto „Nichts für Pinochet, nichts von Pinochet“ Boykottaktionen in Supermärkten.

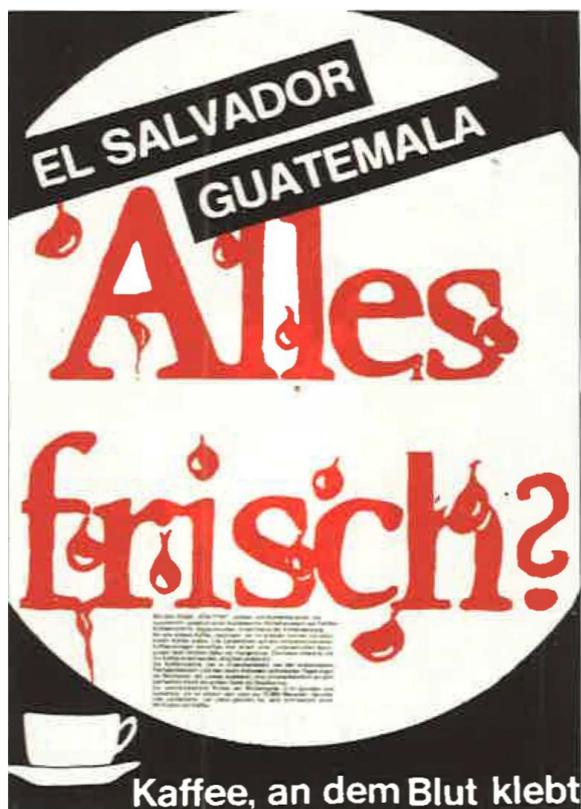


Belgisches Plakat anlässlich der Handelsmesse Brasil Export 1973

Quelle: https://www.journalbelgianhistory.be/en/system/files/article_pdf/007_Christiaens_Kim_2013_4.pdf

Ähnliche Aktionen gab es in Kanada, wo Aktivist/innen und chilenische Exilant/innen Flugblätter in Obstabteilungen und Weinregalen platzierten. Sie wiesen Konsument/innen darauf hin, Wein sei das „Blut des chilenischen Volkes“, das Blut der Menschen, die gefoltert und ermordet wurden. Ausserdem forderten

sie Supermarktketten und Gastronomieverbände in Briefen dazu auf, keine chilenischen Produkte zu verwenden. Die Organisation Canadians for Democracy in Chile entwarf ein leuchtendrotes Poster, das eine Apfelkiste zeigte. Statt mit Früchten war die Kiste mit schreienden Gesichtern gefüllt, die auf die Angst vor Folter und Repressionen aufmerksam machen sollten. Darüber hinaus organisierten Solidaritätsgruppen Proteste anlässlich der Entladung chilenischer Frachtschiffe oder der Besuche chilenischer Wirtschaftsdelegationen. Auch in den USA, Australien, Grossbritannien und den Niederlanden weigerten sich Hafenarbeiter chilenische Waren zu entladen. Wie bereits erwähnt, gelangten damals noch kaum chilenische Früchte nach Europa. Den-



Plakat einer El-Salvador-Solidaritätsgruppe in Münster
http://plakat.nadir.org/plakat_ausgabe.php3?plakat=http://uke.nadir.org/nadir/plakat/cd/film065/65_15.jpg

noch gab es auch in Europa Boykottaufrufe, und zwar besonders in Grossbritannien. Dort riefen Gewerkschaften zum Boykott chilenischer Produkte auf. Drucker/innen lehnten es ab, Etiketten für chilenische Weine zu drucken; Fernsehsender weigerten sich, den Eurovision Song Contest nach Chile zu übertragen. In Westdeutschland sorgte die Haltung der Regierung zu Chile für heftige Kontroversen. Die Regierung unter Willy Brandt (1969-74) for-

zwar 1974 die geplante Wirtschaftshilfe ein und untersagte Waffenexporte nach Chile. Allerdings gab es im Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten keine grossen Veränderungen. Nur wenige Jahre später organisierten Menschenrechtsgruppen anlässlich der Fussball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien eine Kampagne gegen die dortige Militärdiktatur. Die Proteste standen unter dem Motto „Fussball ja, Folter nein“ und stärkten die Menschenrechtsbewegung in Westdeutschland. Allerdings betonten die Teilnehmer zu ihrer Verteidigung immer wieder, sie hätten nie zu einem Boykott der WM aufgerufen. Als 1979 die Sandinisten die Macht in Managua übernahmen, verlagerte sich das Interesse nach Zentralamerika.

Kaffee, Zentralamerika und Boykotte in den frühen 1980er Jahren

Fair-Trade-Initiativen entstanden in vielen westeuropäischen Ländern in den 1970er Jahren. Teils hatten sie kirchliche Wurzeln, teils politische. Wie der Historiker Ruben Quaas in seinem Buch „Fair Trade. Eine global-lokale Geschichte am Beispiel des Kaffees“ gezeigt hat, führte die Suche nach einem politischen Konsumgut schnell zum Kaffee. In Westdeutschland begannen die Aktion Dritte Welt Handel ab 1973 „Indio-Kaffee“ aus Guatemala zu verkaufen. In einem frühen Entwurf für den Verpackungstext heisst es zur Begründung: „Viele Jahre lang wurden die Indios um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Von einflussreichen Grossgrundbesitzern und Händlern, die den [...] Indios den Exportweg versperrten. Das wollen wir ändern. Wir schlagen eine Brücke vom indianischen Kaffeebauern direkt zum europäischen Verbraucher.“

Während der Verkaufsaktionen verteilten die Gruppenmitglieder Informationsmaterial, das den Weg des Kaffees von der Plantage bis in die Tasse des Verbrauchers nachzeichnete. Der höhere Preis des Indio-Kaffees ermöglichte den Mitgliedern der Kooperative bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Die ersten Verkaufsaktionen waren ein grosser Erfolg: in nur sechs Wochen verkauften die Gruppen 21.000 Kilogramm Kaffee. Nach der nicaraguanischen Revolution wurde Nicaragua-Kaffee ein wichtiges Produkt des fairen Handels. Die sandinistische Revolution versprach einen alternativen Weg zwischen Ost und West, warb mit Pluralismus

und sozialen Reformen wie der Alphabetisierungskampagne. Gleichzeitig wurde innerhalb des alternativen Milieus der frühen 1980er Jahre der Ansatz wichtiger, Veränderungen im persönlichen Umfeld zu schaffen. Nicaragua-Kaffee und Jutebeutel demonstrierten die alternative Einstellung, könnten aber auch zu grossen gesellschaftlichen Transformationen beitragen, so hofften die Konsumentinnen und Konsumenten.

Währenddessen spitzte sich die politische Lage in Guatemala und El Salvador immer weiter zu. In beiden Ländern kämpften Guerillas seit Jahren gegen Militärdiktaturen. Nachdem die Sandinisten in Nicaragua gesiegt hatten, plante die salvadorianische FMLN den Aufstand und drohte mit der Zerstörung der Kaffee-Ernten. Um die Deviseneinnahmen nicht zu gefährden, beschloss die Regierung deshalb den Kaffee auszulagern und wählte Hamburg als Standort. El Salvador lieferte seit den 1960er Jahren grössere Anteile seiner Kaffeeernten nach Westdeutschland, enge Verbindungen existierten insbesondere zur Firma Rothfos. Die Firma war in den 1970er Jahren zu einer der wichtigsten Firmen im Weltkaffeehandel aufgestiegen. Bernhard Rothfos galt als „Kaffeeekönig“, während sein ältester Sohn Cuno das Honorarkonsulat El Salvadors in Hamburg führte. Die scharfen sozialen Gegensätze zwischen Arm und Reich liessen sich anhand dieses Beispiels sehr eindrucksvoll vermitteln.

Im Juni 1981 organisierten Lateinamerika-Gruppen die erste bundesweite Boykottaktion gegen guatemaltekischen und salvadorianischen Kaffee. Dabei verteilten sie Flugblätter und riefen zum Kauf nicaraguanischen Kaffees auf. Die Kontroversen erreichten bald den fairen Handel. Immer mehr kritische Anfragen befassten sich mit der Situation in Guatemala. Kritiker monierten, die auf Kaffee erhobene Exportsteuer trage zur finanziellen Unterstützung des Militärs bei. 1982 argumentierte ein Artikel in der Zeitschrift Publik-Forum, dass „wir Kaffeetrinker [...] ungewollt eines der repressivsten und blutigsten Regime des amerikanischen Kontinents finanzierten“. Teils regte sich auch Kritik am guatemaltekischen Genossenschaftsverband, die jedoch mitunter auf Halbwissen und Gerüchten basierte. Deshalb erwiderte ein Vertreter der Handelsorganisation GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt) 1981, die Kritik sei

ungerechtfertigt, denn während „wir im Warmen sitzen“, sei Widerstand für Kleinbauern in Guatemala „eine Entscheidung auf Leben und Tod“.

Da genau in diesen Jahren immer häufiger Nachrichten über Massaker der Armee gegen politische Gegner und Kleinbauern eintrafen, nutzte die Solidaritätsbewegung Blut als ein wichtiges Motiv für ihre Kampagnen, wie die Abbildungen zeigen. Ein Solidaritätsgruppe aus Münster gestaltete beispielsweise einen Aufkleber um, mit dem die Firma Tchibo unter dem Motto „Alles frisch!“ ein Gewinnspiel bewarb. Die Aktivist/innen versahen das Motto mit einem Fragezeichen und brachten es in roten, mit Blutstropfen versehenen Lettern auf ein Plakat, dass sich gegen Kaffee-Importe aus Guatemala und El Salvador richtete.

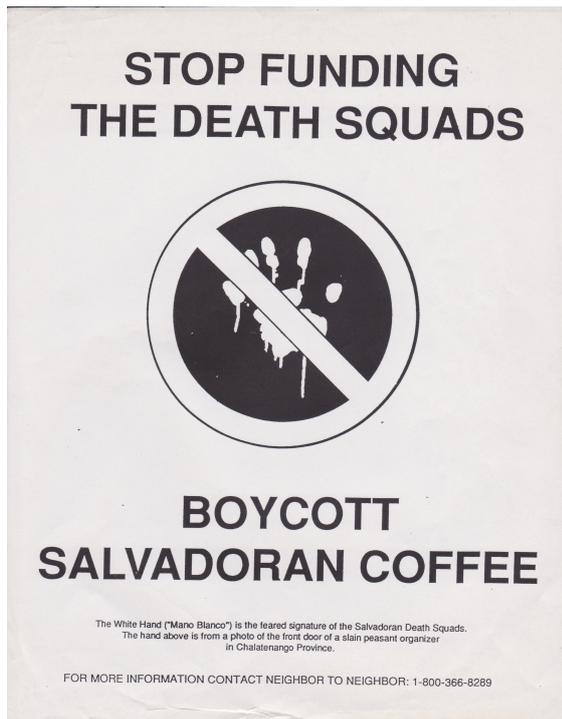
Das *Schwarzbuch Hamburg – Dritte Welt* verwendet eine ähnliche Bildsprache: Eine der Illustrationen zeigt einen ermordeten Cam-



Aus: „Schwarzbuch Hamburg – Dritte Welt“, 1983

pesino, dessen Blut direkt in die Kaffeetasse europäischer Konsument/innen tropft. Im Oktober 1983 versuchten 500 Aktivisten das Firmenkonto von Rothfos am Hamburger Sandtorkai zu blockieren, um gegen die Importe aus El Salvador zu protestieren. Um ihre Motive und Argumente zu verstehen, ist das *Schwarzbuch Hamburg – Dritte Welt* eine wichtige Quelle: Die erste Auflage war binnen kurzer

Zeit vergriffen; insgesamt fand das Buch 14.000 Abnehmer. Der Kaffeehandel nahm einen grossen Raum ein: Die Autoren analysierten unter anderem seine Geschichte, die Arbeitssituation auf den Plantagen, die Funktionsweise des Kaffee-Weltmarkts, den Konzentrationsprozess in der Branche sowie Veränderungen im Hafen. Um ihre Aussagen zu illustrieren, verwendete das Autorenteam häufig die Kaffeebohne, die Figur des ausgebeuteten Kleinbauern sowie Schemata zur Warenkette des Kaffees, die die Macht der Grosskonzerne zeigten.



Boycottplakat aus den USA, Ende 1989
<https://grpeopleshistory.files.wordpress.com/2015/09/savadoran-coffee-boycott.jpeg>

1989/90 gab es eine zweite internationale Welle von Kaffee-Boykotten gegen El Salvador. Anlass war die Ermordung von sechs katholischen Priestern durch das Militär. Diesmal startete die Bewegung in den USA, wo Aktivist/innen dazu aufriefen, den Kaffee der Firma Folgers zu boykottieren, die damals viel Kaffee aus El Salvador importierte. Darüber hinaus boykottierte eine US-amerikanische Hafenaarbeitergewerkschaft mehrere Schiffe, die Kaffee aus El Salvador geladen hatten. Vertreter dieser NGOs und Gewerkschaften reisten anschliessend nach Europa und argumentierten dafür, den internationalen Boykott auszuwei-

ten. Erneut zeigte sich, wie wichtig transnationale Verbindungen für die Boykottbewegungen waren.

Bilanz und Ausblick

Die Boykotte gegen die lateinamerikanischen Diktaturen schwächten Kaffee- oder Fruchtexporte nur leicht. Doch über die Boykottaktionen erreichten die Solidaritätsgruppen viele Menschen auf den Strassen und in den Supermärkten. Mit ihren Kampagnen gegen die Macht der Grosskonzerne trafen sie einen Nerv; das Unbehagen ging über die radikalen politischen Kreise hinaus. Gleichzeitig bot die Fair-Trade-Bewegung alternative Konsumformen an. Die alternativen Kaffees erfreuten sich trotz geschmacklicher Mängel grosser Beliebtheit. Kaffee sorgte für mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes der GEPA. Die Firma steigerte ihren Umsatz zwischen 1990 und 1992 um über 60 Prozent, professionalisierte ihre Arbeit und schuf 1992 gemeinsam mit anderen Akteuren das Trans-Fair-Gütesiegel. Damit gelang der Einstieg in den Massenmarkt.

Nach einer Phase der Stagnation seit Mitte der 1990er Jahre erlebte der faire Handel ab 2005 einen Boom. Auch in der Schweiz war Kaffee das erste wichtige Produkt im fairen Handel. Ab 1992 gelangten die Kaffees der Max-Havelaar-Stiftung in die grossen Supermärkte. Parallel dazu haben die Initiativen der Solidaritätsbewegung überlebt, die statt des fairen Handels ein Konzept des solidarischen Handels verfolgen. Dies beinhaltet höhere Preise als im Fair Trade sowie eine grundlegende Kritik am kommerziellen Vertrieb und der Zusammenarbeit mit den grossen Kaffeekonzernen. In Hamburg existieren nach wie vor der 1987 gegründete Verein El Rojito und das 1999 entstandene Kollektiv Café Libertad. Auch das Motiv Blut findet sich immer wieder in kritischen Konsum-Kampagnen. In der Schweiz machten die Hilfswerke Brot für Alle und Fastenopfer 2014 unter dem Motto „Wie viel Blut steckt in unseren Smartphones?“ auf die Verwendung von Mineralien aus Konfliktgebieten sowie schlechte Arbeitsbedingungen aufmerksam.

Christiane Berth ist Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Graz.

Panamerikanismus: das nette Gesicht der US-Dominanz?

Eine wenig bekannte Geschichte von Kooperation und Konfrontation

Corinne A. Pernet

Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist eine organisierte Zusammenarbeit aller Staaten des amerikanischen Doppelkontinents in weite Ferne gerückt. Regionale Kooperationen funktionieren nur mehr oder weniger gut. Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte man da andere Vorstellungen.

Panamerikanismus – dieser Begriff ist in unserer Zeit nicht mehr geläufig. Sportfans kennen allenfalls die Pan American Games, eine Art regionaler Olympiade, und die älteren Semester können sich noch an die Pan-American Airways mit ihrem modernistischen, blauen Logo erinnern. Den Abenteurern ist vielleicht die *Pan-americana*, die (fast) durchgehende Schnellstrasse zwischen Patagonien und Alaska ein Begriff – aber sonst kann man heute nur laue Identifikation mit dem hemisphärischen Konzept feststellen. Trotzdem ist es lohnend, sich mit dem Panamerikanismus auseinanderzusetzen: Zwischen dem späten 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts stand diese Ideologie für den Versuch, die Kooperation der Staaten in der westlichen Hemisphäre zu stärken. Obwohl allen Beteiligten klar war, dass die USA mit ihrer führenden Rolle in den panamerikanischen Institutionen ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgten, fungierten diese Institutionen auch als Kontakt- und Verhandlungszone, die auch für die lateinamerikanischen Akteure durchaus interessant war.

Die Anfänge des Panamerikanismus

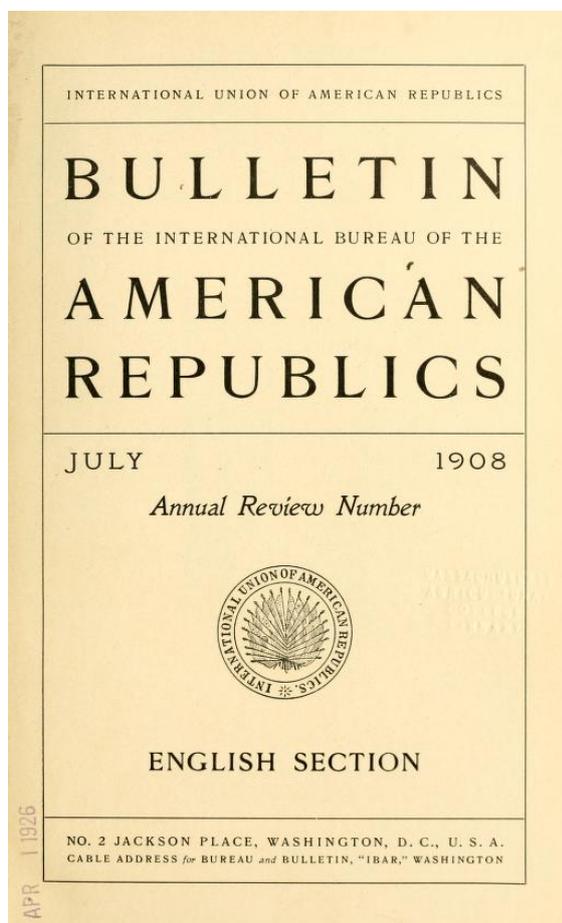
Schon in den 1820er Jahren zeigten sich sowohl in Lateinamerika als auch in den USA erste Ansätze von hemisphärischem Denken. In den USA erklärte Präsident James Monroe 1823 die irreversible Unabhängigkeit der Amerikas von Europa und drohte mit militärischem Eingreifen, sollten europäische Mächte erneute Kolonialisierung anstreben. Simón Bolívar verfolgte ebenfalls eine Politik der Einigung der ehemaligen spanischen Kolonien, aber seine Vision beschränkte sich auf lateinamerikanische Staaten und scheiterte schnell auf Grund der instabilen

Verhältnisse in den neu gegründeten Republiken. Das liess den Vereinigten Staaten viel Raum, um ihre „offensichtliche Bestimmung“ („Manifest Destiny“) der Expansion und Einflussnahme zu verfolgen, die sie gerne als göttlichen Auftrag präsentierten. Dazu gehörte nicht nur die Akquisition riesiger Gebiete nach dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg, sondern auch Investitionen und Handelsaktivitäten, die oft durch politisch-militärische Einflussnahme begleitet wurden.

Gegenentwürfe dazu wurden etwa am Kontinentalkongress von Santiago (1856) entwickelt, in dem Chile, Ecuador und Peru – durchaus mit Blick auf die USA – einen Verteidigungspakt abschlossen. Während die internen Spannungen und der Sezessionskrieg (1861-1865) die aussenpolitischen Ambitionen der USA zunächst bremsten, änderte sich das in den späten 1870er Jahren, als die USA sich nach abgeschlossener Kontinentalexpansion vermehrt nach aussen orientierte. Die US-amerikanische Wirtschaft verlangte nach einer Phase der Effizienzsteigerung nach neuen Absatzmärkten. Amerikanische Firmen drängten ins Minengeschäft in Mexiko, übernahmen Plantagen in Zentralamerika und etablierten Handelshäuser in ganz Lateinamerika, ganz darauf bedacht, die „revolutionäre Mission“ der kapitalistischen Entwicklung nach Lateinamerika zu bringen. Verbunden mit dieser Mission war der ungebrochene Glaube, dass die „angelsächsischen“ Amerikaner ihren südlichen Nachbarn überlegen waren und dass die Lateinamerikaner diesen wirtschaftlichen Aufschwung nicht selbst bewerkstelligen könnten. Es zeigte sich aber schnell, dass die gewünschten engen Wirtschaftsbeziehungen noch einige Hindernisse zu überwinden hatten.

Das gab den panamerikanischen Initiativen Auftrieb von der US-amerikanischen Seite her. So lud Aussenminister James G. Blaine 1889 die lateinamerikanischen Staaten ein, eine Delegation an eine panamerikanische Konferenz in Washington zu schicken. Die Themen der Konferenz waren klar wirtschaftlicher Art und auf Handelserleichterung ausgerichtet: Eine Zoll-

union sowie auch eine gemeinsame Silberwährung standen zur Diskussion, die Teilnehmer sprachen sich für mehr Schiffsverbindungen und Eisenbahnstrecken aus. Am meisten Zuspruch bekam aber die Idee, ein panamerikanisches Schiedsgericht zu etablieren, um Konflikte zwischen Ländern der westlichen Hemisphäre friedlich zu lösen. Als einziges konkretes Resultat der Tagung einigten sich die Delegierten darauf, eine *International Union of American Republics* (1910 in Panamerikanische Union, PAU, umbenannt) mit Sitz in Washington zu gründen. Die ursprüngliche Fokussierung auf Wirtschaftsbeziehungen ist nur schon daran zu erkennen, dass sich das sogenannte *Commercial Bureau of the American Republics* auf die Verbreitung von handelsrelevanten Informationen in den Mitgliedstaaten konzentrierte.



Titelblatt des „Bulletin“, englischsprachige Ausgabe, 1908. <https://archive.org/details/bulletinofintern2708inte>

Mehr als 70'000 Bestellungen gingen für das Bulletin ein. Diese Zahl lag weit über den Möglichkeiten des Bureaus, zumal die Publikation kostenlos war. Schnell stellte sich heraus, dass auch allgemeinere Informationen zum politi-

schen Geschehen, zu rechtlichen Fragen, Ressourcen oder Geschichte sehr gefragt waren. Um die Jahrhundertwende wurden monatlich ca. 11'000 Bulletins versandt, der Grossteil an Bibliotheken, Schulen und politische Entscheidungsträger in den Amerikas. „Honorary Corresponding Members“ in Lateinamerika schickten Beiträge nach Washington. In den 1890er Jahren fanden weitere Handelskonferenzen statt, und 1901 präsentierten sich die amerikanischen Republiken an der Pan-American Exposition in Buffalo einem breiteren Publikum.

Die Panamerikanischen Institutionen als Kontakt- und Verhandlungszone

Das Interesse an der panamerikanischen Zusammenarbeit soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die institutionelle Ausgestaltung von Anfang an kritisiert wurde. Die Panamerikanische Union (PAU) stand zunächst „under the supervision of the Secretary of State of the United States“, und nur US-amerikanische Staatsbürger arbeiteten in deren Verwaltung. Dies liess die PAU als Anhängsel des Außenministeriums erscheinen. Lateinamerikanische Diplomaten forderten mehr Mitsprache und erhielten sie 1896 in Form eines Exekutivkomitees, das bald weitreichende Kompetenzen bekam. Der grössere Einfluss der Lateinamerikaner wird in den Themen, die die PAU bearbeitete, sichtbar. Sicherlich war vermehrter Handel auch in ihrem Interesse, aber sie forderten zusätzlich besseren Schutz vor Interventionen durch einen Ausbau des internationalen Rechts. Im Falle von Konflikten über Schulden sollte ein Schiedsgericht eingreifen. Allerdings wurde auch 1910 nochmals bestätigt, dass der Vorsitz des Exekutivkomitees in den Händen der USA bleiben würde.

Am Anfang des 20. Jahrhundert weitete sich das Handlungsfeld der PAU aus. Die Impulse dazu kamen von der zweiten Panamerikanischen Konferenz in Mexico City (1901). Die Delegierten beschloss, in Washington die Columbus Memorial Library zu etablieren. Tatsächlich wurde die PAU, mit den erarbeiteten Statistiken, den Informationen über Wirtschaft, Geographie, Bevölkerung etc. zu einem zentralen Akteur in der Wissensproduktion über die amerikanischen Staaten, was heute durchaus auch kritisch als imperiale Besitznahme von Wissensbeständen interpretiert wird. Damals begannen sich Akademiker, vor

allem aus Lateinamerika, vermehrt für den panamerikanischen Austausch zu interessieren. Länderübergreifende wissenschaftliche Kongresse, die seit 1898 regelmässig in Lateinamerika stattfanden, wurden in panamerikanische Strukturen eingebunden.

Am gleichen Kongress in Mexico City wurde die Schaffung des *Panamerican Sanitary Bureau* (gegründet 1902, später in *Panamerican Health Organization* umbenannt) angeregt, das sich für die öffentliche Gesundheit einsetzt und den Kampf gegen Infektionskrankheiten unterstützen sollte. Das PASB war weltweit die erste grenzüberschreitende Gesundheitsorganisation und spielte eine wichtige Rolle im Wissenstransfer zwischen den amerikanischen Republiken.

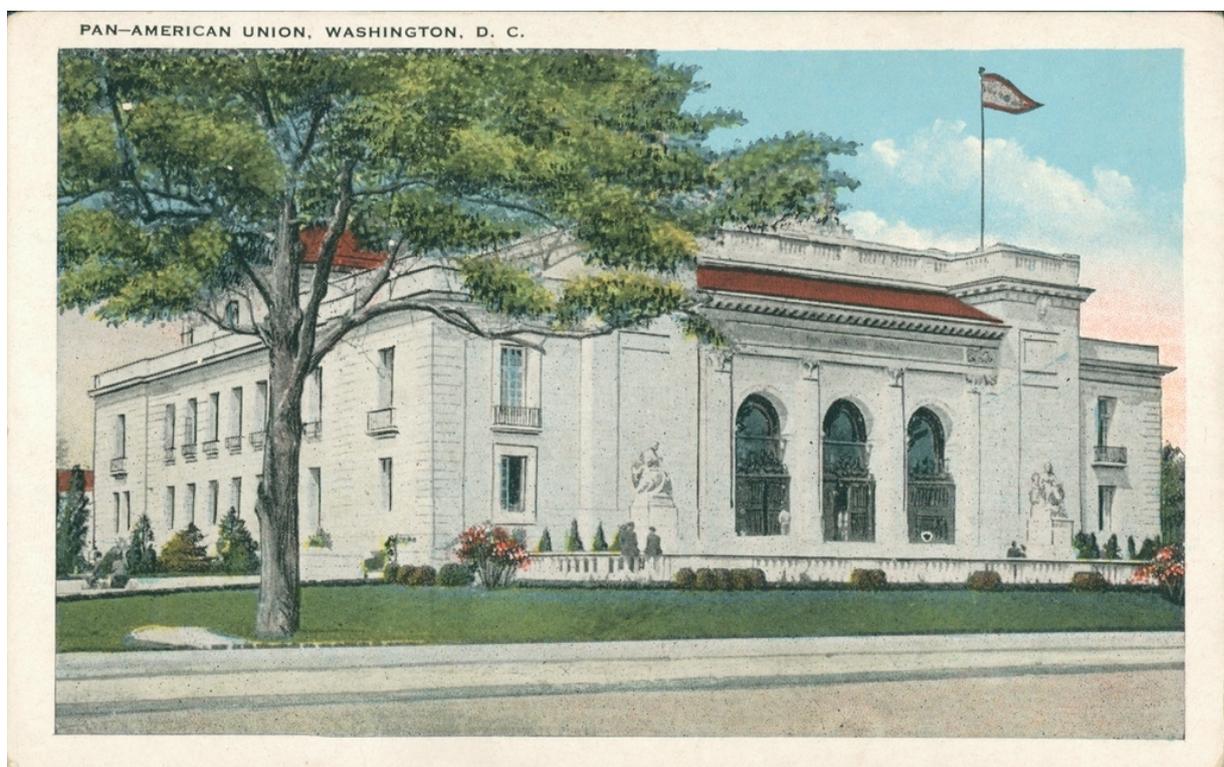
Die Panamerikanischen Konferenzen von Rio de Janeiro (1906) und Buenos Aires (1910) sprachen sich für die Intensivierung der Zusammenarbeit auch im Bereich der Bildung aus. Während des Ersten Weltkriegs etablierte die PAU eine Abteilung, die den akademischen Austausch fördern sollte. Gerade in den USA kamen auch aus der Zivilgesellschaft Bemühungen, die interamerikanische Kooperation zu intensivieren. In Texas – geographisch und kulturell weit von Washington entfernt – schlossen sich ab 1916 Frauengruppen zu *Pan American Roundtables* zusammen, organisierten Infor-

mationsabende, die von der Politik bis hin zur Kultur der lateinamerikanischen Nachbarn vielfältige Themen behandelten.

Die immer zahlreicher werdenden Aufgaben der PAU machten die Notwendigkeit für angemessene Räumlichkeiten sichtbar. Einen Steinwurf entfernt vom Weissen Haus in Washington, versuchte der 1910 eingeweihte neue Sitz der PAU auch architektonisch alle amerikanischen Republiken zu repräsentieren und die Delegierten anzusprechen, mit gemischtem Erfolg (siehe Abbildung unten sowie Material 6 und 7 im nachfolgenden Beitrag, S. 33 ff.).

Die 1920er Jahre und antiimperialistische Strömungen

Während der 1920er Jahre war der Panamerikanismus grossen Spannungen ausgesetzt. Gerade nach dem Ersten Weltkrieg, der den Respekt für die europäische „Zivilisation“ etwas relativiert hatte, sahen viele Lateinamerikaner ihre Region mit positiverem Blick. Andererseits hatte die US-amerikanische Aussenpolitik weiterhin in manchen Fällen die Souveränität der Schwesterrepubliken verletzt, um eigene wirtschaftliche Interessen zu stützen. So ist es nicht erstaunlich, dass der Guatemalteke Rafael Arévalo Martínez 1925 eine Satire veröffentlichte (*La oficina de paz de Orolandia: Novela del imperialismo yanqui*), die angesichts der



Das Gebäude der Panamerikanischen Union in Washington. Postkarte von 1933.

Quelle: Gado Images

Ausbeutung Zentralamerikas durch die dominante United Fruit Company die Bemühungen der PAU als Farce bezeichnete. Andererseits gab es mannigfaltige Bemühungen der Zivilgesellschaft, den interamerikanischen Austausch zu fördern.

Unter den Gruppen, die auf panamerikanische Netzwerke zählten und versuchten, die PAU für ihre Zwecke einzuspannen, waren die Frauenrechtlerinnen der Amerikas. Die US-Amerikanerinnen hatten 1920 das Stimm- und Wahlrecht errungen, die Lateinamerikanerinnen waren noch weit davon entfernt. Um sich über die Situation der Frauen auszutauschen, organisierten sie 1922 eine internationale Frauenkonferenz in Baltimore. Im Jahr darauf überzeugten die chilenischen Feministinnen die Delegierten der 5. Panamerikanischen Konferenz in Santiago, innerhalb der PAU eine Frauenkommission zu etablieren. Die *Inter-American Commission on Women* nahm 1928 ihre Arbeit auf und wurde schnell zur Drehscheibe des Aktivismus, wo die Frauen die rechtliche Situation in allen Ländern dokumentierten und über Strategien für Verbesserungen diskutierten. Schon 1933 präsentierten sie der 7. Panamerikanischen Konferenz in Montevideo nicht nur eine detaillierte Analyse der Situation, sondern auch ein Abkommen über die rechtliche Gleichstellung der Frauen. Dieses Abkommen wurde allerdings nur von Kuba, Ecuador, Paraguay und Uruguay gutgeheissen. Trotzdem blieb die Frauenkommission eine wichtige Ressource.

Berufsleute, Beamte und Technokraten – auch aus Lateinamerika – begannen sich ebenfalls für den panamerikanischen Austausch zu interessieren. Internationale Konferenzen von Sozialreformern, Städteplanern, Lehrkräften und Journalisten setzten sich für besseren Zusammenhalt in der westlichen Hemisphäre ein. Amerikanische Stiftungen wie die Rockefeller Foundation, die Carnegies, aber auch verschiedene Verbände im Bereich der Bildung unterstützten solche Initiativen tatkräftig. Auch einige der lateinamerikanischen Regierungen wurden aktiv. Nach einer Serie von panamerikanischen Kongressen über Reformen für das Kindeswohl finanzierte die Regierung Uruguays das 1924 gegründete *Instituto Interamericano de la Protección a la Infancia*, das sich für soziale Reformen stark machte und nachträglich in panamerikanische Strukturen eingegliedert wurde (und bis heute aktiv ist). Panamerika-

nismus als länderübergreifende Kooperation konnte Sozialreformern Rückhalt und Ressourcen beschaffen und natürlich auch die Basis für individuelle Karrieren sein.

Auf der politischen Ebene stand der Panamerikanismus in den 1920ern aber auf tönernen Füßen. Kritik an den USA wurde schon an der Konferenz in Santiago (1923) geäußert, verstärkte sich aber markant an der 6. Panamerikanischen Konferenz von Havanna (1928). Gerade im Jahr zuvor hatten die USA 2'000 Soldaten nach Nicaragua geschickt, um die konservative Regierung zu stützen und den liberalen Rebellionsführer Augusto Sandino zu verfolgen, was in ganz Lateinamerika grossen Unmut verursachte (Material 5). In Havanna verlangten die Diplomaten Respekt für die Souveränität ihrer Länder und bessere völkerrechtliche Absicherungen. Sie schlugen auch neue internationale Vereinbarungen vor. Die USA ihrerseits versuchten alles, um die Diskussion heikler Themen zu vermeiden. Über die PAU starteten sie eine Charmeoffensive mit Angeboten von Stipendien und Austauschprogrammen, und sie stimmten einem neuen Panamerikanischen Institut für Geografie und Geschichte mit Hauptsitz in Mexico City zu. US-Präsident Coolidge nahm an der Konferenz teil (ein Novum!) und appellierte an „consideration, cooperation, friendship, and charity“, also „to the spirit rather than to the letter of the law“. Doch der Druck aus dem Süden blieb hoch und die US-Presse berichtete über die Kritik am Panamerikanismus und der Monroe Doktrin, die die USA nur mit dem Verbreiten von „Emotionen [und] Schmeicheleien“ kontern konnte, wie das *Time Magazine* etwas verächtlich feststellte (Material 3).

Panamerikanismus und Franklin D. Roosevelts Politik der guten Nachbarschaft

Die Regierungszeit von Franklin D. Roosevelt (1933-1945) brachte in dieser Hinsicht eine Wende. Der Panamerikanismus gewann durch die Politik der guten Nachbarschaft (konkret: die Streichung des Platt Amendments, das die kubanische Souveränität einschränkte, sowie den Verzicht auf militärische Interventionen) an Glaubwürdigkeit. Auf der symbolischen Ebene spielte die Reise des US-Präsidenten nach Südamerika anlässlich der *Interamerican Conference for the Maintenance of Peace* (Buenos Aires 1936) eine wichtige Rolle, um zu

suggestieren, dass die Republiken Amerikas nun auf gleicher Augenhöhe diskutierten. In der Tat hatten alle Länder unter der Weltwirtschaftskrise gelitten. Bilder von Gassenküchen in Boston oder New York lösten in Lateinamerika Erstaunen aus: Der Koloss im Norden war geschwächt. Im Norden und Süden sollten Reformprogramme (wie der US-amerikanische *New Deal*) die wirtschaftlichen und sozialen Probleme angehen. Diese parallele Krisenerfahrung ebnete das Spielfeld etwas ein und die Beziehung zwischen den USA und Lateinamerika verbesserten sich. Die USA reagierten nicht, als Mexiko 1938 amerikanische Erdölproduzenten enteignete. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges in Europa wurden nicht nur politische Positionen, sondern auch Wirtschaftsbeziehungen zentral, da man davon ausging, dass die Amerikas in Sachen Rohstoffe autark sein müssten. Die USA warben aggressiv um Ressourcen wie Erdöl, Metalle, Gummi, aber auch um Kaffee, Zucker, Tabak. Dabei wurde eine panamerikanische, demokratische Identität heraufbeschworen, die auch offen für soziale Reformen war.

Seit den Anfängen des Panamerikanismus wurde dieser geographisch sowie auch politisch verortet: Die jungen, zukunftsgerichteten Republiken der Amerikas grenzten sich von den alten europäischen Staaten, vor allem von den Monarchien ab. In den 1930er Jahren wurden angesichts des Faschismus in Europa und der Weltwirtschaftskrise die Motive der Demokratie und der Inklusion aller Bevölkerungsgruppen im politischen und kulturellen Geschehen immer dominanter. Länder wie Mexiko, Bolivien und Peru werteten seit den 1920er Jahren die indigenen Kulturen auf. Ende der 1930er Jahre gelang es ihnen, das Thema in die PAU einzubringen und 1940 wurde in Mexico City das von der PAU unterstützte *Instituto Indigenista Interamericano* gegründet, das bis heute als Forschungs- und Vermittlungszentrum dient.

Innerhalb der Panamerikanischen Union gewannen die LateinamerikanerInnen an Einfluss. Der stellvertretende Direktor Pedro de Alba (Mexiko) beauftragte zum Beispiel seinen Landsmann Ernesto Galarza mit Studien über Arbeitsbedingungen in den Amerikas. Unter Concha Romero James (Mexiko) nahm auch die Bildungs- und Kulturabteilung rasanten Aufschwung. Ihr Ziel war nicht nur, die Beziehun-

gen zwischen den USA und Lateinamerika, sondern auch den Austausch innerhalb Lateinamerikas zu fördern. Das Bulletin *Correo* über wichtige Trends in Bildung, Kultur und Kooperation berichtete von Radioschulen in Kolumbien zu Sommeruniversitäten in Mexiko und Panama (Material 2). Die Frage, was denn die „Amerikas“ überhaupt ausmache, wurde in verschiedensten Foren diskutiert.

Seit den 1920er Jahren schwappte eine Folklorewelle über die Amerikas, die sich in den 1930er Jahren intensivierte. Der brasilianische Komponist Heitor Villa-Lobos liess sich von Volksmusik inspirieren, der Uruguayer Ernesto Curt Lange publizierte ein Manifest, um den *Americanismo musical* zu fördern. Die kubanische Regierung empfahl, „panamerikanische Folklore“ zu untersuchen und Musik als Mittel der Verständigung einzusetzen. Die PAU spielte eine wichtige Rolle, um diese verschiedenen Initiativen aufzunehmen und umzusetzen.

Die US-amerikanische Regierung, welche die Kulturdiplomatie bislang den Firmen, Kirchen und Stiftungen überlassen hatte, brachte sich nach 1938 mit einer neuen Kulturabteilung im Aussenministerium sowie mit einer von Nelson A. Rockefeller geführten Abteilung (*Office of the Coordinator for Inter-American Affairs, OCIAA*) in Position. Lateinamerika war zu dem Zeitpunkt der exklusive Brennpunkt der Kulturpolitik und so verstärkte die US-Regierung die Programme der PAU. Julien Bryan produzierte mehrere Dokumentarfilme, die das tägliche Leben in Nord und Süd zeigten, um gegenseitige Akzeptanz zu fördern. Die Radioabteilung produzierte Hörspiele und Informationssendungen. Das OCIAA entwickelte Inhalte, die dann von US-Radionetzwerken und ihren Partnerstationen in Lateinamerika gesendet wurden: Die *Inter-American University of the Air (NBC)* und *School of the Air of the Americas (CBS)* – in Spanisch, Portugiesisch und Englisch. Diese fast täglichen Programme inszenierten die Geschichte der diversen Länder Amerikas und stellten die Musik der verschiedenen Gegenden vor, alles, um die Gemeinsamkeiten herauszustreichen.

Der Privatsektor nahm also bereitwillig Teil an der panamerikanischen Kulturpolitik. Walt Disney produzierte beispielsweise 1942 seinen berühmten Kurzfilm *Saludos Amigos* (Material 10) nach Anregung von Nelson Rockefeller (und einer Tour in Südamerika). Die für die damalige

Zeit revolutionären, farbigen Animationen zeichneten sich durch tropische Designs aus; der unterliegende Samba wurde überall in den Amerikas populär (*Aquarela do Brasil*). In der Unterhaltungsindustrie wurden die „südlichen Nachbarn“ aber schnell zu Stereotypen: Die brasilianische Samba-Sängerin Carmen Miranda wurde zur „Brazilian bombshell“ mit Tutti-Frutti-Hut, und die Adjektive „glühend“ und „sinnlich“ wurden in Beschreibungen lateinamerikanischer Musik oder Künstlern inflationär gebraucht (Material 11). Diese oberflächlichen Versuche des „Bekanntmachens“ überschatteten zeitweise die real stattfindende, fruchtbare Kooperation zwischen Akteuren aller amerikanischen Republiken.

Der Kalte Krieg und das Ende des Panamerikanismus

Das Ende des Zweiten Weltkriegs enthüllte wiederum die instrumentalistische Seite des Panamerikanismus. Zur dominanten Weltmacht geworden, vergrösserte sich der aussenpolitische Horizont der USA und mit dem Beginn des Kalten Krieges verschoben sich die Prioritäten markant: Von Lateinamerika erwartete man nur, dass sich die Regierungen im Kampf gegen den Kommunismus loyal verhalten würden, was im Vertrag von Rio de Janeiro (1947) geregelt wurde. Die Versprechen in Bezug auf wirtschaftliche Kooperation, Technologietransfer, Hilfe zur Industrialisierung waren schnell vergessen, was die lateinamerikanischen Partner zutiefst verbitterte. Die PAU blieb vorerst bestehen, der Hauptsitz sollte der 1948 neu gegründeten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als Sekretariat dienen. Das Klima änderte sich aber schnell. Die reformistischen Kräfte – sowohl US-Amerikaner als auch Lateinamerikaner – wurden aus der Organisation hinausgedrängt und durch stramme

Antikommunisten ersetzt, Austauschprogramme und andere Aktivitäten wurden markant zurückgefahren.

Die 10. Panamerikanische Konferenz fand mit Verspätung 1954 in Caracas statt, und auch nur, weil die USA ein besonderes Projekt absegnen lassen wollte: Ein Mandat für eine Intervention in Guatemala zu erhalten. Die USA erachteten dessen Präsident – Jacobo Arbenz, Sohn eines Auslandschweizers – als zu radikal und Brückenkopf für den internationalen Kommunismus. Die Konferenz war turbulent, denn die Lateinamerikaner forderten Diskussionen über faire Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklung, die USA freie Hand für eine Intervention. Schlussendlich mussten die USA mit Entwicklungsgeldern auf Stimmenfang gehen, damit sie die antikommunistische Resolution, die ein paar Monate später als Feigenblatt für den Coup gegen Arbenz diente, durchsetzen konnte.

Das war aber ein Pyrrhussieg, denn die Rückkehr zu unilateralen Interventionen belasteten die Beziehungen über Jahrzehnte hinweg stark. Die OAS blieb nachhaltig geschwächt und organisierte bis 1967 keine Konferenzen mehr. Die interamerikanischen Institutionen, die weiterhin den Austausch förderten, mussten reduzierte Budgets hinnehmen, aber sie überlebten zum Teil durch die Anbindung an die Vereinten Nationen.

Corinne A. Pernet ist Historikerin. Als Spezialistin für die Geschichte Lateinamerikas, die Geschichte der internationalen Organisationen und der Entwicklungspolitik hat sie in vielen Fachzeitschriften zu diesen Themen publiziert. An der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) befasst sie sich mit der internationalen Bildungsentwicklung.

Hinweis

Die Autorin bietet an der Volkshochschule Aarau einen dreitägigen Kurs zum Thema an.

Titel: Gute Nachbarn? Die Beziehung USA – Lateinamerika

Termine: Donnerstag, 19. November, 19.00–20.30 Uhr

Donnerstag, 26. November, 19.00–20.30 Uhr

Donnerstag, 3. Dezember, 19.00–20.30 Uhr

Ort: Pflegeheim Herosé, Effingerweg 9, Andachtsraum, 5000 Aarau

Anmeldung bis 5. November 2020

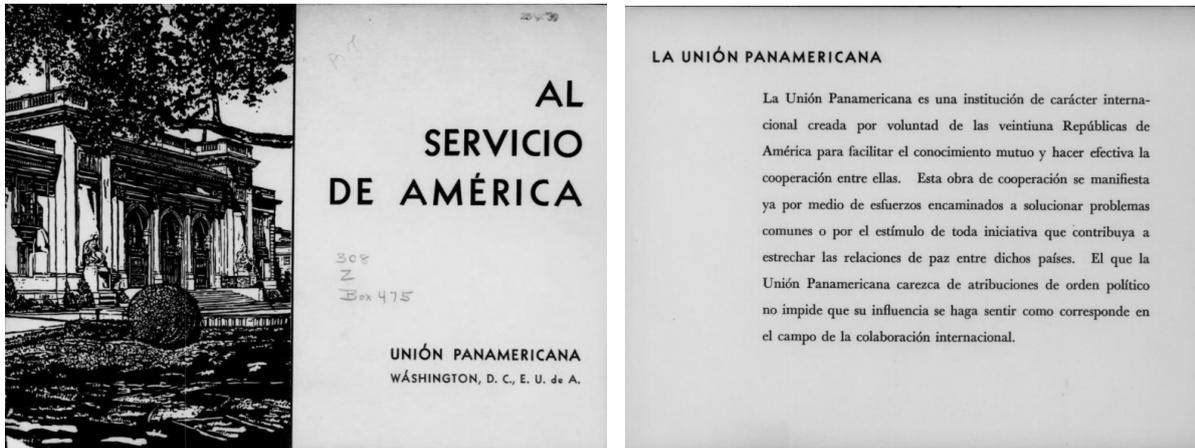
Weitere Informationen und Anmeldung unter <https://www.vhsag.ch/aarau/details/115740>

Quellen und Materialien zum Panamerikanismus

Corinne A. Pernet

Material 1

Selbstdarstellung der Panamerikanischen Union, 1937



Im Dienste Amerikas. Broschüre der Panamerikanischen Union, Washington D.C. 1937

<https://archive.org/details/alserviciodeamer00pana/page/n3/mode/2up>

[Übersetzung:]

„Die Panamerikanische Union ist eine Institution internationalen Charakters, geschaffen durch den Willen der 21 Republiken Amerikas, um das gegenseitige Verständnis zu erleichtern und ihre Zusammenarbeit wirkungsvoller zu machen. Dieses Werk der Zusammenarbeit zeigt sich schon durch vielerlei Anstrengungen, gemeinsame Probleme zu lösen und durch die Förderung von Initiativen, die dazu dienen, die Beziehungen zwischen den Ländern zu stärken. Dass die Panamerikanische Union keine politischen Zwecke verfolgt, hindert sie aber nicht daran, auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit ihren legitimen Einfluss zu entfalten.“

Material 2

Monatlicher Newsletter der PAU, Abteilung für geistige Zusammenarbeit, 1937

Der Newsletter wurde mit bescheidenen Mitteln hergestellt, versuchte aber, sich durch ansprechende grafische Elemente, die oft der lateinamerikanischen Populärkultur entnommen wurden, von traditionelleren Formaten abzuheben.



Material 3

Kritische Analyse der Konferenz von Havanna, 1928

Just 102 years ago the first truly Pan-American conference was assembled at Panama City by the great Simon Bolivar, "The Liberator" whose feat in kindling South America to shake off her bondage to Europe stands indirectly alluded to by President Machado. Unfortunately the Conference of 102 years ago accomplished absolutely nothing. What will be accomplished by the Pan-American Conference of 1928?

There are two schools of thought and proposed action. One, headed by the U. S., seeks to exclude major political issues, tries to keep the Conference and its permanent agency* in a rut of cumulative scholarships . . . lectures . . . infinitudes of supplemental Pan-American societies . . . emotion . . . soft soap. . . .

Spokesman for this First School is Dr. Leo Stanton Rowe, Director-General of The Pan-American Union at Washington and a U. S. delegate to the Conference. He recently said: "The Sixth Pan-American Congress is not intended to accomplish results of a spectacular nature. . . .

"Broadly speaking, the topics included in the agenda of the Conference may be divided into six groups: First, the organization problems of the Pan-American Union; second, questions of an inter-American judicial nature; third, problems of communication; fourth, intellectual co-operation; fifth, economic problems, and sixth, social problems."

Time Magazin, 16. Januar 1928.

[Übersetzung:]

„Vor nur 102 Jahren versammelte der grosse Simon Bolivar die erste wirklich panamerikanische Konferenz in Panama. Präsident Machado hat eine Anspielung darauf gemacht, wie der grosse Befreier die Südamerikaner dazu motivieren konnte, die Knechtschaft Europas abzuschütteln. Leider hat aber die Konferenz vor 102 Jahren absolut nichts erreicht. Was wird wohl die Panamerikanische Konferenz von 1928 erreichen?

Da gibt es zwei Denkrichtungen und Handlungsvorschläge. Eine, angeführt von den USA, möchte wichtige politische Themen ausschliessen und die gewohnte Routine der Konferenz und [der Panamerikanischen Union] beibehalten in Form von noch mehr Stipendien ... Vorlesungen ... unendlich vielen zusätzlichen Panamerikanischen Gesellschaften ... Emotionen ... Schmeicheleien. Sprachrohr dieser ersten

The Second School represented at the Conference desires to burst through the bureaucratic, stereotyped agenda. An ardent "Second Schooler" is President Isidoro Ayora of Ecuador. His words: "It is necessary to step from verbal and declamatory Pan-Americanism to the effective and total recognition of identical . . . concrete Pan-Americanism . . . to rights for all American states . . . repelling the possibility that there may exist or could exist, governments or peoples that domineer. . . ."

This, the Second School wants to force the U. S. to cease to "domineer"—in Nicaragua, for instance. Another prominent Second Schooler is black President Louis Borno of Haiti who demands 'mutual Pan-American respect of liberty, independence and territorial integrity.' Another is President Augusto B. Leguia of Peru: "The two Americas, different in origin, will (must) be equal in their final destiny."

The Second School will be handicapped at the Conference by the fact that none of its representatives will have the rank of a Chief Executive, whereas the First School will be strengthened by the prestige of President Calvin Coolidge and by the primeval emotion which Colonel Charles Augustus Lindbergh is expected to produce by landing at Havana while the Conference is assembling|

Schule ist Dr. Leo Stanton Rowe, Generaldirektor der Panamerikanischen Union in Washington und US-Delegierter an der Konferenz. Er sagte kürzlich: ‚Beim Sechsten Panamerikanischen Kongress geht es nicht darum, spektakuläre Ergebnisse zu erzielen. [...] Im Grossen und Ganzen kann man die Themen der Tagesordnung in sechs Gruppen unterteilen: Erstens, die Organisationsprobleme der Panamerikanischen Union; zweitens, Fragen von interamerikanischer juristischer Natur; drittens, Kommunikationsprobleme; viertens, geistige Zusammenarbeit; fünftens, wirtschaftliche Probleme, und sechstens, soziale Probleme.‘

Die zweite an der Konferenz vertretene Denkrichtung möchte die Bürokratie und die stereotype Tagesordnung durchbrechen. Ein leidenschaftlicher Vertreter ist Präsident Isidoro Ayora von Ecuador. Seine Worte: ‚Es ist notwendig, den Schritt vom verbalen und pathe-

tischen Panamerikanismus zur vollen und effektiven Anerkennung eines gleichberechtigten, konkreten Panamerikanismus zu machen, mit Rechten für alle amerikanischen Staaten und dem Zurückweisen der Möglichkeit, dass Regierungen oder Völker andere dominieren könne.'

Diese Denkrichtung möchte zum Beispiel die USA dazu zwingen, ihre dominierende Position in Nicaragua aufzugeben. Ein weiterer prominenter Vertreter dieser Denkrichtung ist der schwarze Präsident Louis Borno von Haiti, der ‚gegenseitige Achtung der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Integrität‘ fordert. Ein

weiterer ist Präsident Augusto B. Leguia aus Peru: ‚Die zwei Amerikas, verschieden in ihrem Ursprung, werden (müssen) schlussendlich in ihrem Schicksal gleich sein.‘

Diese zweite Denkweise wird dadurch geschwächt, dass keiner ihrer Vertreter eine führende Rolle in der Konferenz spielt. Die erste Denkweise wird durch das Prestige von Präsident Calvin Coolidge gestärkt, sowie auch durch die tiefen Emotionen, die die Landung von Colonel Charles Lindberghs Flugzeug in Havanna während der Konferenz wahrscheinlich verursachen wird.“

Material 4

Die Rundreise von Charles Lindbergh, 1928. Karte aus der New York Times, 9. Februar 1928.

Die „Times“ (Material 3) gibt die bestehenden Spannungen akkurat – wenn auch verkürzt – wieder. Tatsächlich war die Ankunft von Charles Lindbergh – der gloriose Abschluss seiner „Good-Will-Tour“ – ein Spektakel mit über 100'000 Zuschauern.



Material 5

Mexikanische Proteste gegen die US-Intervention in Nicaragua, 1928.

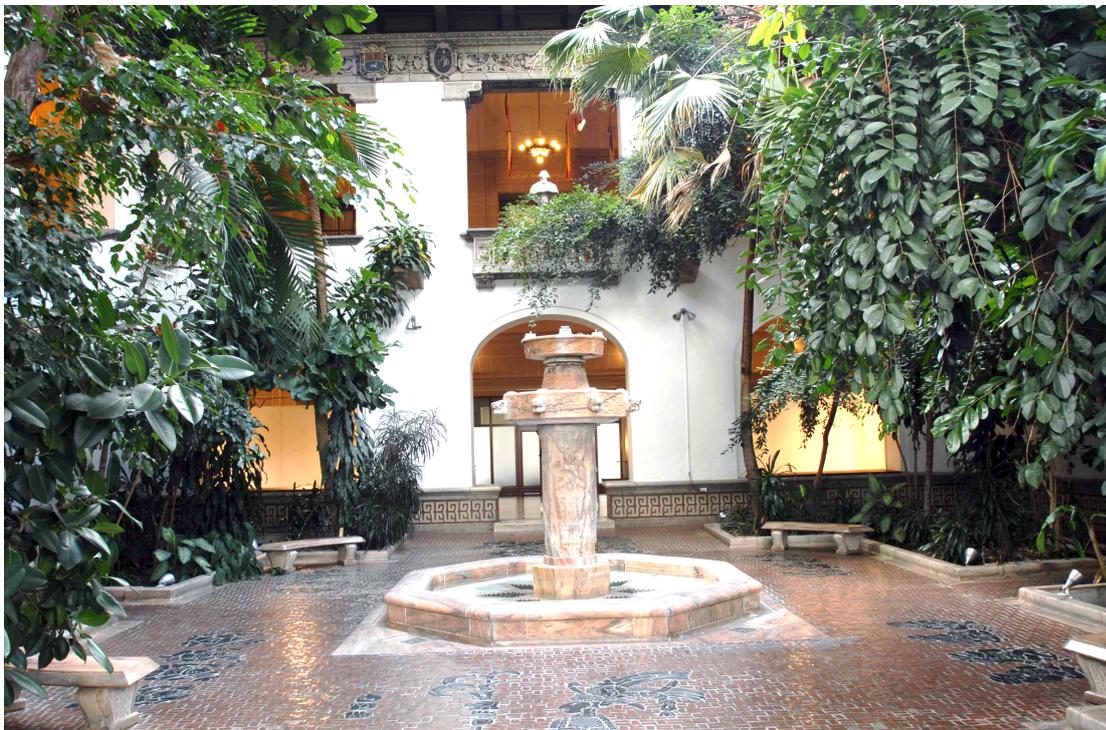


„Hände weg von Nicaragua“. Beilage zur mexikanischen Zeitung „El Libertador“, 19. Januar 1928.

In vielen lateinamerikanischen Ländern weckte die US-Intervention in Nicaragua starke Widerstände. In dieser Zeitungsbeilage ruft ein Komitee zur Solidarität mit Nicaragua auf und fordert die USA auf, sich zurückzuziehen („Manos Fuera de Nicaragua“ – Hände weg von Nicaragua). Diese Gruppierung sprach sich gegen den „imperialismo yanqui“ aus. Das Komitee agierte in Mexiko, operierte aber unter der Logik „Der Kampf Nicaraguas ist unser Kampf, die Verletzten sind unsere Brüder“. Verschiedene antiimperialistische Organisationen schlossen sich der Bewegung an, auch der bekannte Muralist Diego Rivera war Mitglied.

Material 6

Hauptgebäude der Panamerikanischen Union, Washington D.C., Patio.



Innerer Patio des Hauptgebäudes der Panamerikanischen Union, 1910 noch mit lebenden Papageien bestückt.

Für detaillierte Erklärungen der präkolumbischen Elemente und der historischen Darstellungen ist die Online-Tour des Gebäudes der PAU nützlich:

<https://www.oas.org/en/about/mnb1.asp>

Material 7

Die Skulpturen „South America“ und „North America“ vor dem Hauptgebäude der Panamerikanischen Union, Washington D.C.



Der Eingang ist flankiert von zwei Statuen, die je eine Mutter mit ihrem Sohn darstellen. Die parallele Darstellung zeigt jedoch die unterschiedliche „Natur“ der zwei Paare.

Nordamerika ist schlicht gekleidet, zu ihren Füßen liegt ein Zahnrad als Symbol der Technologie. Der nordamerikanische Junge hat einen aufmerksamen Gesichtsausdruck und trägt kleine Flügel an den Schläfen.

Südamerika ist in wallende Gewänder gehüllt und hält einen Olivenzweig in der Hand – ein Symbol des Friedens. Ein Papagei scheint über ihren Kopf zu fliegen, grosse Pflanzenblätter suggerieren eine wilde Natur.



Der Kommentar zu den zwei Jungen von Secretary General **John Barrett** zeigt, dass das durchaus Absicht war:

„These boys typify the youthful character of their respective portions of the World. In the North American group, the boy, strikingly alert in feature and action, expresses the more energetic spirit of the fully awakened North. The figure of South America, while young and strong, has a softer and more sensuous quality, expressive of tropical ease and luxuriance.“

John Barrett, *The Pan American Union: Peace, Friendship, Commerce* (Washington, 1991), S. 110.

Material 8

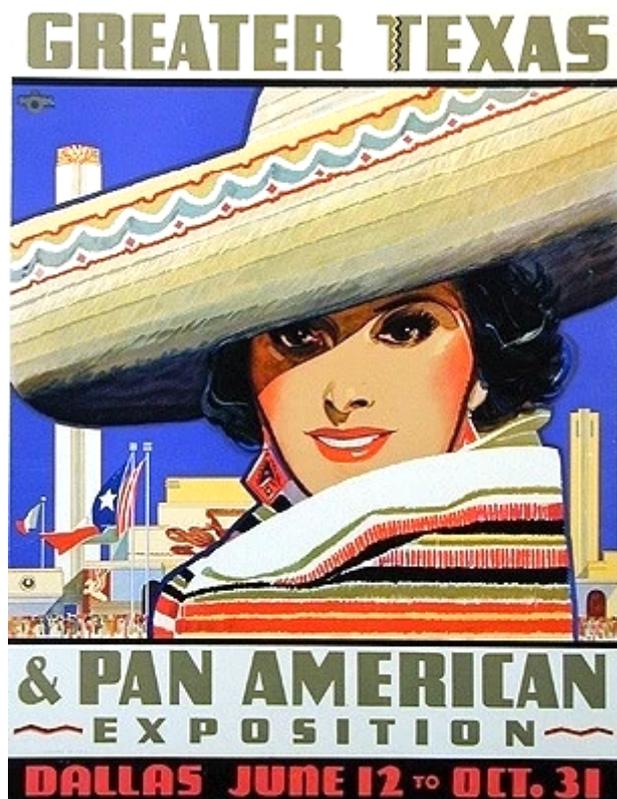
Firma Singer, Werbematerial für die Panamerikanische Ausstellung, Buffalo 1901.



<https://digital.library.cornell.edu/catalog/ss:3293804>

Material 9

Plakat für die Panamerikanische Ausstellung, Dallas 1931



Eine dunkelhaarige Frau mit einem Poncho und einem mexikanischen Sombrero soll zum Besuch der Expo einladen. An der Expo präsentierte man auch die „Kunst der Americas“, wobei die Ausstellung auf präkolumbische und zeitgenössische Kunst fokussierte. Die Expo erreichte eine Besucherzahl von 2 Millionen.



Material 10

Walt Disney, „Saludos Amigos“, Film, 1942

Walt Disneys Zeichentrickfilme – mit Figuren wie Donald Duck und Goofy – waren in Lateinamerika schon bekannt. Nelson Rockefeller regte bei Disney an, dass sie einen Film zum Thema der Guten Nachbarschaft drehen sollten. Disney tourte darauf mit seinen Zeichnern durch Südamerika und setzte seine Inspirationen dann im Film *Saludos Amigos* um. Zeichentrickfilme mit Disney-Figuren wechseln sich ab mit kurzen dokumentarischen Segmenten, die verschiedene Städte, Kulturen und Landschaften vorstellen. Dass während des Zweiten Weltkriegs die teure Technicolor-Technologie angewandt wurde, zeigt, für wie wichtig diese Art der Kulturpolitik gehalten wurde.



Link zum Disney-Kanal mit allen 13 Folgen des Filmes in der spanischen Version (die von einem Argentinier gesprochen wird). Leider gibt es keine englische Komplettversion.
<https://www.youtube.com/watch?v=zsL82k9Vgu4>

Ein Ausschnitt des Films – in guter Qualität bei Vimeo – zeigt den Besuch von Donald Duck in Rio de Janeiro, zum Soundtrack des bekannten Samba Aquarela do Brasil (Ary Barroso). Donald Duck lernt den Papagei José Carioca kennen. Die Darstellung der wild-wuchernden Natur in üppigen Farben und die sich stets wandelnden Formen waren damals revolutionär, das modernste an Kinokunst. Auch diese positive Darstellung kann aber leicht ins Stereotype kippen (José Carioca kennt Donald, in Brasilien geht es – abgesehen von der tropischen Natur – hauptsächlich um Samba und Cachaça, den Zuckerrohrschnaps ...). Eine Carmen Miranda-Silhouette tanzt schlussendlich mit Donald Duck.

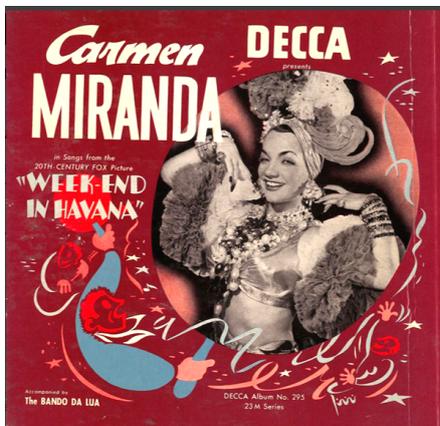


Material 11

Carmen Miranda, „The Gang’s All Here“, Film, 1943.

Die in Portugal geborene, in Brasilien aufgewachsene Carmen Miranda (1909-1955) war ab 1930 eine beliebte Samba-Sängerin in Brasilien. Sie wurde 1939 von einem Broadway-Produzenten entdeckt und vom brasilianischen Präsidenten Getúlio Vargas zu einem Vehikel für „kulturellen Austausch“ erkoren. Sie tanzte für Franklin D. Roosevelt im Weissen Haus, wurde aber vor allem durch die Filme „Down Argentine Way“ (1942) und „The Gang’s All Here“ (1943) bekannt.

Ein kurzer Blick in die Anfangssequenz des letztgenannten Films zeigt die Rolle, in die Miranda fortan gepresst wurde: Samba-Sängerin in extravaganten Kostümen und Hüten, die entfernt an die Kleidung der (schwarzen) Frauen von Bahia erinnern, starker portugiesischer Akzent, grosse Augenaufschläge und natürlich ein lebhafter Hüfteinsatz. Als sie 1940 nach Brasilien zurückkehrte und ein Lied aus einer Broadway Show vortrug, wurde sie ausgebuht und als „zu amerikanisiert“ kritisiert. Daraufhin kehrte sie bis 1954 nicht mehr nach Brasilien zurück. In den USA versuchte sie erfolglos, ihr Repertoire auszubauen, konnte aber keine grossen Erfolge mehr feiern. Carmen Miranda starb 1955 mit nur 46 Jahren an einem Herzinfarkt.



Plattencover „Week-End in Havana“, 1941.

Link und QR-Code zum Film „The Gang’s All Here“, 1943:
https://www.youtube.com/watch?v=xZp-s4wlc_s



Unterrichtsideen

Europäer und Native Americans in Französisch-Kanada

Quellen des französischen Offiziers Louis-Antoine de Bougainville (1729-1811) aus dem Siebenjährigen Krieg

Meinrad Oberson

Zielgruppe: Sekundarstufe I

Methoden: Plenumsdiskussion, Quellenarbeit, individuelle Recherche

Lektionenzahl: 1-4

Während des Siebenjährigen Kriegs kam es in Nordamerika zu einem Zusammenprall verschiedener sehr unterschiedlicher Kulturen, denn die englischen und französischen Armeen bestanden erstens aus Siedlern, die schon seit mehreren Generationen in Amerika lebten, zweitens aus indianischen Verbündeten und drittens aus Soldaten aus Europa, welche die Kontingente verstärkten. Ein reichhaltiges Zeugnis über diesen Clash of Cultures liefert Louis-Antoine de Bougainville (1729-1811), ein junger französischer Offizier, der ebenfalls aus Europa angereist war. Es ist aus zweierlei Hinsicht lohnend, in seinen Tagebüchern und Briefen dieses Kulturgemisch an der nordamerikanischen Frontier zu untersuchen: Einerseits wird der Kriegsschauplatz Französisch-Kanada

in den Blick genommen, der in der europäischen Geschichtsschreibung nur wenig thematisiert wird. Besonders interessant sind die zahlreichen Beschreibungen von indianischen Stämmen und deren Kriegsführung in Bougainvilles Tagebüchern und Briefen. Andererseits kann man anhand seiner Texte exemplarisch herausarbeiten, was für das Genre der Reiseliteratur und historische Quellen allgemein typisch ist: Dass Fremddarstellungen nicht nur in Bezug auf das Fremde, sondern gerade auch über den Autor selbst und dessen Werte sehr aufschlussreich sind.

Meinrad Oberson unterrichtet Geschichte und Deutsch am Gymnasium St. Michael in Freiburg.

Material 1

Das Selbstverständnis der Europäer in Nordamerika



Benjamin West, „William Johnson saving baron Dieskaus life after the battle of Lake George“, 1764-1768.

https://en.wikipedia.org/wiki/Sir_William_Johnson,_1st_Baronet#/media/File:Johnson_saving_Dieskau.jpg

Hintergrundinformationen zum Gemälde

Die Franzosen versuchten 1755 beim Lake George (im Norden von New York) vergeblich, ein von Engländern und irokesischen Verbündeten verteidigtes Fort zu erobern. Wie ein amerikanischer Milizionär beobachtete, wollte daraufhin ein Irokese den verwundeten französischen General Baron von Dieskau aus Rache für gefallene Stammesangehörige töten. Er wurde aber vom englischen Offizier William Johnson daran gehindert.

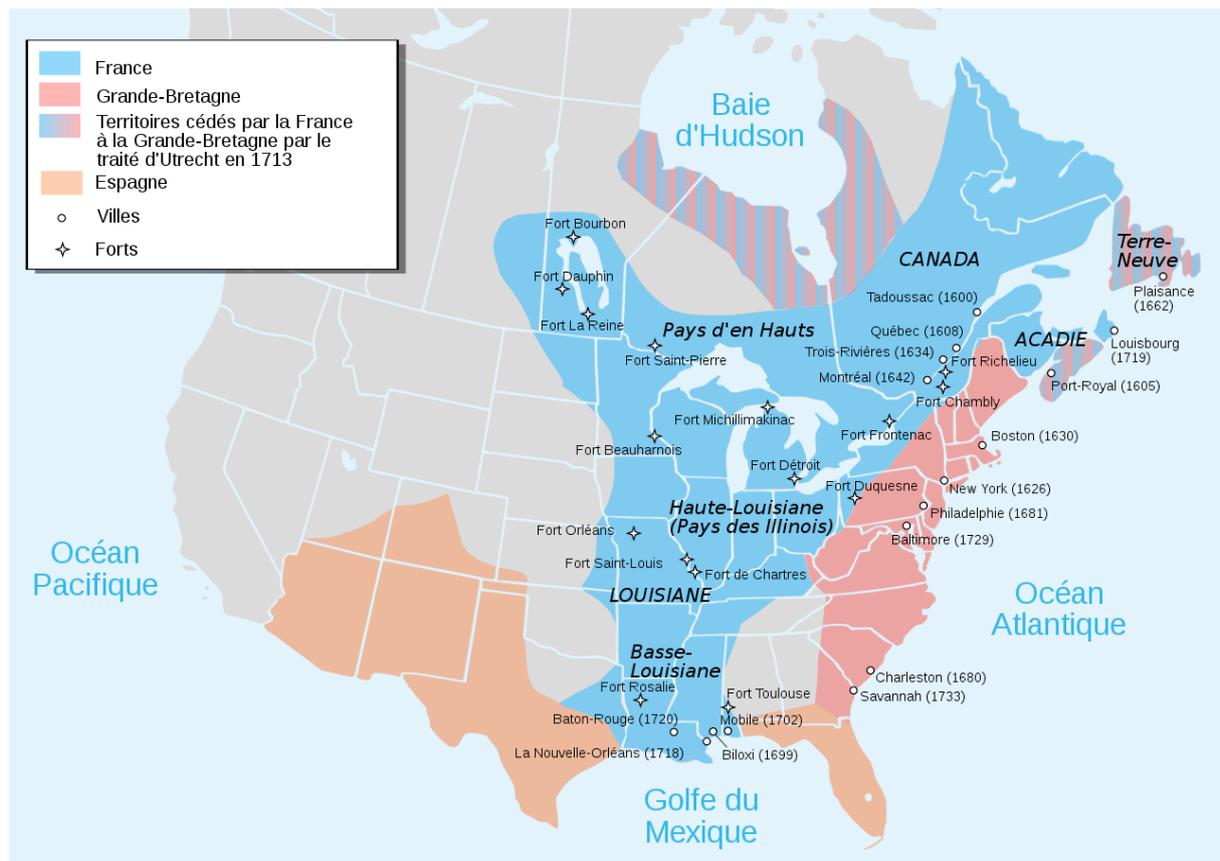
Der in Amerika aufgewachsene und später in England lebende Maler Benjamin West hält hier diese Szene fest. Zu sehen sind die wichtigsten drei Kriegsparteien in ihrer typischen Kleidung: Die Engländer in roter Uniform („red coat“), ein Franzose in blau-

weisser Uniform und ein Indianer mit charakteristischem Lendenschurz, Irokesenhaarschnitt und Tomahawk. Im Zentrum des Bildes befindet sich William Johnson, der durch seine humanitäre Handlung als jemand dargestellt wird, der die europäischen „zivilisierten“ Kriegsnormen von Ehre und Ritterlichkeit verinnerlicht hat – und damit im Kontrast zum grausamen, wilden Irokesen steht. West verteidigte damit den ebenfalls in Amerika geborenen und mit den Indianern eng zusammenarbeitenden Johnson vor Anschuldigungen, wonach sich dieser im Krieg als „Weisser Wilder“ verhalten habe.

Meinrad Oberson, basierend auf:
https://en.wikipedia.org/wiki/General_Johnson_Saving_a_Wounded_French_Officer_from_the_Tomahawk_of_a_North_American_Indian (29.07.20)

Material 2

Hintergrundinformationen über den Siebenjährigen Krieg in Nordamerika



Nordamerika um 1755

(Quelle: https://fr.wikipedia.org/wiki/Guerre_de_la_Conqu%C3%AAte#/media/Fichier:Nouvelle-France_map-fr.svg)

Die Ausgangslage für Frankreich in Nordamerika präsentierte sich vor dem Ausbruch des Siebenjährigen Kriegs (1756-1763) als sehr ungünstig, da die französischen Siedler den Engländern zahlenmässig weit unterlegen waren: Kanada und Louisiana umfassten rund 70'000 Menschen europäischer Herkunft, während die englischen Kolonien bereits 1.5 Millionen Siedler zählten. Diesen Nachteil glich Frankreich aber dadurch aus, dass es mehr indianische Verbündete hatte und bei den Indianern dank Handelsallianzen schon seit langem einen guten Ruf genoss. Während an der Seite der Franzosen vor allem die zahlreichen Stämme der Algonquin-Sprachgruppe kämpften (z. B. Abenakis, Montagnais, Nepissing, Menominees, Ottawas), war England mit der Irokesen-Konföderation (Mohawk, Seneca, Onondaga, Oneidas, Cayugas) verbündet.

Unter den französischen Verbündeten gab es Stämme, die ihre nomadische Lebensweise als Jäger und Sammler aufgegeben hatten und in der Nähe der französischen Siedlungen in

Dörfern ansässig geworden waren. Sie hatten sich grösstenteils durch Missionare zum Christentum bekehren lassen. Andererseits gab es Stämme, die die Franzosen nur durch Handelskontakte kannten und weite Distanzen zurücklegten, um an Kriegszügen teilzunehmen. Diesen Algonquin war es zu verdanken, dass Frankreich lange Zeit die Oberhand im französisch-englischen Konflikt behielt. Die Indianer waren in den unübersichtlichen Wäldern hervorragende Pfadfinder, wodurch sie die europäischen Truppen durch das Gelände führten und den Feinden Hinterhalte legen konnten. Sie waren, begleitet von ihren Kriegsbemalungen und -schreien, jedoch auch furchteinflössende Krieger. Ein eindrückliches Beispiel dazu liefert ein Gefecht während der französischen Sommeroffensive im Jahr 1757: Die indianische Vorhut der Armee überraschte und zerstörte auf dem Champlain-See eine Flotte von 350 Engländern – ohne ein einziges eigenes Menschenleben zu verlieren! Mit diesem Sieg blieb die französische Armee unentdeckt, was es

erlaubte, in der Folge das englische Fort William Henry zu umzingeln und erfolgreich zu belagern.

Die Indianer hatten jedoch ganz andere Kriegsmethoden und Kriegsziele als ihre französischen Verbündeten. So war es das Hauptziel eines indianischen Kriegszugs, Gefangene zu machen, um erlittene Verluste, die unbedingt zu vermeiden waren, durch Adoptionen wieder wettzumachen. Auch Kopfhäute („Skalps“), die als Trophäen die soziale Stellung der Krieger aufbesserten und gleichzeitig Überlegenheit über ein unterjochtes Volk aufzeigten, und sonstige Beute wie Kleider, Waffen und Nahrungsmittel waren begehrt. Demgegenüber hatten die Europäer das Ziel, strategisch wichtige Orte zu erobern und Gebiete zu gewinnen, wofür die Offiziere auch menschliche Verluste in Kauf nahmen. Diese unterschiedlichen Ziele führten immer wieder zu Missverständnissen und Konflikten, wie die Ereignisse im Anschluss an die Belagerung von Fort William Henry zeigten.

Die Franzosen waren gegenüber der englischen Garnison, die in Folge der Belagerung kapitulieren musste, grosszügig: Die Engländer wurden nicht gefangen genommen, sondern durften unter dem Versprechen, während zwei Jahren an keinen Kriegshandlungen gegen Frankreich teilzunehmen, das Fort unbeschadet verlassen. Zudem gestatteten die Franzosen den Engländern, ehrenvoll und unter wehenden Fahnen und spielender Militärmusik in voller Montur, inklusive einer Kanone, das Fort zu verlassen. Die Indianer wurden nicht in die Kapitulationsverhandlungen miteinbezogen, sondern lediglich über die beschlossene Abmachung informiert. Dass die Engländer einfach so frei abziehen durften und sie nicht einmal deren Gepäck bekommen sollten, sahen sie als Verrat an: Sie fühlten sich um ihren Lohn an Beute, Skalps und Gefangenen für die Beteiligung am Krieg

betrogen. Hinzu kommt, dass die Indianer – anders als die Franzosen – Gefangene nicht als schützenswert ansahen. Sie unterschieden nicht zwischen Feinden auf dem Schlachtfeld und solchen, die sich ergeben hatten und in Gefangenschaft waren: Ein Feind war ein Feind, ob mit oder ohne Waffen, und musste als solcher unschädlich gemacht werden. Ebenso wenig kannten sie das Schlachtfeld als eigene, abgegrenzte Domäne, auf der das Töten gestattet war, wohingegen neben dem Schlachtfeld ein Mord eine Straftat darstellte: In den Augen der Europäer konnte die Ermordung einer grossen Anzahl an Feinden in einer Schlacht als heroischer Sieg gelten, während dasselbe Ereignis im Frieden ein Massaker bedeutete.

Wegen dieses gegenseitigen Unverständnisses unter den Verbündeten nahmen sich die Indianer schliesslich mit Gewalt, wofür sie gekämpft und Hunderte von Meilen zurückgelegt hatten. Sie überfielen die englischen Soldaten, die im Begriff waren, das Fort in Kolonnen zu verlassen, und nahmen sich Skalps, Gefangene und Ausrüstung. Als die französischen Offiziere davon erfuhren, eilten sie herbei und versuchten, die Engländer und die Abmachungen der Kapitulation zu schützen. Es war aber zu spät: Um die fünfzig Engländer wurden getötet und Hunderte wurden gefangen genommen. In den Augen der englischen Presse, die das Ereignis in der Folge schnell als „Massaker“ aufzubauen und propagandistisch zu nutzen wusste, waren der Kapitulationsvertrag und das „Gesetz der Nationen“ gebrochen. Das „Massaker“ an der englischen Besatzung galt als Schande für Frankreich, da die französische Seite nicht nur ein heiliges Gesetz europäischer Kriegsnormen verletzt, sondern sich auch als unfähig erwiesen hatte, ihre als untergeben und minderwertig angesehenen Indianer zu kontrollieren.

Meinrad Oberson, auf der Grundlage von: ders. (2017), Bougainville in Kanada. Darstellungen der Indianer und Kanadier durch einen aufstrebenden „guerrier philosophe“. Masterarbeit

Material 3

Biografische Informationen über Louis-Antoine de Bougainville



Joseph Ducreux, „Louis Antoine, comte de Bougainville“, 1790. Quelle : Wikimedia Commons

Louis-Antoine de Bougainville wurde 1729 in Paris als Sohn eines Notars geboren. Wie für den Sohn einer bürgerlichen Familie üblich, bekam er eine klassische Bildung, wobei er sich vor allem für die Autoren der Antike und das Gebiet der Mathematik begeisterte. Bougainville schlug jedoch nicht wie sein Bruder die Karriere eines Wissenschaftlers ein, sondern trat der Armee bei, wo er zum Adjutanten des Generals Montcalm ernannt wurde. Mit diesem fuhr er 1756 nach Kanada, um die französischen Kolonialtruppen im sich anbahnenden Siebenjährigen Krieg zu verstärken. 1759 zum Oberst befördert, nahm er eine aktive Rolle an den letzten Gefechten um Neufrankreich ein, konnte die französische Niederlage aber nicht verhindern. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich plante er, mit geflohenen Kanadiern auf den Falklandinseln eine neue Kolonie zu

gründen, musste seine Mission aber bald abbrechen, weil Spanien die Inselgruppe für sich beanspruchte. Es folgte eine Weltumsegelung mit einem Aufenthalt auf Tahiti. Danach befehligte er mehrere französische Schiffe und nahm an den Seeschlachten um die Unabhängigkeit der USA teil. In der Französischen Revolution wurde er während der „Terreur“ eingekerkert, jedoch bald wieder freigelassen. Bougainville war Mitglied der Kommission, die Napoleons Expedition nach Ägypten vorbereitete, und es folgten zahlreiche wichtige Stellungen und Ehrentitel wie Senator, Mitglied des „Bureau des longitudes“ und Graf des Empires. So durchlief Bougainville bis zu seinem Tod im Jahr 1811 eine Karriere, die hinsichtlich ihres Erfolgs ihresgleichen sucht.

Meinrad Oberson, auf der Grundlage von: ders. (2017), Bougainville in Kanada. Darstellungen der Indianer und Kanadier durch einen aufstrebenden „guerrier philosophe“. Masterarbeit

Material 4

Louis-Antoine de Bougainville über Aussehen und Fähigkeiten der Ureinwohner.
Auszüge aus seinem Tagebuch

4a) 14. Juni 1757

Ausserdem sind alle diese Wilden zum Malen gemacht und alle sehr gross gewachsen. Sie gehen nackt bis auf das Brayet (kurzes Kleidungsstück, das die Genitalien abdeckte); ihr Gang ist edel und stolz; ich finde [die Indianer von Michillimakinac]¹ jedoch weniger wild als die Irokesen, auch wenn sie ansässig sind. Sie verbringen den Tag mit Singen, Tanzen und Trinken. Wir haben jetzt fast 400 von ihnen. Sie verzehren eine enorme Menge an Nahrungsmitteln; es ist ein notwendiges Übel.

Französisches Original:

Au reste, tous ces Sauvages sont faits à peindre, presque tous de la plus haute taille. Ils vont nus à l'exception du brayet ; leur démarche est noble et fière ; je leur trouve cependant l'air moins féroce qu'aux Iroquois même domiciliés. Ils passent la journée à chanter, danser et boire. Nous en avons maintenant près de 400. Ils font une consommation énorme de vivres ; c'est un mal nécessaire.

Louis-Antoine de Bougainville : *Ecrits sur le Canada. Mémoire, journal, lettres.* (Québec, 2003), S. 189.

4b) 8. Oktober 1756

Die Indianer sehen an den Fährten die Anzahl derer, die an einem Ort vorbeigekommen sind, ob es sich um Indianer oder Europäer handelt, ob die Fährten frisch oder alt sind, ob es sich um gesunde oder kranke Menschen handelt [...]; sie folgen ihrer Beute über hundert, zweihundert, sechshundert Meilen, mit einer Standhaftigkeit und Sicherheit, die sie niemals in die Irre führt. Was ihren [inneren] Kompass betrifft, der ihnen im Wald den Weg weist, so ist er von unfehlbarer Sicherheit. Wenn sie von einem Punkt aus gestartet sind, an dem sie ihre Kanus abgestellt haben, egal, wie weit sie sich entfernen, egal, welches Wetter es ist; selbst wenn sie Flüsse und Berge überqueren, kommen sie direkt zu dem Punkt zurück, an dem ihre Kanus sind. Die Beobachtung der Sonne, der Neigung der Bäume und der Blätter, die extreme Gewohnheit, ein Instinkt, der besser als alle Überlegungen ist, das sind ihre Führer, und diese Führer führen sie niemals in die Irre.

Französisches Original :

[Les sauvages] voyent aux pistes le nombre de ceux qui ont passé, s'ils sont Sauvages ou Européens, si les pistes sont fraîches ou anciennes, si elles sont de gens se portant bien ou de gens malades [...] ; ils suivent leur proie pendant cent, deux cents, six cents lieues, avec une constance et une sûreté qui ne se rebutent ni ne les égarent jamais. À l'égard de leur boussole pour se conduire dans les bois elle est d'une sûreté à toute épreuve. S'ils sont partis d'un point où ils aient laissé leurs canots, à quelque distance qu'ils s'éloignent, quelque temps qu'il fasse, traversant les rivières, les montagnes, ils viennent retomber directement à ce point où leurs canots sont déposés. L'inspection du soleil, l'inclinaison des arbres et des feuilles qu'ils observent, l'habitude extrême, un instinct, enfin, supérieur à tous les raisonnements, voilà leurs guides, et ces guides ne les égarent jamais.

Louis-Antoine de Bougainville : *Ecrits sur le Canada. Mémoire, journal, lettres.* (Québec, 2003), S. 146.

¹ Bougainville meint damit die Algonkin-Indianer, die in der Nähe des französischen Forts Michillimakinac, das zwischen dem Huronsee und dem Michigansee lag.

Material 5

Louis-Antoine de Bougainville über die domizilierten Abenakis.

Auszug aus seinem Tagebuch, 3. Februar 1757.

Herr Marquis de Vaudreuil² wurde durch die Abenakis von St-Francois und Békancourt³ informiert, dass die Jesuiten die Dörfer dieser Ureinwohner an die Ufer des Belle-Rivière versetzen wollten. Der Vorwand dieser eifrigen Missionare war, die Abenakis damit vom Handel der Franzosen und der Verwendung von Branntwein fernzuhalten; das Ziel dahinter war, von dem Land zu profitieren, das diese Indianer gerodet hatten. [...] Hier standen sie also, konvertiert zum Jansenismus⁴, und die Jesuiten verweigerten ihnen die Sakramente und sogar den Zutritt zur Kirche. Zu Recht sagten da die Indianer zu ihrem Missionar: „Du bist der Vater des Gebetes: Die Gebete, die Sakramente und die Kirche gehören dir, aber wir haben dein Gotteshaus gebaut, es gehört uns, und wir werden dir die Tür dazu verschliessen.“ Der Dorfvorsteher Jérôme überreichte Herrn de Vaudreuil auch einen Schriftsatz, der wie folgt lautete: „Ich, Jérôme, Dorfvorsteher der Abenaki, sage dir, dass die schwarzen Roben (Name für die Jesuiten) uns dazu bringen wollen, unsere Schlafplätze zu verlassen und das Feuer unseres Rates an einen anderen Ort zu tragen. Dieses Land, das wir bewohnen, gehört aber uns; was es hervorbringt, ist die Frucht unserer Mühen. Durchgrabt es und ihr werdet in seinem Innersten die Gebeine unserer Väter finden. Diese Gebeine müssen aus dem Inneren der Erde auferstehen und uns in dieses fremde Land folgen.“ Endlich haben daraufhin die Jesuiten, zumindest für den Augenblick, ihr Unternehmen aufgegeben.

Französisches Original

Monsieur le Marquis de Vaudreuil a reçu des représentations de la part des Abénakis de St-Francois et de Békancourt que les Jésuites voulaient transplanter leurs villages sur les bords de la Belle-Rivière. Le prétexte de ces zélés missionnaires était de les éloigner du commerce des Français et de l'usage de l'eau-de-vie, et

leur objet de profiter des terres que ces Sauvages ont défrichées [...]. Les voilà donc Jansénistes et les Jésuites leur refusent les Sacrements et même l'entrée de l'Église. À la bonne heure, disaient les Sauvages à leur missionnaire, tu es le père de la prière, les prières, les Sacrements et l'Église t'appartiennent mais c'est nous qui avons bâti ta maison, elle est à nous et nous allons t'en fermer la porte.

Jérôme, chef de village, a aussi présenté un mémoire à Mr de Vaudreuil conçu en ces termes : „Moi, Jérôme, chef de village des Abénakis, représente à toi, mon père, que les robes noires veulent nous faire quitter notre natte et transporter ailleurs le feu de notre conseil. Cette terre que nous habitons est à nous ; ce qu'elle produit est le fruit de nos peines. Fais-la fouiller et tu y trouveras dans son sein les ossements de nos pères ; il faut donc que les ossements de nos pères se lèvent de ses entrailles et nous suivent dans cette contrée étrangère.“ Les Jésuites ont enfin renoncé, du moins pour le présent, à leur entreprise.

Louis-Antoine de Bougainville : Ecrits sur le Canada. Mémoire, journal, lettres. (Québec, 2003), S. 165-166.

² Vaudreuil war der Generalgouverneur der französischen Kolonien Nordamerikas.

³ St-Francois und Bekancourt waren zwei Dörfer von mit den Franzosen verbündeten Indianerstämmen, in denen auch christliche Missionare anwesend waren.

⁴ Jansenismus: eine christliche Bewegung im 17. und 18. Jahrhundert.

Material 6

Louis-Antoine de Bougainville über den Übergriff der mit Frankreich verbündeten Indianer auf die englischen Besatzungstruppen von Fort William Henry.

Auszüge aus seinem Tagebuch und einem Brief

6a) Auszüge aus seinem Tagebuch, 12.-31. August 1757.

Ein Teil des Unglücks, vor dem wir uns gefürchtet hatten, ist eingetroffen. Die Kapitulation wurde offensichtlich missachtet und ganz Europa wird uns dazu zwingen, uns zu rechtfertigen. [...] Bei Anbruch des Tages wollten die Engländer, denen der Anblick der Wilden eine unvorstellbare Furcht einflösste, abreisen, bevor unsere Eskorte vollständig versammelt und bereit war. Die Engländer liessen ihre grössten Gepäckstücke zurück und marschierten los. [...] Die Abenakis von Panaouamesko, die behaupteten, von den Engländern vor kurzem schlecht behandelt worden zu sein, begannen mit dem Tumult. Sie stiessen ihr Kriegsgeschrei aus und griffen das Ende der Kolonne, die begonnen hatte, loszumarschieren, an. Entsetzen ergriff die Engländer: Anstatt Haltung zu bewahren, warfen sie ihre Waffen, ihr Gepäck und sogar ihre Uniformen weg und ergriffen die Flucht. Ihre Furcht ermutigte die Wilden aus allen Völkern und sie machten sich ans Plündern, töteten ein Dutzend Soldaten und nahmen 500-600 mit sich fort. Unsere Eskorte tat, was sie konnte. [...] [Der französische General] Marquis von Montcalm und mehrere französische Offiziere eilten beim Lärm herbei, entrissen einige Engländer aus den Händen der Wilden und riskierten dabei ihr Leben: In solchen Situationen respektieren die Wilden nämlich niemanden.

Französisches Original:

Une partie du malheur que nous redoutions est arrivée. La capitulation est en apparence violée et l'Europe entière nous obligera de nous justifier. [...] à la pointe du jour les Anglais auxquels la vue des Sauvages causait une frayeur inconcevable voulurent partir avant que notre escorte fût toute rassemblée et disposée. Ils

abandonnèrent eux-mêmes leurs malles et autres gros bagages [...] et se mirent en marche. [...] Les Abénaquis de Panaouamesko qui prétendent avoir en dernier lieu essuyé de mauvais procédés de la part des Anglais commencèrent le tumulte. Ils firent le cri de mort et se jetèrent sur la queue de la colonne qui commençait à défiler. Les Anglais au lieu de faire bonne contenance prirent l'épouvante et s'enfuirent à la débandade jetant armes, bagages et même leurs habits. Leur frayeur enhardit les Sauvages de toutes les nations qui se mirent à piller, tuèrent une douzaine de soldats et en emmenèrent 500 ou 600. Notre escorte fit ce qu'elle devait faire [...] Le Marquis de Montcalm, accouru au bruit, [...] et plusieurs officiers français, en arrachant les Anglais des mains des Sauvages, coururent risque de leur vie : car dans des cas pareils les Sauvages ne respectent personne.

Louis-Antoine de Bougainville : *Ecrits sur le Canada. Mémoire, journal, lettres.* (Québec, 2003), S. 233.

6b) Aus einem Brief vom 17. September 1757 an seinen Bruder

Seid versichert, mein Bruder: Wir sind erzittert vor der schrecklichen Tat der Wilden nach der Kapitulation. Das Geschehen war schrecklich. [...] Mein Bruder, wir sind derart empört, dass die Offiziere unserer Truppen das Gesuch stellen wollten, den Krieg alleine weiterführen zu können, indem sie sich weigerten, als Waffenbrüder Monstren zu haben, die dazu fähig sind, uns zu entehren.

Französisches Original:

Soyez persuadé, mon frère que nous avons frémi de l'horrible action des sauvages après la capitulation. Le spectacle en fut affreux. [...] Mon frère, nous avons tous le cœur ulcéré, au point que dans un moment d'indignation les officiers de nos troupes vouloient demander à faire seuls la guerre de leur côté et refusoient pour compagnons d'armes des monstres capables de nous déshonorer.

Louis-Antoine de Bougainville : *Ecrits sur le Canada. Mémoire, journal, lettres.* (Québec, 2003), S. 379f.

Vorschläge für Fragen und Arbeitsaufträge

- Dieses Bild zeigt ein Ereignis aus dem sich anbahnenden Siebenjährigen Krieg in Nordamerika. Wer könnten die Akteure in diesem Krieg sein, die darauf zu sehen sind? Woran erkennt man dies? Wie könnten die Beziehungen zwischen ihnen sein und wie werden die Akteure auf dem Bild dargestellt? (M1)
- Wie sahen die Kräfteverhältnisse und das Bündnissystem vor dem Siebenjährigen Krieg in Nordamerika aus? (M2)
- Welche Vorteile brachte es für die Europäer mit sich, mit indianischen Stämmen verbündet zu sein? Welche Ziele verfolgten die Indianer auf ihren Kriegszügen und was sahen sie als unwichtig an? (M2)
- Wie kam es zum „Massaker“ beim Fort William Henry und welchen Schaden erlitten die Beteiligten? (M2)
- Bougainville sollte in seiner weiteren Karriere zu einer weltweit bekannten Persönlichkeit werden und sogar einer Pflanze seinen Namen verleihen. Informieren Sie sich über Bougainvilles Biografie und fassen Sie zusammen, wie er so bekannt geworden ist. (M3, Internet)
- Bougainville bezeichnet die Indianer in einem Tagebucheintrag als „notwendiges Übel“. Fassen Sie zusammen, mit welchen Eigenschaften und Fähigkeiten er die Indianer in seinen Quellen beschreibt und wie er diese bewertet. (M4, M5)
- Wie lebten die Indianerstämme, die im Nordosten Amerikas im Siebenjährigen Krieg an der Seite der Europäer kämpften? Recherchieren Sie über einen der Algonquinstämme (Ottawa / Menominee / Huronen ...) oder über die Irokesenkonföderation. (Fachliteratur, Internet)
- Als wie zuverlässig schätzen Sie die Darstellungen der Europäer über die indianische Kriegskultur in den beiden Quellen ein? (M6a, M6b)
- Suchen Sie nach Gründen, warum Bougainville die Indianer in seinen Texten so negativ darstellt. Was genau könnte er damit bezweckt haben? (M6a, M6b)
- Der von Bougainville geschilderte Vorfall wird auch im bekannten Abenteuerroman „Der letzte Mohikaner“ von James Fenimore Cooper (1826) thematisiert. Informieren Sie sich über diesen Roman und schauen Sie auch den gleichnamigen Film von Michael Mann aus dem Jahr 1992 an. Wie wird der Übergriff auf die englische Besatzung im Buch bzw. im Film dargestellt? Wie werden die Indianer und die Europäer dargestellt und für wie zutreffend halten Sie diese Beschreibungen? (M6a, M6b)

Weisse Männer auf hohen Sockeln

Zum Umgang mit Denkmälern in Südafrika

Ein Standpunkt von Julia Tischler

Während eines Forschungsaufenthaltes in Südafrika war ich mit dem damaligen Rektor der University of the Free State verabredet, um über das Bildungssystem und den schwierigen Prozess der Reform nach der Apartheid zu sprechen. Da wir uns beide in Kapstadt aufhielten, schlug er vor, dass wir uns am Rhodes Memorial auf dem Campus der University of Cape Town treffen. Bis heute weiss ich nicht, ob dieser Treffpunkt als ironisches Augenzwinkern gemeint war – er, einer der bekanntesten postkolonialen Kritiker und Reformer des immer noch diskriminierenden Bildungssystems, traf mich vor den Füßen des britischen Imperialisten Cecil Rhodes, der wie kaum ein anderer als Pionier der weissen Vorherrschaft im südlichen Afrika gilt. Jedenfalls wunderte ich mich damals, dass dieses Denkmal dort noch stand, im Jahr 2013, fast zwanzig Jahre nach dem Ende der Apartheid. Ich ahnte nicht, dass es zwei Jahre später dort nicht mehr stehen würde. Eine zunehmend erbitterte Studierendenbewegung fegte Cecil Rhodes im April 2015 buchstäblich vom Sockel. Unter dem Slogan „Rhodes Must Fall“ protestierten Studierende im ganzen Land gegen die fortbestehenden rassistischen Strukturen im südafrikanischen Bildungssystem.

Während meiner Forschungsreisen vor der „Rhodes Must Fall“-Bewegung war ich häufig verwundert und bisweilen irritiert über den toleranten Umgang mit Denkmälern in Südafrika. Viele schienen die dramatischen politischen Umwälzungen, die mit dem Ende des Jahrhunderte andauernden Unterdrückungssystems einhergegangen waren, vollkommen unbeschadet überstanden zu haben. Da blickte Rhodes, die Personifizierung des britischen Imperialismus, auf Kapstadt herab, während weiterhin Scharen von afrikaanssprachigen Familien zum Voortrekker-Monument, dem Symbol des bürischen Nationalismus, pilgerten. Statt dieses abzureissen – was bis heute nicht geschehen ist und vermutlich auch so bald nicht geschehen wird – wurde ihm gegenüber ein „Freedom Park“ errichtet als Ort der Versöhnung und des Gedenkens an diejenigen, die für die Demokratie ihr Leben liessen. In meiner Wahrnehmung konnte der Park dem mächtigen Voortrekker-Klotz jedoch wenig entgegensetzen. Besuchende, die sich mit diesem Teil der Geschichte Südafrikas nicht auseinandersetzen wollen, können den Park einfach ignorieren und in der bombastischen Anlage des Voortrekker-Monuments



Demontage der Cecil-Rhodes-Statue auf dem Campus der Universität Kapstadt, 9. April 2015

(Wikimedia Commons)

weiterhin einer nationalistischen Geschichtsschreibung frönen. Darf in einem demokratischen Staat jede Bürgerin ihre eigene Version der Geschichte im Raum platzieren? Darf jeder so erinnern und erzählen, wie er oder sie möchte? Was machen wir mit den strittigen Männern auf hohen Sockeln und anderen Denkmälern, die mit Versklavung, Imperialismus, Kolonisierung und Gewalt verbunden sind?

Denkmäler sind nicht einfach eine Erinnerung an die Geschichte – sie sind eine bestimmte Art von Erinnerung, sie erheben und bejubeln den (selten die), der dargestellt ist, und seine Taten. Wenn man sie abreisst, löscht man nicht *die Geschichte*, was häufig als Argument gegen den Denkmalsturz angeführt wird, sondern man stösst eine bestimmte Deutung der Geschichte vom Sockel. Und das ist dringend notwendig.

Vielleicht ist Abreissen nicht immer die beste Lösung und es gibt weltweit eine Vielzahl von alternativen Vorschlägen und kreativen Aktionen: Man kann einen Friedhof für steinerne Kriegstreiber errichten, Statuen von Kolonialverbrechern oder Sklavenhaltern mit blutroter Farbe beschmieren oder ihnen gar die Hände abhacken, man kann Denkmälern des Nationalismus – wie beim Voortrekker-Monument – einen alternativen Erinnerungsort gegenüberstellen. Alles, was Sehgewohnheiten bricht, was ein Nachfragen, Nachforschen und Diskutieren auslöst, kann sinnvoll sein. Jedenfalls sollten wir diese Denkmäler nicht weiter so sprechen lassen, wie sie seit Jahrzehnten und Jahrhunderten zu uns sprechen. „Geschichte lässt sich nicht umschreiben“, heisst es oft. Doch, Geschichte wird permanent umgeschrieben. Vergangenes unter anderen Blickwinkeln zu erforschen, erneut zu diskutieren und zu deuten im Lichte heutiger Werte und Normen und nach bestimmten wissenschaftlichen Kriterien ist eine ziemlich exakte Aufgabenbeschreibung der Geschichtswissenschaften. Wer Denkmäler hinterfragt, will Geschichte nicht vergessen, sondern neu erinnern.

An der Entscheidung, was mit strittigen Denkmälern zu tun ist, sollten vor allem diejenigen beteiligt sein, die das jeweilige Denkmal verletzt. Es macht einen Unterschied, ob man als deutsche Forscherin oder als Schwarzer Südafrikaner zu Cecil Rhodes hochblickt. Es fühlt sich anders an, als Weisser Zürcher vor einem Alfred Escher zu stehen, dessen wirtschaftlicher Erfolg auch mit der Sklaverei verbunden war, als jemand, der den Sklavenhandel als Teil der eigenen Geschichte versteht. In Europa sind diejenigen, die sich mit der Geschichte der Kolonisierten identifizieren und sich als ihre Nachfahren verstehen, in der Minderheit – anders als in Südafrika. Daher ist es hier besonders wichtig, gut zuzuhören.

Julia Tischler ist Professorin für Geschichte Afrikas an der Universität Basel.

Sind Sie nicht einverstanden? Ist damit noch nicht alles gesagt?

Dann diskutieren Sie doch gern mit. Schreiben Sie uns Ihre Einwände und Ergänzungen unter info@histomat.ch, damit wir sie auf der VSGS-Homepage www.histomat.ch bekannt machen können.

Ihr VSGS-Vorstand

Annäherungen an eine Katastrophe

Lektüreindrücke zur Historischen Urteilskraft im Anthropozän

Eine Rezension von Sebastian Bott

Wenn ich die Titel der Bücher, die auf meinem Schreibtisch liegen, zu Sätzen arrangiere, ergeben sich Varianten einer immer gleichen Zeitdiagnose. Eine mögliche Variante würde sich so lesen: Durch *Selbstverbrennung* (Schellnhuber) befinden wir uns in einer *Heisszeit* (Latif). Die *unbewohnbare Welt* (Wallace-Wells) geht einher mit dem *Sechsten Sterben* (Kolbert) der Arten und dem *Ende der Evolution* (Glaubrecht). Es ist *Fünf nach Zwölf* (Previšić) und wir sollten uns eingestehen, *dass wir die Klimakatastrophe nicht verhindern können* (Franzen). Bestenfalls kann uns *Schwätzer im Treibhaus* (Hänggi) noch *Change!* und eine *radikale Wende* (Maxton) retten. Von Klimawandel zu sprechen wäre bei einer solchen Diagnose beschönigend, Klimakatastrophe wohl angemessener. Was mich bei meinen folgenden Annäherungen an diese Katastrophe beschäftigen wird, lässt sich am besten als Frage formulieren: Welche Herausforderungen, intellektuell und pädagogisch, stellen sich für eine Historische Urteilskraft (und natürlich nicht nur für diese) angesichts einer Zukunft, die in keiner von uns stets stillschweigend vorausgesetzten Kontinuität zur Vergangenheit und Gegenwart mehr stehen wird? Einer Zukunft, die weder unserem „Erfahrungsraum“ noch unserem „Erwartungshorizont“ (Koselleck) entspricht?

Der von Paul Crutzen im Jahre 2000 geprägte Begriff des *Anthropozäns* bringt den Sachverhalt auf den Punkt: Natur- und Menschheitsgeschichte haben sich unentwirrbar verwoben. Entstanden ist ein Gewebe, das uns schnell an unsere epistemischen Grenzen bringt. Nicht zufällig spricht Amitav Ghosh vom anthropogen verursachten Klimawandel als dem *Undenkba-*ren. Er meint damit, dass es sich nicht erzählen lässt, es schlichtweg als Gegenstand des Denkens zu *hyper* ist. Und Robert Macfarlane, dieser Leuchtturm des britischen „nature writing“, stellt fest, uns fehle das Vokabular, um Verluste und die gegenwärtige „Weltentfremdung“ überhaupt versprachlichen zu können. Historische Urteilskraft lässt sich jedoch gerade als dasjenige *Denkvermögen* verstehen, mit dessen Hilfe wir über vergangenes Geschehen

menschlicher Dimensionen *nachdenken*, es zu Narrativen versprachlichen und es auf Gegenwärtiges beziehen. Wie können wir aber zu plausiblen und belastbaren historischen Urteilen kommen angesichts eines *undenkbaren*, weil hyperkomplexen Vorgangs?

Über Klima und Geschichte hat Fernand Braudel bereits vor siebzig Jahren im ersten Band seiner Mittelmeertrilogie gesprochen. Man könnte also meinen, das Thema sei schon lange Gegenstand einer Umwelthistoriographie. Herausfordernd am Anthropozän ist jedoch in Dipesh Chakrabartys Worten folgendes: „Wissenschaftler, die heute über die Klimakrise schreiben, behaupten in der Tat etwas entscheidend anderes als bisher die Umwelthistoriker: Während sie [die Umwelthistoriker], ohne es zu wissen, die künstliche und althergebrachte Unterscheidung zwischen Natur- und Menschheitsgeschichte zerstören, stellen Klimaforscher fest, dass der Mensch über den einfachen biologischen Akteur, der er immer schon war, weit hinausgewachsen ist. Die Menschen sind eine *geologische Kraft* geworden.“ (178, m.H.) Braudel hingegen betrachtete in seinen klimahistorischen Überlegungen den Menschen stets als biologischen, jedoch (noch) nicht als geologischen Akteur.

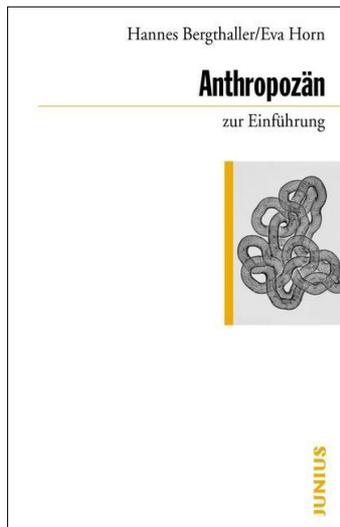
Ich werde meine Überlegungen zu dieser *geologischen Kraft* menschlicher Aktivitäten entlang zweier neuerer Buchtitel und eines Hinweises auf einen bereits 2009 erschienenen Artikel entwickeln. Für den Titel *Anthropozän: Eine Einführung* von Eva Horn und Hannes Bergthaller habe ich mich entschieden, weil die Autorinnen ihr Augenmerk auch auf neue Formen der Geschichtsschreibung werfen. Bei Jason W. Moores *Capitalism and the Web of Life: Ecology and the Accumulation of Capital* (2015, deutsch 2019) handelt es sich um eine Kritik am Konzept des Anthropozäns. Moore bevorzugt stattdessen den Begriff *Kapitalozän*. Mit Dipesh Chakrabartys Artikel *Das Klima der Geschichte: Vier Thesen* (2009) verfüge ich über einen überzeugenden Referenzrahmen für Historikerinnen. Auf weitere Autorinnen verweise ich jeweils in Klammern.

Anthropozän und Erdsystem

Das Titelbild von *Anthropozän zur Einführung* zeigt ein vielfach verwobenes, spiralförmiges Endlosband. Es ist ein gutes Sinnbild dafür, wie schillernd und schwer fassbar die Sachlage ist. Anthropozän ist ein Thema, das keinen Anfang und kein Ende hat oder nimmt, das unterschiedlichste Wissensformen und -methoden verknüpft, das für Geistes- und Kulturwissenschaftlerinnen besonders herausfordernd ist.

Das Anthropozän soll geochronologisch gesprochen das Holozän ablösen. Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Disziplinen haben 2016 der *Internationalen Kommission für Stratigraphie* (ICS) den Vorschlag unterbreitet, den Bruch mit den stabilen Verhältnissen des Holozäns (mit einem CO₂-Anteil von etwa 260-280 ppm, gegenwärtig 415 ppm) als neue stratigraphische Epochenschwelle zu normieren. Wir befinden uns demnach in der geochronologischen Ära des Känozoikums, der Periode des Quartärs und der Epoche des Anthropozäns. Mit der neuen Zuschreibung verbunden ist eine Gegenwartsdiagnose, die uns auffordert, unser Verhältnis zur Welt zu überdenken. Damit wird Geochronologie zum Passepartout für empirische Studien, globale Kritik, feuilletonistische Höhenflüge, Kunstausstellungen, kulturwissenschaftliche Sammelbände. Das Anthropozän erweist sich als *threshold concept*, das unser Weltverhältnis und -verständnis umkrempelt.

Das Holozän liess Kulturwissenschaftler kalt, wer hingegen Anthropozän sagt, positioniert sich, nimmt Stellung. „Das Anthropozän“, schreiben Horn/Bergthaller, „fordert ... eine Neuordnung fundamentaler Begrifflichkeiten. Was ist Natur, wenn wir sie als wesentlich vom Menschen beeinflusst denken müssen? Was ist Kultur, wenn sie mehr als nur eine vom Menschen gebaute künstliche Umwelt ist, sondern wenn sie – in Form von Konsum und Technik – eine zunehmend



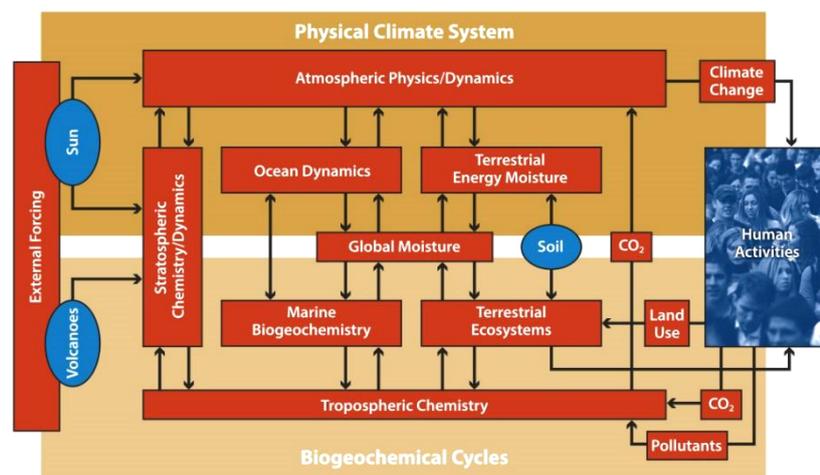
unkontrollierte Eigendynamik entfaltet?“ (13)

Erdsystemwissenschaften haben diese Eigendynamik seit den CO₂-Messungen von Charles Keeling naturwissenschaftlich nachgezeichnet und spätestens seit den 1980er Jahren vor den katastrophalen Auswirkungen gewarnt. Die nicht-menschliche Welt („Natur“) rückte aus ihrer Rolle als Hintergrundkulisse menschlichen Handelns in den Vordergrund. Mit dem berühmten Bretherton-Diagramm von 1988 wird dieser Zusammenhang graphisch aufbereitet.

Hier zeigt sich nicht nur die systemische Verflechtung der verschiedenen anorganischen Sphären mit der Biosphäre, sondern auch der Einfluss menschlicher Aktivitäten. Natur und Kultur geraten in Spannung, durchdringen sich, werden als Denkobjekte verflüssigt. Gleichzeitig akzentuiert sich die innere Spannung zwischen Menschsein als Gattungswesen und einem historischen Menschsein in all seinen Mannigfaltigkeiten.

Horn/Bergthaller verweisen bei der Diskussion dieser Verflüssigung auf die stilbildende Rolle eines Denkens *jenseits von Natur und Kultur* (Descola), das sie besonders bei Bruno Latour und Donna Haraway verwirklicht sehen (63). Latour hat zuletzt in seinen *Gifford Lectures (Kampf um Gaia, deutsch 2017)* betont, wie stark historische und natürliche Formationen verschränkt seien und wie wichtig es sei, diese Verschränkung epistemisch einzuholen. Genau dies scheint mir für eine Historische

Genau dies scheint mir für eine Historische



Das Earth System Sciences Committee der NASA veröffentlichte 1988 das nach ihrem Vorsitzenden Francis Bretherton benannte Diagramm.

(<http://www.igbp.net/images/18.950c2fa1495db7081e16fd7/1446629769099/Bretherton.jpg>, 26.07.2020)

Urteilkraft das Grundproblem zu sein. Es erschüttert die Grundfesten unserer Narrative, da es mich dazu zwingt, grundlegende Konzepte wie Akteur, Handlungsmacht, Subjekt und Objekt, Innen und Aussen, die jeder historischen Narration unausgesprochen oder explizit zu Grunde liegen, zu überdenken.

Was bedeutet das aber konkret? Gilt es fortan, den komplexen Überlegungen Latours zur Akteur-Netzwerk-Theorie zu folgen, den enigmatischen Gedanken Alfred North Whiteheads bezüglich des *Concept of Nature* nachzuspüren oder sich an Donna Haraways *Making Kin in the Chthulucene* zu versuchen, um dadurch dem unvermeidlichen Dualismus zu entgehen? Davon fühle ich mich zuerst einmal überfordert. Die Theorieangebote sind oft sehr abstrakt und weit entfernt vom Alltag der historischen Praxis.

Horn/Bergthaller verweisen in diesem Zusammenhang auf ein weiteres Problem, das der Skalen. Räumlich nehmen wir die Welt grundsätzlich über einen „sense of place“ war, wir bewegen uns innerhalb unserer näheren oder fernerer Umgebung. Demgegenüber entzieht sich die planetarische Dimension (der „sense of planet“) unserer räumlichen Wahrnehmung, sie bleibt immer abstrakt (177). Mit den planetarischen Bezügen des Erdsystems verlieren aber unser „sense of place“ und die mit ihm einhergehenden Empathie und Solidarität notgedrungen an Relevanz. Die Autorinnen schlagen deshalb vor, den Fokus auf Konstellationen der Vernetzung und Interdependenz zu legen, das heisst ein planetarisches Raumkonzept zugrunde zu legen, innerhalb dessen sich menschliche Interaktionen in den verschiedenen Grössenordnungen vernetzen und ihre (erd-)systemische Wirkung entfalten (192). Ich denke, dass mit Jason Moores Ansatz (siehe unten) eine solche Vernetzungsgeschichte, die gleichzeitig eine konzeptuelle Überwindung des Dualismus ist, möglich wäre.

Was für die Dimension des Raums gilt, trifft natürlich auch auf die Kategorie der Zeit zu: Wie umgehen mit den verschiedenen, inkommensurablen Zeitebenen? Christian Pfister, der Berner Klimahistoriker, sprach davon, die 1950er Jahre als neue Periodisierungsgrenze zu setzen. Alles vorher werde angesichts der massiven Beschleunigung der Erderwärmung zur „Alten Zeit“ (Radkau, 2011, 162). Die der Keeling-Kurve unterliegende Zeitebene stellt

konventionelle historische Periodisierungen in Frage. Denkbar wäre z.B., dass wir zukünftig historische Epochen nach ppm CO₂ bemessen, also beispielsweise eine jüngere Epoche zwischen 350 bis 400ppm und eine nach 400ppm etc.

Die „Alte Zeit“ des Holozäns (hilfreich Wanner, 2020) ist mittlerweile klimahistorisch gut erforscht. Mit *Europe: A natural history* (2018) legte Tim Flannery eine geochronologische Darstellung vor, die vor 100 Millionen Jahren beginnt und mit den Auswirkungen der Klimakatastrophe endet. Die klimatischen Veränderungen samt ihren Auswirkungen auf Zivilisationen und historische Konstellationen lassen sich als Kulissenerzählung zumeist noch einbinden in die Narrative konventioneller Historiographie (Behringer 2018, 2019; Gerste 2015; Harper 2017). Schwieriger wird es, wenn die geologische Entwicklung mit der historischen Zeit unserer Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte konvergiert und ganz neue Strukturen und Dynamiken entstehen. Wir geraten dann in Bereiche nichtlinearer Rückkopplungsprozesse, menschliche Handlungsmacht gestaltet geologische Zeitverläufe einschneidend mit.

Horn/Bergthaller plädieren für neue Formen der Historiographie dieser Konvergenzzeit. Um das Skalenproblem zu minimieren, berufen sie sich auf die fraktale Geometrie, die einen bruchlosen Übergang zwischen Skalen möglich (208) und eine Katastrophengeschichte der Erde schreibbar machen soll. Die natürlichen Zeitskalen des erdgeologischen Anthropozäns werden über dynamische Austauschprozesse gleicher Form (das soll das fraktale Moment sein) mit menschlichen Zeitskalen gekoppelt.

Ich versuche mir vorzustellen, wie man diesen metaphorischen Bezug zum Fraktalen nutzen könnte. Die Geschichte des Kalten Krieges liesse sich als historisches Klimaregime erzählen, das sich über konkurrenzgetriebene, intensive Nutzung neuer Technologien bildete. Oder die Gewaltgeschichte der Moderne wäre als eine Geschichte exterminatorischer Biopolitik, in der natur- und lebenszerstörende Kräfte entfesselt wurden, konzipierbar (so bereits Blackburn, Kapitel Rasse und Bodengewinnung, 2008). Mich überzeugt der Bezug zum Fraktalen nur insofern, als dass er das wirklich vertrackte Problem der Skalen aufgreift. Es wären anspruchsvolle Tiefenbohrungen, die immer

auch die Relation Mensch-Umwelt (so verstehe ich die fraktale Form) in den unterschiedlichen Dimensionen im Auge haben.

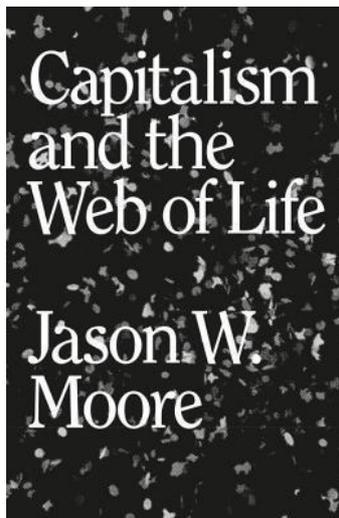
Kapitalozän und Weltsystem

Im Zentrum der Kritik Jason Moores an Crutzens Begriff des Anthropozäns steht dessen unhistorische Seite der Vorstellung vom Menschen als Spezies, als *anthropos*. Moore und viele andere teilen die Katastropheneinschätzung des Anthropozäns, argumentieren aber dezidiert historisch und nicht

anthropologisch. Moore bewegt sich auf historischem Terrain, er bedient sich gut eingeführter und belastbarer Narrative (Industrialisierung, Kapitalismus, Moderne).

Die These seines Buches lautet: Seit der Genese des kapitalistischen Systems (die er um 1450 ansetzt) produzierte dieses historische Naturen (Plural!) und bildete mit diesen eine unauflösliche Einheit. Zur *Cheap Nature* (im Singular) organisiert, umfassen sie Ressourcen, Energie, Arbeitskraft und Lebensmittel (als *Four Cheaps*, 53, später (2018) spricht Moore von den *Seven Cheaps*, den *Sieben Billigen Dingen*), die in den Produktionsprozess der jeweiligen historischen Formation einfließen. Geplündert und nichtkapitalistischen Lebensformen entzogen, werden diese Four Cheaps zur Voraussetzung kapitalistischen Wirtschaftens. Aneignung (appropriation) und Ausbeutung (exploitation) führen zu einer weltweiten Verkettung und Vernetzung von Metropolen und Peripherien innerhalb eines globalen Weltsystems.

Das Besondere und mir Sympathische an Moores Zugriff ist seine konsequente Berücksichtigung ökologischen Denkens im umfassenden Sinne des Wortes (*oikeios* versteht er als grundsätzliche Lebenserzeugung). Seine Studie ist eine Untersuchung von Beziehungen, von Geflecht, von Formationen zusammenhängender Dinge. Mit Marx' Begriff des Stoffwechsels, beziehungsweise des Stoffwechsellisses zwischen Stadt und Land, beschreibt er die Landnahme und Nutzung der Natur als Inputfaktor und Entsorgungshalde für alle Phasen der kapitalistischen Formation (merkantil, liberal, ordoliberal, neoliberal). Krisen entstehen in den Perioden durch den sich allmählich erschöpfenden Mehrwert der *Four Cheaps*.



Interessant ist, dass auch Moore auf der Überwindung des Mensch-Natur-Dualismus insistiert. Mit dem Paradigma einer Weltökologie (*world-ecology*, 3) versucht er die Dichotomie zu überwinden, die er für das Katastrophendesaster mitverantwortlich macht. Sein Ansatz ist somit durchaus kompatibel mit dem oben angeführten Denken *jenseits von Natur und Kultur*. *Capitalism and the Web of Life* möchte mit der Netzmetapher Geschichte und Natur in relationaler Form denkbar machen. Natur

(innere und äussere) wird für Moore zum integralen Teil historischer Verläufe.

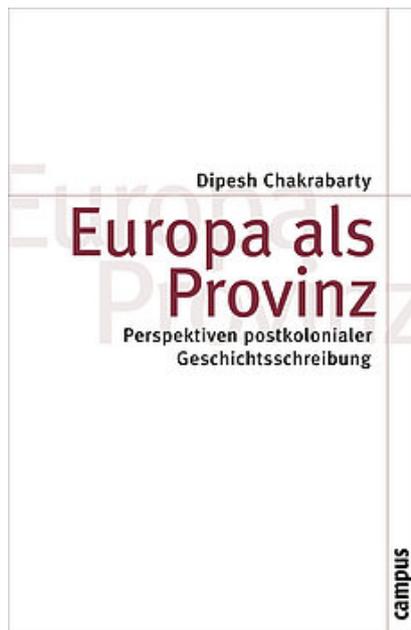
Man muss kein Anhänger einer marxistisch gefärbten Weltsystemanalyse sein, um viele von Moores Überlegungen nachvollziehbar und für unser genuin historisches Geschäft brauchbar zu finden. Schwachstellen zeigen sich wie bei aller marxistischer Kritik bei der Überbetonung der Logik zulasten eines immer grundsätzlich offenen historischen Prozesses. Leider fragt sich Moore auch nicht, ob und inwiefern eine sozialistische Industrialisierung weniger zur Erderwärmung beigetragen hat oder weniger von der grundsätzlichen Bifurkation Natur – Kultur betroffen sei. Völlig offen bleibt das Skalenproblem. Kapitalozän ist anders als Anthropozän kein *threshold concept*. Es bietet jedoch sicherlich mehr als eine konventionelle Umwelt- oder Kapitalismusgeschichte. Das zeigt schon ein kurzer Blick auf Werner Plumpe's vielgelobtes Opus magnum zur Geschichte des Kapitalismus (*Das kalte Herz – Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution*, 2019), in der Natur und Umwelt praktisch nicht vorkommen.

Historische Urteilskraft

Dipesh Chakrabartys Artikel *Das Klima der Geschichte: Vier Thesen* (engl. 2009) war für mich eine Offenbarung. Meisterhaft durchdringt der Autor das schwierige Terrain und bietet Orientierungshilfe. „Die Aufgabe einer historischen Verortung der Klimakrise verlangt ..., intellektuelle Formationen zusammenzubringen, die in Spannungsverhältnissen zueinander stehen: das Planetare und das Globale; tiefe und überlieferte Geschichte; Speziesdenken und Kritik

des Kapitals.“ (187) Gefordert sei ein Austausch zwischen Disziplinen, eine wahrhafte Zusammenarbeit zwischen Geologie, Archäologie, Erdsystemwissenschaften und Geschichte. Die Klimakatastrophe lässt sich nur verstehen, wenn wir als Historikerinnen die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in unsere Urteilskraft integrieren. Die Mauer zwischen Geschichte und Naturgeschichte sei durchbrochen worden (195), nicht-menschliche Spezies wie die menschliche Spezies seien gleichermaßen in ihrer Existenz betroffen.

Ein katastrophensensibles Urteilen solle fortan alle unsere historischen Unternehmungen begleiten. Wenn wir in Zukunft über Freiheit und Emanzipation als unbedingten Referenzrahmen für unsere historischen Tiefenbohrungen sprechen, solle immer auch mitschwingen, dass mit zunehmendem Freiheitsgewinn (etwa durch Revolutionen) oft auch intensivere geologische Akteursmacht einherging. Die Geschichte der Moderne hatte immer schon dunkle Seiten. Die Dialektik der Aufklärung wird zukünftig um eine verstörende klimatische Tiefenschicht ergänzt werden müssen. Für mich bleibt nach der Lektüre die Gewissheit, fortan intensiver über den Zusammenhang zwischen dualistischem Weltverständnis, Klimaerwärmung und Kapitalismus nachzudenken. Klar scheint mir auch, dass Historische Urteilskraft sich den epistemischen Herausforderungen der Gegenwart stellen muss. Anlass und Themen dazu gibt es wohl beliebig viele.



Man könnte mit den nichtbeabsichtigten Handlungsfolgen beginnen, die sich als „slow violence“ zeigen (zu dieser und der Klimaerwärmung findet sich bei Boris Previšić ein eigenes Kapitel). Oder man thematisiert den Reboundeffekt, der noch mit jeder technologischen Errungenschaft einherging. Neben Tätern und Opfern kommen in der Historiographie menschlicher Gewaltgeschichte heute auch Zuschauer zur Sprache. Man spricht von Komplizenschaft. Diese sollte zukünftig auch bei einer Thematisierung von „slow violence“ eine Rolle spielen, ge-

nauso natürlich wie diejenige der Täter und Opfer. Bei jedem Dokument der Kultur sollte nach Walter Benjamins Einsicht mitschwingen, dass dies immer auch ein Dokument der Barbarei ist, für menschliches wie für nicht-menschliches Leben. Dann gelänge es auch überzeugend, intergenerationelle Verantwortung zur Sprache zu bringen und klimaethische Belange zu diskutieren. Als älterer Bewohner des Globalen Nordens gerate ich dann in eine ganz ungewohnte Rolle gegenüber jüngeren Mitmenschen.

Über all diese Herausforderungen wünsche ich mir ein konstantes Gespräch mit interessierten Kollegen und Kolleginnen möglichst vieler Fachrichtungen.

Sebastian Bott unterrichtet Geschichte am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium Rämibühl in Zürich.

Weiterführende Literatur

Klimakatastrophe und Klimageschichte

- Wolfgang Behringer, Kulturgeschichte des Klimas: Von der Eiszeit bis zur globalen Erwärmung, München 2019; ders., Tabora und das Jahr ohne Sommer, München 2018
- David Blackbourn, Die Eroberung der Natur: Eine Geschichte der deutschen Landschaft, München 2008
- Ronald D. Gerste, Wie das Wetter Geschichte macht: Katastrophen und Klimawandel von der Antike bis heute, Stuttgart 2019
- Matthias Glaubrecht, Das Ende der Evolution: Der Mensch und die Vernichtung der Arten, München 2019
- Kyle Harper, The Fate of Rome: Climate, Disease and the End of an Empire, Princeton 2017

- Graeme Maxton, *Change! Warum wir eine radikale Wende brauchen*, München 2018
- Tim Flannery, *Europe: A Natural History*, New York 2018
- Jonathan Franzen, *Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen? Gestehen wir uns ein, dass wir die Klimakatastrophe nicht verhindern können*, Hamburg 2020
- Marcel Hänggi, *Wir Schwätzer im Treibhaus: Warum die Klimapolitik versagt*, Zürich 2008
- Elizabeth Kolbert, *Das sechste Sterben: Wie der Mensch Naturgeschichte schreibt*, Berlin 2015
- Mojib Latif, *Heisszeit*, Freiburg 2020
- Boris Previšić, *CO₂: Fünf nach Zwölf*, Wien 2020
- Joachim Radkau, *Natur und Macht*, München 2000; ders., *Die Ära der Ökologie: Eine Weltgeschichte*, München 2011
- Hans-Joachim Schellnhuber, *Selbstverbrennung*, München 2015
- David Wallace-Wells, *The Uninhabitable Earth: Life after Warming*, New York 2019
- Heinz Wanner, *Klima und Mensch: Eine 12'000-jährige Geschichte*, Bern 2020

Anthropozän und Kapitalozän

- Paul J. Crutzen, *Das Anthropozän: Schlüsseltexte des Nobelpreisträgers für das neue Erdzeitalter*, München 2019
- Dipesh Chakrabarty, *Europa als Provinz: Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*, darin: *Das Klima der Geschichte: Vier Thesen*, Frankfurt 2010
- Philippe Descola, *Jenseits von Natur und Kultur*, Frankfurt 2013
- Amitav Ghosh, *The Great Derangement: Climate Change and the Unthinkable*, Chicago 2016
- Eva Horn, Hannes Bergthaller, *Anthropozän zur Einführung*, Hamburg 2019
- Robert Macfarlane, *Landmarks*, London 2015
- Jason W. Moore, *Capitalism and the Web of Life: Ecology and the Accumulation of Capital*, London 2015
- Jason W. Moore, Raj Patel, *Entwertung: Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen*, Berlin 2018

Omri Boehm: Israel – eine Utopie

Eine Buchvorstellung von Daniela Zunzer

Omri Boehm ist Professor für Philosophie an der New School for Social Research in New York. Der israelisch-deutsche Doppelbürger skizziert in diesem Buch die einzige Antwort, die er sieht, auf die Frage, wie Israel eine liberale Demokratie bleiben kann. „Wie unterstützt man Israel, ohne sich auf eine obsoletere Zweistaatenlösung zurückzuziehen und ohne das israelische Drängen auf einen ethnischen Nationalismus gutzuheissen?“ (S. 239) Diese Frage zu beantworten ist sein Ziel und er macht hierzu mit den Grundzügen einer von ihm so genannten „Republik Haifa“ auch konkrete Vorschläge zu einer binationalen Einstaatenlösung.

Seine Hauptthese ist, dass der Zionismus sich wandeln muss und dass ein zukünftiger liberaler Zionismus die einzige Alternative zu Annexion und Vertreibung sei. Seiner Meinung nach muss eine Alternative zur Zweistaatenpolitik aus liberaler und zionistischer Perspektive formuliert werden. Er bezieht sich in seiner Argumentation auf die Gründerväter des Zionismus und auch auf frühe politische Ideen etwa von Menachem Begin aus den 1970er Jahren. Das unterscheidet seine Argumentation von derjenigen der „neuen Historiker“, die sehr zionismuskritisch argumentieren und daher auch als Postzionisten bezeichnet werden.

Der folgende Text ist weniger eine Rezension als vielmehr eine Darstellung der zentralen Aussagen von Boehms Buch.

Einleitung

Israel sieht Boehm in einer politischen Krise, die darin besteht, dass „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ (Antonio Gramsci). Was stirbt, sind die alten Ideen von Israel als einer liberalen jüdischen Demokratie. Auch im oppositionellen linken Lager Israels gibt es derzeit keine Gegenentwürfe mehr zu einer Annexion des Westjordanlandes. Ihm fehlt eine eigene Vision und eine politische Agenda – im Gegensatz zur israelischen Rechten. Die Alternative („das Neue, das zur Welt kommen muss“) sieht er im Umbau des jüdischen Staates in eine föderale, binationale Republik. Dabei betont er, dass der Zionismus

ursprünglich solche Ziele in Form eines binationalen Versprechens hatte. Zwei Faktoren verhinderten, dass sich dieser Binationalismus als Hauptströmung durchsetzen konnte. Das eine war der Holocaust, der das Vertrauen der Juden in die liberalen Demokratien zutiefst erschütterte, das zweite war die Idee einer Umsiedlung der Palästinenser, die sich dann immer mehr festsetzte.

Kapitel 1 – Das Gedenken an den Holocaust als größte Bedrohung für die Existenz Israels

Hier nimmt er Bezug auf einen Artikel des Tel Aviver Philosophieprofessors Yahuda Elkana, der Auschwitz als Kind überlebt hatte. Dieser hatte kurz nach Beginn der ersten Intifada in den späten 1980er Jahren in der Zeitung Haaretz geschrieben, dass die politischen Perspektiven für Israel ganz anders seien, wenn nicht der Holocaust so tief im israelischen Nationalbewusstsein verankert wäre. Israel müsse eine reifere Haltung zu seiner Vergangenheit einnehmen und die existenzielle Angst verlieren, dass sich die gesamte Welt gegen das jüdische Volk verschworen habe. Boehm stimmt dem zu, weil dieser „Holocaust-Messianismus“ (S. 94), d.h. „der jüdische Staat, der aus der Asche der im Holocaust Aufgeopferten entstanden ist“, Israel aus der Sphäre rationaler, universalistischer Politik enthebe.

Zwischen dem israelischen Selbstverständnis und der Erinnerung an den Holocaust besteht laut Boehm kein notwendiger Zusammenhang. Dieser Zusammenhang sei erst mit dem Eichmannprozess entstanden. Erst 1961 seien die bis dahin rein persönlichen Erinnerungen an das Grauen ein öffentliches Thema geworden. Die Erinnerung an den Holocaust war nationalisiert worden. Aber das Erinnern daran wurde nicht zu einer staatsbürgerlichen, sondern zu einer jüdischen Aufgabe. Die Araber wurden davon ausgeschlossen, die Erinnerung an den Holocaust wurde sogar zu einem mächtigen Rechtfertigungsinstrument für den Ausschluss der Araber.

„Da das Holocaust-Gedenken in Israel zu einer zentralen Kraft geworden ist, die Funktion und Stellung der Staatsbürgerschaft untergräbt,

Rassismus normalisiert und eine Politik der Kompromisse verhindert, hängt die Zukunft des Landes von einer veränderten Einstellung zur Geschichte ab.“ (S. 87f.) Israel müsse daher „vergessen“, um eine Zukunft zu haben. Damit meint er, dass der Holocaust nicht mehr auf jüdische, sondern auf staatsbürgerliche, universalistische Weise erinnert werden soll.

Kapitel 2 – Die Nakba erinnern

Die Israelis müssen sich des Weiteren auch an ihre Rolle als Täter erinnern. Wenn sie nicht die Verantwortung für die ethnische Säuberung der Nakba übernehmen, besteht die Gefahr, dass sie diese wiederholen. Er schildert ganz kurz die Ereignisse der Vertreibung der arabischen Bevölkerung während / nach dem Unabhängigkeitskrieg und geht auf einzelne Beispiele ein. „Die israelische Gesellschaft hat sich dieser Geschichte nie gestellt. Uns wurde beigebracht, dass wir unsere Eltern und Grosseltern nach ihren Erlebnissen im Holocaust fragen und uns selbst als Opfer verstehen sollten – die wir zweifellos waren –, nie aber als Täter, die wir auch waren.“ (S. 112) „Die Erinnerung soll im jüdischen Staat eine heilige Pflicht sein, aber nur, wenn sie dem Holocaust gilt. Wenn es um die Nakba geht, besteht die Pflicht darin, zu leugnen, zu zensieren und zu vergessen.“ (S. 114)

Eine grosse Bedeutung für die Veränderung dieses Diskurses habe auf den ersten Blick das 2013 erschienene Buch „Mein gelobtes Land“ von Ari Shavit. Shavit schildert detailliert Verbrechen gegen die arabische Zivilbevölkerung im Unabhängigkeitskrieg und „brachte dem etablierten linksliberalen zionistischen Milieu die Nakba-Erzählung zu Bewusstsein“. (S. 124) Das Wort Nakba komme aber in seinem Buch gar nicht vor. Und was Boehm enttäuscht, ist die Tatsache, dass Shavit die Verbrechen relativiert und damit letztendlich billigt. Denn wenn es sie nicht gegeben hätte, wäre der Staat Israel nicht geboren worden – so Shavit. (S. 126) Deshalb seien Autoren wie Shavit, die auf den ersten Blick so liberal wirken, der Akzeptanz einer Umsiedlung der Araber näher als zunächst vermutet.

Sein Plädoyer ist, dass gerade die liberalen Zionisten wie Shavit sich klar zu dieser Frage der damaligen und heutigen Umsiedlungspläne äussern müssten. Diese Pläne gegenüber der arabischen Minderheit, auch der arabischen

Israelis, seien lange ein schlafender Hund in Israel gewesen, doch befürworteten Parteien wie die von Lieberman ganz offiziell eine Umsiedlung.

Heute gibt es in Israel nur noch zwei politische Programme: das eine ist ein ethnisch-jüdischer Nationalismus, der nach Annexionen auch zu Vertreibungen führen wird. Das ist das Programm der jetzigen Regierungskoalition. Das zweite Programm besteht auf der Basis der Erinnerung an die Nakba darin, eine demokratische arabisch-jüdische Zusammenarbeit aufzubauen mit einem völlig gleichen Staatsbürgerstatus. (S. 141)

Ein solches Programm entspricht Boehms Meinung nach nicht einem Aufgeben des zionistischen Ziels nationaler Selbstbestimmung, sondern einer Transformation des Zionismus im Sinne einer Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln. „Eine gemeinsame Staatsbürgerschaft wird davon abhängen, dass sich die Juden endlich daran erinnern, sich der Nakba zu erinnern. Und wenn wir das tun, könnten wir von unseren palästinensischen Landsleuten auch erwarten, dass sie sie eines Tages vergessen.“ (S. 143)

Kapitel 3 – Der liberale Zionismus der Zukunft

Ob Israel eine lebenswerte Zukunft hat, hängt Boehms Meinung nach davon ab, ob sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Israel nicht gleichzeitig jüdisch und demokratisch sein kann und dass der Zionismus nicht zwangsläufig darin besteht, die Idee eines jüdischen Staates zu unterstützen. Das Judentum könne auch als vieltätige kulturelle Identität verstanden werden. (S. 147)

Israel schütze zwar die ethnische Zugehörigkeit zum Judentum, nicht aber die vielfältigen jüdischen Kulturen. Die religiösen Freiheiten von Juden seien etwa in Deutschland, Italien oder Polen besser geschützt als in Israel, das beispielsweise die Strömung des Reformjudentums ablehne: Ein Reformrabbiner dürfe in Israel nicht arbeiten. (S. 172)

Eine Verteidigung nationaler und kultureller Rechte aber „könnte eine subsouveräne politische Autonomie innerhalb einer verfassungsrechtlichen föderativen Struktur besser leisten. Sie könnte die jüdische Bildung, Kunst und Religion schützen und das Studium sowie den Status des Hebräischen erhalten. Eine solche föderative Konstellation würde auch die nationalen

Rechte der Palästinenser parallel zu denen der Juden besser schützen.“ (S. 174)

Theodor Herzl, der in seinem Roman „Altneu-land“ eine solche kulturell-politische Autonomie beschreibt, sei vermutlich ideologisch fehlinterpretiert worden von all denen, die sagten, dass das ein Widerspruch zu jüdischer Souveränität – wie in Herzls Buch „Der Judenstaat“ festgehalten – sei. Boehm meint, Herzl habe wohl immer von einem nicht-souveränen politischen Gebilde gesprochen. „An den falschen zionistischen Maximen gemessen, die inzwischen aufgestellt worden sind, war Herzl ein Antizionist.“ (S. 176)

Gerade frühe Zionisten wie etwa Jabotinsky seien davon ausgegangen, dass das Territorium multinational sein würde, dass Palästina die gemeinsame Heimat verschiedener Völker sein könne. So meinte dieser denn auch 1940: „Die jüdische und die arabische Volksgemeinschaft sollen als autonome politische Körperschaften mit gleichem Status vor dem Gesetz anerkannt werden [...] Jede Volksgemeinschaft soll ihr nationales Parlament wählen, das das Recht hat, in den Grenzen seiner Autonomie Rechtsverordnungen zu erlassen und eine nationale Exekutive zu ernennen, die dem Parlament verantwortlich ist.“ (S. 179f.) Auch Ben Gurion sei für eine solche Autonomieregelung gewesen.

Boehms Meinung nach förderten zwei Faktoren die Idee von einem souveränen jüdischen Nationalstaat: der Bericht der Peel-Kommission, der die Teilung Palästinas in zwei Staaten vorsah, und der Holocaust. „Die Vorstellung einer binationalen Föderation, einst urzionistischer Konsens, wurde aus dem zionistischen Denken ausgelöscht – begraben unter dem Holocaust und der Umsiedlungspolitik. [...] Ben Gurion sagte einmal, ‘nur so’ ist ein antizionistischer Ausdruck. Im 21. Jahrhundert sollten sich die Zionisten auf diese Weisheit zurückbesinnen: Sie sollten das holocaustbasierte Nationalstaatsaxiom aufgeben, das heute zu einer weiteren Nakba führt, und damit beginnen, eine kompromisslose gemeinsame jüdisch-palästinensische Föderation aufzubauen.“ (S. 187)

Kapitel 4 – Republik Haifa

Mit dem Reden über die Zweistaatenlösung liess man gerade in Europa und den USA lange eine bequeme Illusion am Leben. Paradoxerweise habe dann gerade die Wahl Donald

Trumps zum US-Präsidenten zu einer ehrlicheren Diskussion über den gescheiterten Osloer Friedensprozess geführt. (S. 190) Israel befindet sich Boehms Meinung nach heute klar im Übergang zur Einstaatenpolitik. Beispiele dafür:

- In Israel und der Westbank leben ca. 11.84 Mio. Menschen, etwa 55% Juden und etwa 45% Araber. Auf offiziellen israelischen Karten sind Israel und die Westbank als ein Gebiet eingezeichnet, die Siedlungen sind eingetragen, palästinensische Städte und Dörfer hingegen nicht.
- Die Siedler haben offiziell eine Adresse im Westjordanland und wählen auch genau dort. Also auch aus der Sicht des Wahlrechts ist das Westjordanland bereits ein Teil Israels.
- Für die SiedlerInnen gilt dort auch israelisches Recht.
- Reuven Rivlin ist als Präsident beliebt. Aber der freundliche Mann tritt offen für eine Einstaatenlösung ein.

Boehm zitiert in voller Länge einen Plan der Regierung unter Menachem Begin, dem ersten konservativen Ministerpräsidenten, vom Dezember 1977. Begin bot den Palästinensern der Westbank und des Gazastreifens darin Autonomie und die Möglichkeit der vollen israelischen Staatsangehörigkeit an. Eine volle Souveränität Palästinas wäre mit diesem Plan allerdings nicht möglich gewesen. Trotz seiner Mängel hatte dieser Plan weitreichendes Potenzial. Man hätte ihn tatsächlich zu einem Föderationsplan weiterentwickeln können.

Der Vorschlag Begins bot Boehms Meinung nach eine sinnvolle Grundlage für ein Recht der Palästinenser auf Rückkehr in die Gebiete, aus denen sie vertrieben worden waren. Die Flüchtlinge hätten grundsätzlich ein Rückkehrrecht gehabt, im Detail hätte das jedoch von einem gemeinsamen Ausschuss Israels, Palästinas und Jordaniens geregelt werden müssen.

„Es ist verblüffend, dass ein Plan, der sich im heutigen zionistischen Post-Oslo-Denken auf den ersten Blick als widersinnig darstellt, faktisch in einer Kontinuität mit den ehrenwertesten Strömungen zionistischen Denkens bis in die späten Dreissigerjahre steht: bevor der Holocaust die zionistische Politik in ein

Nullsummenspiel verwandelte, bevor eine Umsiedlung zum einschlägigen Programm wurde.“ (S. 217)

Boehm skizziert schliesslich seine Vision einer binationalen Föderation. Diese nennt er „Republik Haifa“. Denn bereits heute könne man in Haifa mehr als irgendwo anders in Israel einen Vorgeschmack darauf bekommen, wie eine palästinensisch-jüdische Zusammenarbeit aussehen könnte. „Haifa eignet sich gut, um die politische Kunst des Vergessens – das heisst des gemeinsamen Erinnerens – sowohl des Holocausts als auch der Nakba zu erkunden.“ (S. 222)

In dieser Republik Haifa hätten alle Bürger gleiche Menschen- und Bürgerrechte als Grundlage folgender detaillierterer Regelungen:

1. Die Besetzung wird beendet. Zwei Staaten – Israel und Palästina – werden zu einer Föderation vereint. Die Grenze orientiert sich an der Green Line. In beiden Staaten werden beide Völker ihre eigene kulturelle und nationale Selbstbestimmung ausüben.
2. Eine gemeinsame Verfassung legt grundlegende Menschenrechte und Grundfreiheiten fest und garantiert die individuelle Gleichheit aller Staatsbürger.
3. Die Grenzen zwischen beiden Staaten werden offen sein. Volle Freizügigkeit.
4. Volle wirtschaftliche Freiheit inkl. dem Recht auf Bodenerwerb in beiden Staaten.
5. Jeder Staat ist für seine innere Sicherheit zuständig. Ein gemeinsamer Lenkungsausschuss steuert die Verteidigung der gemeinsamen Aussengrenzen.
6. Wahlrechte für das jeweilige Parlament, unabhängig vom Wohnsitz.
7. Beide Sprachen sind Amtssprachen und jeweilige Zweitsprache an den Schulen.
8. Gemeinsame öffentliche Gedenkveranstaltungen für Holocaust und

Nakba. Gemeinsame Forschungseinrichtungen.

9. Recht auf Rückkehr für Juden und Palästinenser und jeweiliges Recht auf Einbürgerung. Ein gemeinsamer Ausschuss regelt die Details der Einwanderung.
10. Israels Hauptstadt ist West-Jerusalem, Palästinas Hauptstadt ist Ost-Jerusalem.
11. Gemeinsamer Verfassungsgerichtshof.
12. Jüdinnen und Palästinenserinnen sind dort gleich stark vertreten. Sitz wird Haifa sein.

Der übergreifende Wert dieses Vorschlags sei darin zu sehen, dass er gleiche Menschen- und Bürgerrechte im gesamten Territorium gewähre, aber nicht mit den historischen Zielen breche. (S. 225)



Omri Boehm: Israel – eine Utopie. Propyläen Verlag, Berlin 2020, 256 Seiten.

Daniela Zunzer ist Vorstandsmitglied des VSGS und Inhaberin des Reise- und Kursanbieters Mindset Tours.

Frühe und späte Berichte von KZ-Überlebenden

75 Jahre nach Kriegsende erstmals auf Deutsch: Die Lagererinnerungen von Seweryna Szmaglewska und David Rousset

Eine Rezension von Valentin Schönherr

In einem Zeitschriftenartikel hat sich kürzlich Elke Gryglewski, kommissarische Direktorin der Berliner Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“, mit der Geschichte und Gegenwart des Gedenkens an den Holocaust beschäftigt.⁵ Das öffentliche Gedenken sei in den ersten Jahren nach 1945 überwiegend die Sache Einzelner gewesen, insbesondere derer, die die Lager überlebt hatten und an den Orten ihrer Haft die Erinnerung an ermordete Mitgefangene oder Familienangehörige wachhalten wollten. Erst deutlich später hätten sich auch andere Akteure, darunter Kirchen, Bildungseinrichtungen und der Staat, das Gedenken an den Holocaust in grösserem Umfang zu eigen gemacht.

Dabei ist es durchaus nicht abwegig, von „Aneignung“ zu sprechen, denn mit den Ritualen des Gedenkens sei in Deutschland, so Gryglewski, häufig ein Narrativ verbunden gewesen, welches die eigenen Leistungen bei der Vergangenheitsaufarbeitung als positiv darstellte. Selbstentschuldigung und Vertuschen der Täterschaft in den eigenen Reihen, Zuschreibung von Widerstands- und Heldengeschichten und selektives Erinnern – das sind offenbar Konstanten bis in die Gegenwart.

Am Ende ihres Beitrags kommt die Autorin auf die Frage zu sprechen, inwiefern sich gegenwärtig Gedenkveranstaltungen, aber auch die Weitergabe von Wissen über den Holocaust durch die Tatsache verändern, dass die verbliebenen Zeitzeugen 75 Jahre nach Kriegsende sehr betagt sind und wir uns auf eine Zeit ohne die persönliche Begegnung mit Lagerüberlebenden einstellen müssen. Zahlreiche Gedenkstätten setzen auf digitale Vermittlungsformen, so die USC Shoah Foundation, die eine Plattform mit interaktiven Zeitzeuginnen

und Zeitzeugen anbietet. Überlebende hätten bis zu 1000 Fragen beantwortet, und über Suchbegriffe liessen sich dazugehörige Antworten virtuell abrufen. Gryglewski würdigt diese Vermittlungsangebote durchaus, merkt aber kritisch an, dass die direkte Begegnung zwischen Menschen, das analoge Gespräch und die langfristige Beschäftigung unersetzbar bleiben werden. Dies kann zukünftig ergänzt werden durch das gemeinsame Nachdenken darüber, was es bedeutet, mit einem virtuellen Zeitzeugen „gesprochen“ zu haben, oder auch die Auseinandersetzung mit der Zeitzeugenschaft an sich.

In diesem Zusammenhang ist das Buch „Fragen, die mir zum Holocaust gestellt werden“ von Hédi Fried erwähnenswert. 1924 in Rumänien geboren, war sie von Mai 1944 bis April 1945 in den Lagern Auschwitz und Bergen-Belsen inhaftiert. Nach dem Krieg fand sie Zuflucht in Schweden, wurde Psychologin und war als Zeitzeugin über den Holocaust aktiv. In zahlreichen Kapiteln trägt sie Fragen, die ihr offenbar immer wieder gestellt wurden, zusammen und beantwortet sie jeweils auf wenigen Seiten. Die langjährige Erfahrung ist ihren Antworten anzumerken: Sie weiss, was sie im direkten Gespräch einer Gruppe von Jugendlichen zumuten kann und vermeidet es doch, Dinge zu verharmlosen.

Auf die Frage: „Wie war es, gemeinsam mit Ihrer Schwester im Lager zu sein?“, antwortet sie unter anderem so: „Unser Vater war uns bereits beim Aussteigen aus dem Waggon weggenommen worden, jetzt die Mutter ... Ich wagte nicht, daran zu denken, was mit ihnen geschehen würde. Das Herz wollte mir aus der Brust springen; der einzige Mensch, an dem ich mich



⁵ Elke Gryglewski: Gedenken an den Holocaust. Ritual und Reflexion. APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte) 33-34/2020, S. 34-39. <https://www.bpb.de/apuz/313638>

nun festhalten konnte, war meine Schwester. Und ich hielt ihre Hand fest, ganz fest. Obwohl ich noch nicht wusste, wie wichtig es werden würde, dass wir uns hatten, waren wir von dem Moment an wie zusammengeklebt.“ Gut vorstellen kann man sich auch Veranstaltungen, bei denen jemand die Frage stellt: „Was war am besten?“ Dazu Hédi Fried: „Am besten? Kann irgendetwas am besten gewesen sein? Als ich diese Frage gestellt bekam, war ich verwirrt. Nichts war gut, aber es hat Augenblicke gegeben, in denen wir vergessen konnten, wo wir waren, und dann sogar lachten.“

Für die Arbeit mit Jugendlichen kann dieses schmale Buch ein geeignetes Material sein – eventuell auch in dem oben angesprochenen Sinne, dass es zu der Frage anregen kann, wie allgemeingültig die hier in Buchform gegossenen Antworten sind.

Zu denen, die sehr schnell nach ihrer Zeit im Lager Zeugnis ablegen wollten, gehörte die polnische Schriftstellerin Seweryna Szmaglewska (1916-1992). Ihr Buch „Die Frauen von Birkenau“ dürfte eines der ersten ausführlichen schriftlichen Zeugnisse ehemaliger Häftlinge überhaupt sein. Nach drei Jahren in Auschwitz-Birkenau musste sie wenige Tage vor der Befreiung des Lagers auf einen der Todesmärsche gehen, von dem ihr jedoch die Flucht gelang. Zu Fuss kam sie bis in ihre Heimatstadt Piotrków und begann unmittelbar – unter dem ungeheuren Eindruck, dass die Menschen dort kaum etwas über Auschwitz wussten –, ihre Erinnerungen niederzuschreiben. Bereits im Juli 1945 war das Buch fertig, im Dezember wurde es auf Polnisch publiziert. 1946 sagte Szmaglewska vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal aus – als eine von nur zwei Zeugen aus Polen. „Die Frauen von Birkenau“ ist keinem Genre zuzuordnen. In drei nach Jahren gegliederten Teilen – 1942, 1943 und 1944 – mit jeweils mehreren thematischen Unterkapiteln sowie einem kurzen Abschnitt zum Januar 1945 ist es auf der einen Seite ein systematischer Erfahrungsbericht. Dabei vermeidet sie bewusst, sich selbst als „Ich“ erkennbar zu machen, und bleibt in der dritten Person, was dem Text eine



allgemeingültige Wirkung verschafft. Dass sie selbst es ist, die dies alles erlebt, beobachtet oder mitgeteilt bekommen hat, ergibt sich nur aus der Unmittelbarkeit des Geschilderten sowie dem Hintergrundwissen über die Entstehung des Buches.

Die Autorin verwendet aber auch durchgehend sprachliche Mittel, die auch in einem Roman vorstellbar wären. Tatsächlich hatte Szmaglewska bereits vor dem Zweiten Weltkrieg Erfahrungen als Autorin gesammelt. Es ist eindrücklich, wie gerade diese Unein-

deutigkeit der Form zur starken Wirkung des Textes beiträgt, denn nie wird rein sachlich referiert, sondern immer ist das Thema eines Abschnittes eingebettet in Schilderungen des alltäglichen, individuell erlebten Lagergeschehens.

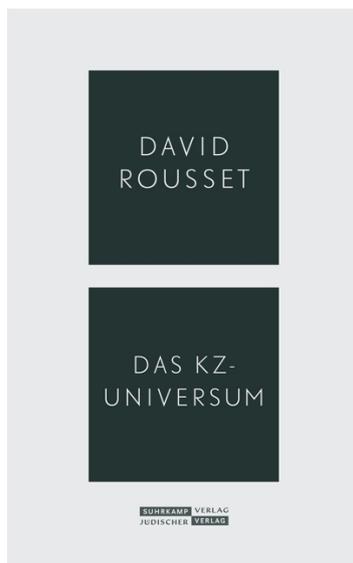
Zu den Themen der Kapitel zählen Arbeit, Krankenstation und Strafkommando ebenso wie die Erweiterungen und Umbauten des Lagers – Szmaglewska hat einen grossen Teil der Zeit, die Birkenau existiert hat, selbst miterlebt –, Ernährung, Fluchtversuche und die spezielle Hierarchie zwischen SS und Funktionshäftlingen. Sie selbst hat in der Effektenkammer gearbeitet, was ihre Überlebenschancen verbessert hat, und liefert detaillierte Informationen über die damit verbundenen Abläufe. Ein Abschnitt ist auch der Selektion sowie der Vernichtung in den Gaskammern und Krematorien gewidmet. Auf der anderen Seite erwähnt sie immer wieder, welche Wirkung die Asche aus den Krematorien, die permanent über dem Lager niederging, auf die Häftlinge hatte. Schlamm und Gestank, die miserable Kleidung, das Scheren der Haare, die Entblössungen, die Körperstrafen, Hunger und Schmerzen – all diese allgegenwärtigen Dinge sind auch im Text omnipräsent. So ist „Die Frauen von Birkenau“ ein weit ausgreifendes, in seiner Anschaulichkeit höchst interessantes und, man braucht es nicht extra zu betonen, sehr bewegendes Buch.

Das Buch „Das KZ-Universum“ des französischen Trotzisten David Rousset, der 1944/45 in den Lagern Buchenwald, Neuengamme und Helmstedt zubringen musste, weist erstaunliche Parallelen zu Szmaglewska auf. Wie sie

interpretiert er das Lager als eine grosse Stadt – mit allen ihren Einrichtungen und Behörden, mit ihren Mächtigen, Machtlosen und Aussenseitern. Auch sein Text versucht das System der Lager mit all ihren Aspekten zu verstehen, wobei Informationen aus erster wie aus zweiter Hand zusammenfliessen. Wie Szmaglewska beschäftigt ihn die Entmenschlichung, der die Häftlinge gezielt ausgesetzt waren, und damit auch die existenzbedrohende Frage der Überlebenden, warum und um welchen Preis man selbst die Haftzeit überstanden hat. Und auch Rousset bedient sich literarischer Mittel – hier ist es die Verknappung, mal an expressionistische, mal an existentialistische Techniken anknüpfend, Alfred Jarry und Franz Kafka werden explizit erwähnt. So ist sein Buch mit 100 Seiten nur ein Viertel so lang wie dasjenige Seweryna Szmaglewskas, und es entfaltet eine strengere, weniger leicht zugängliche Lesewirkung.

Gemeinsam ist den beiden Büchern auch, dass sie durch sehr informative Nachworte ergänzt sind. Sie zeigen, wie wichtig diese beiden Autoren in ihren jeweiligen Ländern waren: Jedes hat die Art und Weise, wie dort an die Konzentrationslager erinnert wurde, wesentlich mitgeprägt. Während Szmaglewskas Werk Schulbuch war und durch seine polnisch-nichtjüdische Perspektive die in Polen dominierenden Geschichtsinterpretationen stützte, galt Roussets Buch als massgeblich für die französische intellektuelle Nachkriegselite.

Gemeinsam ist ihnen nicht zuletzt, dass beide bis zum Jahr 2020 zwar in zahlreiche andere Sprachen, nicht aber ins Deutsche übersetzt worden waren. Erst jetzt wird für uns erkennbar, dass sie in eine Reihe mit Werken gehören wie „Der SS-Staat“ von Eugen Kogon oder „Ist das ein Mensch?“ von Primo Levi, die beide 1947 erschienen. Die Szmaglewska-Übersetzerin Marta Kijowska erwähnt in ihrem Nachwort, dass bereits in den 1980er und 1990er Jahren auf dieses wichtige Buch aufmerksam gemacht wurde, ohne dass ein Verlag darauf reagiert hätte. Jeremy Adler, der das Nachwort



zu Roussets „Das KZ-Universum“ geschrieben hat, geht in seiner Deutung noch weiter. „Das Gros der Lagerliteratur ermöglicht einige stereotype Reaktionen: moralische Entrüstung, Auflehnung gegen die Peiniger, Identifikation mit den Opfern und sogar das Schwelgen im Bösen. Rousset wie manche anderen wendet sich gegen solche Klischees. [...] Heute, wo die Vielfalt der Stimmen aus den Lagern wahrgenommen wird, dürfte vielleicht auch für Rousset der Zeitpunkt für eine deutsche Rezeption gekommen sein. Er

nimmt hier einen besonderen Platz ein. Man kennt die Abbildungen der erniedrigten Häftlinge. Erst Rousset macht sie mit uns bekannt. Wer sonst hätte diese armseligen Geister als ‚innerlich nackt‘ bezeichnet?“

Diese rhetorische Frage liesse sich durchaus mit einem Hinweis auf Seweryna Szmaglewska beantworten. Wenn, wie es in dem eingangs erwähnten Artikel von Elke Gryglewski hiess, das frühe Gedenken an den Holocaust (und die Lager generell) jenes von einzelnen Überlebenden war, ohne dass die Öffentlichkeit in grösserem Masse davon Notiz nahm, dann ist die (Nicht-)Übersetzung dieser beiden Bücher wohl ein gutes Argument dafür, dass das wirklich zutrifft. Ihre bisherige Publikationsgeschichte wird daher zum Gegenstand historischen Fragens. Wichtiger noch ist aber, diese Bücher nun, endlich, zu lesen.

Valentin Schönherr unterrichtet Geschichte am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium Rämibühl in Zürich und ist Vizepräsident des VSGS.

Hédi Fried: Fragen, die mir zum Holocaust gestellt werden. DuMont Buchverlag, Köln 2019, 160 Seiten.

Seweryna Szmaglewska: Die Frauen von Birkenau. Schöffling Verlag, Frankfurt am Main 2020, 450 Seiten.

David Rousset: Das KZ-Universum. Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, 140 Seiten.

EuroClio x VPRO: In Europe Schools

A documentary project of the European Association of History Educators

Eugenie Khatscharian

Last year, EuroClio and Dutch broadcasting company VPRO joined forces to launch a very exciting and unique exchange project for European schools: In Europe Schools. It is a one of a kind history education project that encourages a transnational approach of teaching Modern European History and focuses on the development of research skills and media literacy through documentary-making. It is inspired by the VPRO documentary-series on the history of Europe, *In Europe Now – History Caught in the Act*, presented by Dutch bestselling author Geert Mak. After the successful completion of its pilot phase, a new round is about to start in October this year!

How does it work?

Once schools have signed up, they will be matched with partner schools throughout Europe to start working on their Education Kit of choice. A team of authors have jointly developed four Education Kits schools can choose from: Difficult History, Migration, Climate Change and Gender Equality. Each Kit includes teacher and student materials and consists of four steps: introduction of the topic, in-depth analysis of the topic and its context, conducting

research and the making of a documentary, and finally, sharing the videos with the partner school abroad.

The Kits start with starter clips and are all centered on main research questions for the students to answer throughout the course of the project. For example, the Climate Change Education Kit encourages and challenges students to answer the following question: *How should we deal with Climate Change?* It challenges students to recognize the characteristics of climate change and the different ways of dealing with it in the past and present days. It also aims to develop a basic knowledge and understanding about policies and encourages students to evaluate different perspectives and finding solutions to the issue.

Another Education Kit to highlight is the newly-developed kit on Gender Equality, in which students are asked the question: *How to respond to gender inequality?* This kit aims to introduce students to issues and consequences related to gender inequality as well as to help students to develop well-considered views with rationale arguments on this topic. Through the use of a



timeline on women's activism, historical examples of gender (in)equality, students will gain an in-depth understanding of its historical context, while the different perspectives on gender (in)equality presented, will encourage students to form their own views and opinions.

Making a Documentary

In step three of each Education Kit, students start preparing the making of their documentaries by doing research. In this step, students are asked to work in groups of four, in which each student is assigned one of the following roles: researcher, interviewer, camera-man/woman and editor. All roles are extensively explained in Tutorials made by the VPRO. The researcher, for example, is responsible for searching stories, main persons, archive material, and historical background articles. He/she also holds the responsibility of checking sources and data as well as providing content support to the interviewer. Once the research has been done, interviewing and filming can begin! Finally, the editor assembles and finalizes the entire video on edits, cuts, music or additional footage. Documentary done? Then it's time to exchange them with the partner school to see and reflect on how the same topic is approached differently! The Tutorials and documentaries finished during the pilot phase are available on the In Europe Schools YouTube Channel.

Pandemic-proof

Amidst the COVID-19 pandemic, VPRO also launched the @HOME Tutorial – this helps students and teachers with some tips and tricks on finishing the project when physically leaving the house is no longer possible due to national or regional lockdown measures. It provides information on how to conduct interviews from a distance and how to effectively film with smartphones. This way, the project can be completed anywhere, at all times.

What do students and teachers think?

The participating schools have deeply expressed their enthusiasm for this project! Following the pilot phase, the project received positive feedback and teachers were mostly content with both the quality of the materials as well as the given assignments and Tutorials provided. For students, making the

documentary was the most exciting part and oftentimes they could not wait to finish the first few steps in order to start working on the documentary. When, for example, overwhelmed by the amount of materials or short of time, teachers were able and free to skip some of the steps and to focus on the assignments and topics they (and their students) found most interesting. Though sometimes a struggle due to the COVID-19 outbreak, most schools managed to stay in good contact with their partner schools and were able to exchange their documentaries successfully.

A very interesting outcome entails students' a greater understanding of things work after completing the project and a greater sense of interest in the topic of history in general, fact checking and the making of videos. Even more so, students expressed a higher awareness of how recent history has an effect on current opinions. In total, the views of 80% of the students have been changed or affected after finishing this project, and creating the documentary seemed to be of most importance (51%) in this process.

How to get involved?

Interested? EuroClio and VPRO would be delighted to have you on board for the new round of In Europe Schools starting in October! For an overview of all materials and registration please visit: www.vprobroadcast.com/ineuropeschools or scan the **QR-code** below! All Education Kits are online and free for usage, also available as PDF documents. For more information or questions, please contact EuroClio via eugenie@euroclio.eu.



La Chaux-de-Fonds

Eindrücke von der Jahresexkursion 2019 des VSGS

Die Uhrenstadt hinterm Jurakamm ist auf eigenartige Weise anziehend. Ihren Reizen auf die Spur zu kommen und einige ihrer historischen Dimensionen zu erkunden, war das Ziel der VSGS-Jahresexkursion vom 15./16. November 2019.

Nicht alle konnten am Freitag Nachmittag – rechtzeitig vor Beginn des Schabbat – dabei sein, als uns in einer Führung die faszinierende Synagoge von La Chaux-de-Fonds gezeigt wurde. Faszinierend nicht zuletzt wegen ihrer schieren Grösse und weithin sichtbaren Lage, die von einer einst zahlenmässig bedeutenden jüdischen Gemeinde zeugen. War die Anwesenheit von Juden in der Stadt früher von Unsicherheiten geprägt, änderte sich dies Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Aufschwung der Uhrenindustrie, an der jüdische Händler und Handwerker beteiligt waren. Einen Impuls erhielt die Gemeinde durch elsässische Juden, die nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 zuzogen. Vor allem mit der Krise der Uhrenindustrie im 20. Jahrhundert verringerte sich jedoch die Zahl der Mitglieder, so dass die Gemeinde heute recht klein ist.

Die Uhrenindustrie stand dann ganz in Zentrum des nachfolgenden Stadtrundgangs, zu dem immer mehr Exkursionsteilnehmer hinzusties. Das berühmte, ausgeklügelte Raster der Strassenzüge und Wohn- und Handwerkerhäuser ist als Welterbe geschützt und an vielen Stellen noch sehr gut sichtbar: Die nach Süden ausgerichteten Gärten nehmen in der auf 1000 Höhenmetern gelegenen Stadt so viel Sonne auf, wie man nur bekommen kann, und die Uhrmacherateliers befinden sich ganz oben unter dem Dach hinter extra grossen Fensterfronten. Viele von ihnen werden heute noch genutzt, wie uns der kundige Stadtführer zeigte. La Chaux-de-Fonds ist die Stadt der „drei C“ – Chevrolet, Cendrars, Corbusier. Und immerhin den letzteren konnten wir in die Besichtigung einbauen, indem wir durch die Maison Blanche geführt wurden, ein geräumiges, hervorragend erhaltenes Wohnhaus, das der junge Architekt für seine Eltern errichtete. Dort durften wir, gewissermassen bei den Corbusiers daheim, auch unsere Generalversammlung abhalten und



Architektur zum Greifen nah: in Corbusiers «Maison Blanche»

einen Apéro geniessen, bevor wir zu einem festlichen Nachtessen in ein traditionelles Restaurant wechselten.

Auch der Samstag bot reichlich Anschauung, die sich nach einem weiteren Stadtrundgang – inklusive der Besichtigung eines grossartigen Jugendstilhauses mit seinen prachtvollen Innenräumen – und zwei Museen keineswegs erschöpfte. Ganz im Gegenteil, der Besuch im historischen Museum und im Uhrenmuseum, zu dem die Connaisseurs offenbar aus aller Herren Länder anreisen, wirkte nur wie ein erster Einblick und hielt reichlich Kontraste bereit. Denn das Musée de l’Histoire ist in einer historischen Stadtvilla untergebracht und zeigt vor allem lokale und regionale Exponate, während das Musée de l’Horlogerie in einem futuristischen, unterirdischen Bau von 1974 residiert und Ausstellungsstücke aus der ganzen Welt zeigt, bei denen man aus dem Staunen nicht so leicht herauskommt.

Sehr erfreulich ist, dass zum dritten Mal in Folge die Teilnehmerzahl an der Exkursion höher war als im Vorjahr. Ebenso an der GV, an der unter anderem das im Zuge der MAR/RLP-Revision thematisierte Verhältnis zwischen Geschichte und politischer Bildung engagiert diskutiert wurde. Dies zeugt von einem lebendigen Verein, und es wäre wunderbar, wenn sich die Tendenz auf hohem Niveau halten würde.

Valentin Schönherr

